Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 10 (1981)

Heft: 5

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

AZ 8006 Zürich Weinbergstr. 31, Tel. ☎ (01) 47 75 30 10. Jahrgang Nr. 5 Mai 1981 Auflage 32000 2.20 Fr.

das Konzept

DER KAKTUS IM BLÄTTERWALD!

DIE MONATSZEITUNG

1. Mai **Kein Respekt vor dem Proletariat** *Seite 3*

Bobby Sands **Wie ich Republikaner wurde** *Seiten 4 & 5*

An die AKW-Gegner **Giorgio Bellini schreibt aus dem Knast** *Seite 6*

Energielobby **Pokern um Kaiseraugst** *Seite 7*

Brixton-Krawall **Engelland ist abgebrannt** *Seite 11*

Wiener Art-Orchester **Musik ohne Stars und Statisten** *Seite 13*

SP-Funktionäre liquidierten das AJZ

Vor einem heissen Sommer in Basel

Von Daniel Wiener

In der Nordwestecke der Schweiz häufen sich die Konflikte: Ohne Rücksprache mit seinen Regierungskollegen hat der Basler Polizeidirektor Karl Schnyder (SP) «das grösste AJZ Europas» nach einer Razzia geschlossen. Krawalle waren die logische Folge. Auf den 1. Juni sind Trampreis-Erhöhungen angekündigt. Erste Aktionen dagegen machen den Basler Verkehrsbetrieben (BVB) zu schaffen. Und etwa im Juli will der Bundesrat die entscheidende Rahmenbewilligung für das Atomkraftwerk Kaiseraugst erteilen. Muss die Basler Polizei auf Sommerferien verzichten?

5. Mai in Basel: Grossrazzia beim AJZ

Für 20 000 Franken durfte ein Baugeschäft das Basler AJZ an der Hochstrasse 16 hinter dem SBB-Bahnhof zumauern. Damit soll eine Wiederbesetzung nach der Räumung vom 5. Mai verhindert werden. Für die Jugendlichen im AJZ, die dort seit dem 14. Februar einen harten Kampf mit allen Problemen der Gesellschaft führten, hatten die Behörden keinen rostigen Rappen übrig. Erst zwei Wochen vor der Räumung weigerte sich der Grosse Rat (das Kantonsparlament), über ein dringliches Kreditbegehren von 50 000 Franken für das AJZ auch nur zu *diskutieren.* Der Antrag war von einem bestandenen, bürgerlichen Rechtsprofessor gestellt worden.

Jetzt redet der Basler Polizeidirektor Karl Schnyder von einer *«Chance»,* die *«Behörden und Volk»* den Jugendlichen gegeben hätten, doch sei das *«Experiment gescheitert».* Dabei hat man den AJZ-Jugendlichen nichts gegeben: Was sie besassen – die Liegenschaft an der Hochstrasse – hatten sie sich genommen. Die Bankverein-Tochter *Universal AG,* der das Haus nach der geltenden Rechtsordnung gehört, verzichtete auf eine Räumungsklage bei der Polizei, weil sie für das leerstehende Gebäude noch keine Abbruchbewilligung besass.

Auch am 5. Mai lag keine Klage der Bankverein-Tochter vor. Die Schliessung des AJZ war ein rein politischer Entscheid, auf den verschiedene Kreise schon lange hingearbeitet hatten. Sie gewannen in dem Moment Oberhand, als die Direktion der Schweizerischen Mustermesse – nach Abschluss der 65. Muba am 4. Mai – nicht mehr zu den Gegnern einer Razzia zählte.

Zum endgültigen Halali auf das AJZ blies nach den Krawallen am 1. Mai SPS-Präsident Helmut Hubacher. Er verlangte, die *«Chaoten»* seien *«aus dem Verkehr zu ziehen». «Die Jugendbewegung mit ihren zum Teil berechtigten Anliegen»* müsse *«von den Krawallanten befreit»* werden. Mit seiner Tirade stiess der Basler Nationalrat ins gleiche Horn wie der Baselbieter Abgeordnete und Todesstrafe-Befürworter *Karl* («Kopf ab») *Flubacher* (FDP), der sich ebenfalls als Saubermann der Jugendbewegung profilierte: *«Diese Chaoten müssen gerade im Interesse der anderen Jugendlichen, die ohne Gewalt auf ihre Probleme hinweisen, isoliert werden.»*

Der Boden für die Räumung war damit vorbereitet. Polizeidirektor Karl Schnyder, der von seiner Partei schon einmal wegen Polizeieinsätzen (damals gegen die Mieterbewegung) fast ausgeschlossen worden war, fühlte sich abgesichert und schritt zur Tat. Dabei kamen ihm rechtsextreme Schlägerbanden – meist minderjährige Jugendliche – zu Hilfe: Seit dem 1. Mai griffen täglich – bis zur Schliessung des AJZ – autoritär geführte, schwerbewaffnete Gangs unter den Augen der Polizei das AJZ und Jugendliche aus dem AJZ an. Am 3. Mai gelang es dem Wachdienst im AJZ, vier Angreifer festzuhalten. Sie trugen teilweise grosskalibrige Revolver mit kriegsrechtlich geächteten Dumdumgeschossen auf sich. Die vier Pistolen wurden einem Mitglied des AJZ-Fördervereins übergeben und waren deshalb nicht mehr an der Hochstrasse, als die Polizei einfuhr. Trotzdem waren die Waffenfunde bei der AJZ-Razzia vorprogrammiert. Die Angriffe der «Faschos» und die Passivität der Polizei zwangen die AJZ-Bewohner zur Selbstverteidigung. Die Polizei trug denn auch nach der Verhaftung aller 141 Anwesenden am Morgen des 5. Mai 60 Molotowcocktails, einige Schlagstöcke und Wurfgeschosse aus dem AJZ – ein sogenanntes *Waffenarsenal,* wie sich das Kriminalkommissariat ausdrückte. 30 Feuerlöscher wurden aus unerfindlichen Gründen auch unter diesem Sammelbegriff aufgeführt. Sonst war die Razzia ein Misserfolg. «Shit» beispielsweise schien im AJZ knapp gewesen zu sein: Ganze fünf Gramm Haschisch wurden von den Polizeihunden aufgespürt. Die Ortskenntnisse der Kriminalbeamten, die die Hausdurchsuchung leiteten, waren im übrigen sehr präzis. Dank Spitzelinformationen wussten sie während der Razzia oft genau, wer in welchem Bett geschlafen hatte.

Wie immer in solchen Fällen gab die Polizei eine Pressekonferenz, an der Schnyder die endgültige Schliessung des AJZ bekanntgab. Auch die AJZ-Leute, die sich zufällig während der Räumung nicht an der Hochstrasse aufgehalten hatten und deshalb auf freiem Fuss waren, wollten die Medien informieren. As sie das Restaurant betraten, in welchem ihre Pressekonferenz stattfinden sollte, wurden sie von «Faschos» angegriffen. Sofort erschien die Polizei und nahm alle Beteiligten fest, *«um eine Schlägerei zu verhindern».* Damit war die Pressekonferenz geplatzt. Im Regionaljournal des Radios entschuldigte sich der Sprecher zwar dafür, dass keine Stellungnahme des AJZ gesendet werde, und im Monopolblatt «Basler Zeitung» stand am nächsten Tag, eine Pressekonferenz des AJZ sei *«aus unklaren Gründen»* nicht zustande gekommen. Der Handstreich der Polizei war deshalb nicht weniger erfolgreich: Sie hatte ihre Gegner mundtot gemacht – die verhafteten AJZ-Leute wurden nach Redaktionsschluss der Zeitungen um ein Uhr nachts wieder freigelassen. Man hatte sich nicht einmal die Mühe genommen, sie «zum Schein» zu verhören.

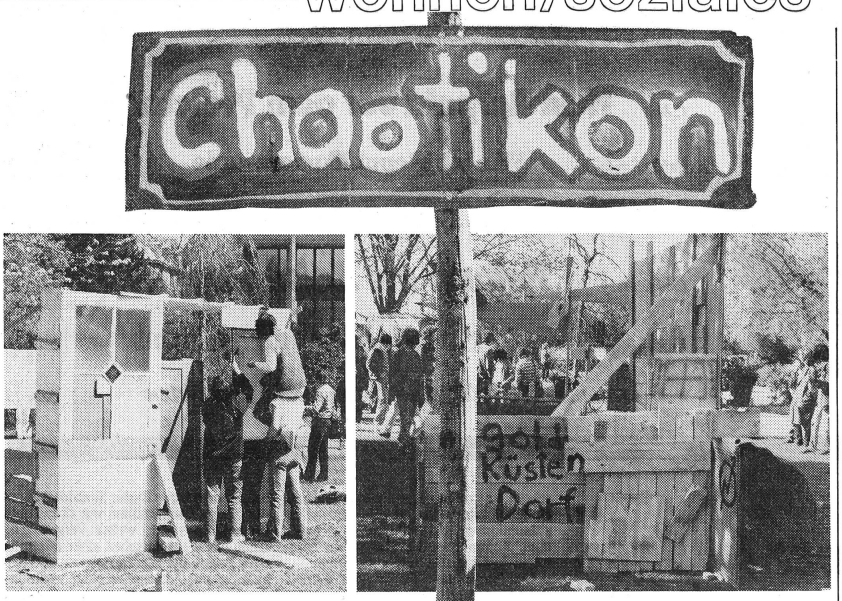
Für die Gefangenen in der Polizeizentrale war der Aufenthalt im «Spiegelhof» um so aufschlussreicher: Durch die Gucklöcher ihrer Zellen beobachteten sie, wie Polizisten und Schlägertrupps bis in die späte Nacht hinein zusammen festeten und sich gegenseitig zu ihrem gemeinsam errungenen Sieg über das «AJZ-Pack» gratulierten.

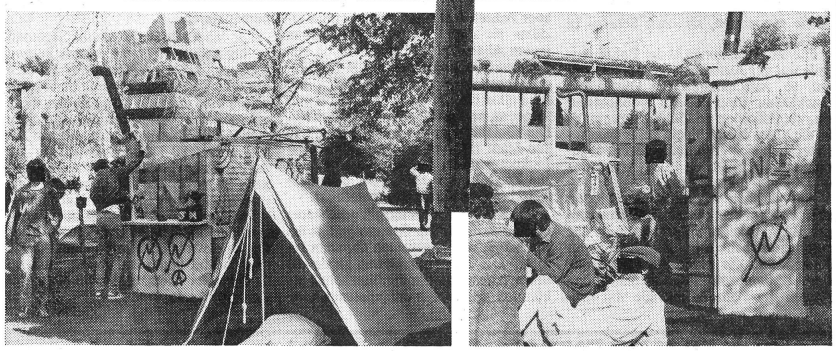
Am gleichen Abend konkretisierten sich auch auf der Strasse die Vermutungen, dass Polizei und Rechtsextreme eng zusammenarbeiten. Bei Einsätzen gegen Jugendliche, die gegen die Schliessung des AJZ demonstrierten, sah man in den Reihen der Polizei Dutzende von «Faschos», die unbehelligt Eisenketten und Knüppel schwangen, ihre Schusswaffen präsentierten und teilweise gar unter dem Kommando der Polizei als Vortrupp der Ordnungshüter operierten.

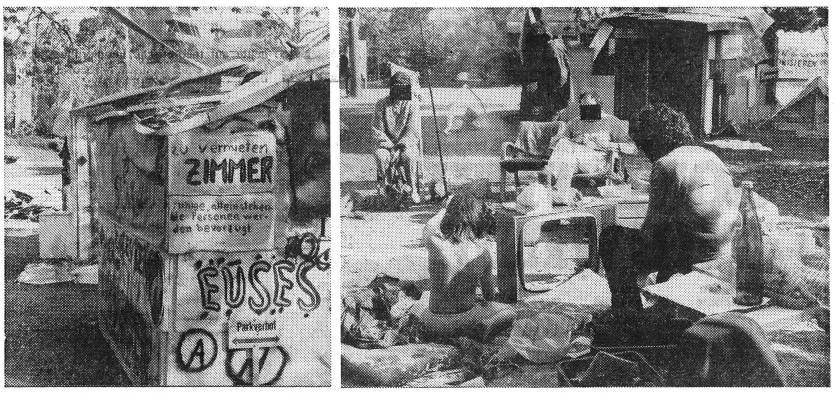
Der altgediente Radiomann Rudolf Palm *«verstand die Welt nicht mehr»,* aber Polizeihauptmann Robert Heuss erklärte sie ihm: Die erste Priorität an jenem Abend sei die Verhinderung von Sachbeschädigungen durch die AJZ-Jugendlichen gewesen. Die «Rocker», wie die Polizei die «Faschos» fälschlicherweise nennt, seien ein *sekundäres Problem.* Die Gefährdung von Menschen gilt in der Stadt mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Schweiz im Vergleich zur Zerstörung von ein paar Schaufensterscheiben wohl als Kavaliersdelikt.

Die Krawalle von letzter Woche waren nur ein Auftakt: Für Spannungen ist am Rheinknie in den nächsten Monaten gesorgt. Die Demonstrationen gegen die bevorstehenden Trampreiserhöhungen könnten den bereits aufgerissenen Graben innerhalb der Basler Sozialdemokratie, die in Konfliktfällen wie überall oft vermittelnd wirkt, weiter vergrössern. Denn die Wahl zwischen einer bürgerlichen Politik der Stadtzerstörung und der heterogenen Alternative einer wachsenden Minderheit von Unzufriedenen wird immer klarer.

Die Stadt, die so gerne alle Gegensätze überspielt, steht vor einem heissen Sommer, der zur Klärung der Fronten wesentlich beitragen könnte. Dabei mithelfen wird auch die Strategiediskussion um mögliche Reaktionen der mächtigen Anti-AKW-Volksbewegung auf die für Juli erwartete Rahmenbewilligung für das Atomkraftwerk Kaiseraugst (vgl. auch Seite 7). Die Räumung des AJZ verschlechtert die Chancen einer einheitlichen Reaktion der Region auf die bevorstehende Ohrfeige aus Bern. Werden die Behörden im Herbst ihre Aktion vom 5. Mai bedauern? Wenn ja, wird SP-Schnyder dannzumal nicht mehr Regierungsrat sein. ●







Zürich scheint seine Hausbesetzungen schadlos überstanden zu haben, einen Monat nach dem mit Zittern erwarteten Zügeltermin herrscht auf diesem Sektor Ruhe und Ordnung, die Obdachlosen sind zwar weiterhin obdachlos oder haben sich nur notdürftig und auf Zusehen hin bei Freunden eingenistet. Selten einmal hört man davon, dass die Wohnsituation in anderen Städten kaum einen Deut besser ist und dass auch dort folgerichtig von den Betroffenen reagiert wird: eben mit Besetzungen.

★

In *St. Gallen*, wo der Leerwohnungsbestand von 0,17 Prozent fast den zürcherischen Level erreicht, hat die *Aktion Läbigs Bleicheli* durch die symbolische Besetzung eines Hauses auf die überhandnehmende Entwicklung des Stadtkerns zur Einkaufscity und auf die Zerstörung von billigem Wohnraum aufmerksam gemacht.

★

Auch im *Aargau* tut sich einiges: In *Baden* wurden diverse Liegenschaften kurzbesetzt bzw. «in Besichtigung genommen». Auch hier geht es vorrangig um billigen Wohnraum. In *Aarau* wird vorerst noch verbal gegen Wohnmaschinen und Expressstrassen protestiert. Unter dem Motto *«In Aarau läuft nicht nur der Stadtbach»* bewegt sich's, aber zu Häuserbesetzungen ist es bislang nicht gekommen.

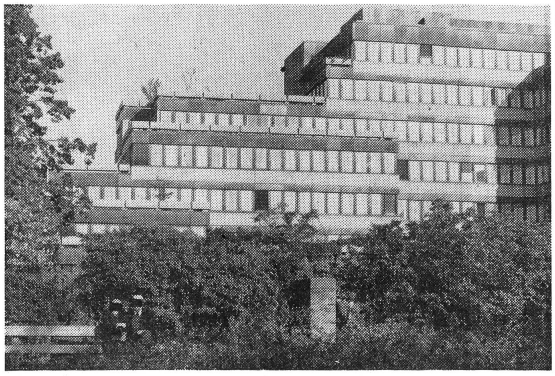
Erfolg in *Wohlen*, der Kapitale des Freiamts: Nachdem ein besetztes und zum Jugendzentrum ausgerufenes Haus zunächst relativ unsanft durch selbsternannte, ebenfalls jugendliche Ordnungshüter geräumt wurde, besetzte die Wohlener Bewegig dasselbe Objekt einfach noch einmal und vereinbarte mit der Eigentümerin eine vierwöchige Probezeit.

★

In *Bern* ist der Hauptzügeltermin erst der 1. Mai. Folgerichtig wurden hier auch erst vor einigen Tagen drei Liegenschaften besetzt. Die Häuser am Friedeckweg wurden am 4. Mai von der Polizei geräumt, zwei andere Objekte werden zurzeit noch besetzt. Die Berner Aktionsgruppe Wohnungsnot hat vor kurzem eine gutdokumentierte Broschüre *«Spekulation, Zahlen – Namen – Orte, vom Geschäft mit dem Wohnen»* herausgegeben. Diese zeigt auf, wie der Berner Hausbesitz verteilt ist und welche Mechanismen den Wohnungsmarkt bestimmen. Zu beziehen über Postfach 1067, Bern.

★

In der *Winterthurer Altstadt* ist seit über einem Monat ein abbruchbedrohtes Haus besetzt, das einem Neubau der Kaufhauskette Maus-Frères weichen soll. In *Horgen* haben Horgener Einwohner ein Haus besetzt, vor allem, um für die Erhaltung des Dorfbildes zu kämpfen.



das konzept Buchkritik

Das grosse Bröckeln

«orte» Nr. 33: Frauen schreiben gegen und für Männer. Bezug über Kiosk oder direkt über orte-Verlag, Postfach 2028, 8033 Zürich

« . . . vielleicht gelingt es uns, am übergrossen Mannsbild zu rütteln, bis einiges abbröckelt» – solches erhoffen sich zwei Exemplare ebendieser Menschengattung von der neuesten Nummer der Schweizer Literaturzeitschrift «orte». Deshalb haben sie jetzt einmal Frauen für «orte» schreiben lassen, obwohl sie als emanzipiert-aufgeklärte Kulturler über dererlei weltliche Kämpflein eigentlich erhaben sind: *«Anthologien, in denen nur Frauen- oder Männertexte Platz haben, sind es nicht, die wir lieben, sind uns ein Greuel.»*

Dass «orte» – immerhin ein sich gern fortschrittlich und informiert gebendes Kulturheft – sich jetzt erst mit feministischen Texten verkauft, ist an sich schon keine intellektuelle Glanzleistung, aber wie es die Zeitschrift tut, ist schlichtweg deppert: *«Seit etlichen Jahren gibt es eine spezifische Frauenliteratur. Auch wer da als emanzipierter Mensch nicht unterscheiden möchte* (warum denn nicht?), *stellt fest: Es gibt feministische Texte.»* Immerhin gelingt es «orte», solche zu finden, die *«nicht unbedingt auf den Spuren der Alice Schwarzer wandeln»*, die ohnehin nur *den tödlichen Kampf gegen ein Ungeheuer namens Mann»* propagiert. (Die Texte selbst sind übrigens beileibe nicht so schlecht wie die diversen Einleitungen der Redaktion.)

«Sei's, wie es sei!» meint denn auch Herausgeber Werner Bucher nach seinem misslungenen Abstecher in die Frauenliteratur: *«Mich aber freut . . ., dass zwei neue Redaktoren unser Team erweitern.»* Die Freude ist ganz unsererseits, wenigstens haben sich die (im Gegensatz zu andern Herren aus der Redaktion) aus der ganzen Sache rausgehalten.

Unter den Frauen, die für «orte» schreiben durften, ist übrigens auch die einzige Frau im Team: *«Unser (!) Redaktionsmitglied Vera Piller unterhielt sich mit einigen jungen, sehr engagierten Feministinnen. Ihre Aussagen dürften interessieren. Auch der aggressive Ton.»* Warum denn die Wut darüber verklemmen, dass die Feministinnen hie und da auch Diskussionen und Feste ohne Männer wollen und dass sie selbstbewusst sagen: «Wenn ich getreten werde, dann trete ich zurück»?

Im «Frauen»-«orte» fehlt kaum ein Diskriminationsklischee. Selbstverständlich wird auch darauf hingewiesen, dass die Nummer nicht elitär sei: *«Auch Frauen, die nicht professionell schreiben (. . .), kommen zum Zuge. Daneben finden wir in der neuen ‹orte›-Nummer andere interessante Beiträge . . .»*

Solch dümmlicher Umgang mit Frauen, die schreiben, ist es nicht, den ich liebe. Er ist mir ein Greuel. Aber eigentlich geht mich das alles gar nichts an. Die umwerfende Nachricht, dass «die Figur des Grössten» abbröckelt, ist ohnehin nur an den «Herrn Redaktor» gerichtet. Wir Frauen wissen es schon.

Liselotte Suter

·TIP·TIP·TIP·

Schwarzbuch: «Entwicklung heisst Befreiung»

Die entwicklungspolitischen Organisationen der Schweiz, welche, wie schon im «konzept» (Nr. 4/81) angekündigt, am 29./30./31. im Kursaal in Bern ein *internationales Symposium* durchführen, haben zu dieser Veranstaltung ein *Schwarzbuch* herausgebracht, welches die Themen «Offizielle Entwicklungspolitik der Schweiz – Finanzoffensive», «Arbeitsplätze zu welchem Preis?», «Rassismus», «Solidarität» schwerpunktmässig behandelt.

Das Schwarzbuch ist bei der «Erklärung von Bern», Gartenhofstr 27, 8004 Zürich, zu bestellen, kostet 6 Fr und umfasst 48 Seiten.

Wenn die Basler Polizei kommt . . .

Was in verschiedenen anderen Kantonen auf reges Interesse gestossen ist (vgl. «dk» 4/81, «Alles, was Recht ist»), gibt es nun auch für die Stadt Basel: Eine schriftliche Orientierungshilfe für jene, die wegen Verdachts auf strafbare Handlungen mit der Polizei und Justiz in Konflikt geraten sind. Unter dem Titel *«Führer durch das kriminelle Basel»* hat die Arbeitsgruppe Lohnhof der Gewerkschaft Erziehung (eine Gruppe von im Sozialbereich tätigen Fachleuten) eine 25seitige Broschüre verfasst, in der die wichtigsten Informationen für den Beschuldigten in leicht verständlicher Sprache zusammengefasst sind.

Im Anhang sind ferner ein kleines «Lexikon» der gebräuchlichsten juristischen Begriffe sowie ein paar nützliche Adressen angeführt.

«Führer durch das kriminelle Basel» Verfasser: Arbeitsgruppe Lohnhof. Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung, Davidsbodenstrasse 63, 4056 Basel. Erhältlich auch in Buchhandlungen. Preis 2 Fr

Türkischer Realismus

Was Nazim Hikmet in der türkischen Literatur, ist *Hanefi Yeter* in der türkischen Malerei. Allerdings bezieht der nach Berlin emigrierte Yeter seine Bildinhalte aus der neuen Umwelt, dem Alltag in Kreuzberg. Eine Ausstellung über diesen «türkischen Realisten aus West-Berlin» ist noch bis 23 Mai in der Produzentengalerie zu besichtigen, Englischviertelstrasse 7, 8032 Zürich

Kinderfreundliche Beiz

Auch in Ottenbach ZH soll es eine Alternativbeiz geben: Die Genossenschaft Ulme hat den beinahe 250 Jahre alten Gasthof «Engel» gekauft. Eine grosse Wohngemeinschaft wird die Beiz und einen Laden mit Selbstgemachtem und Dritte-Welt-Produkten führen. In den Nebengebäuden wird ein Mehrzweckraum für private Anlässe und den Filmklub vermietet. Im «Engel» sind auch Kinder willkommen: Ihnen stehen ein weitläufiger Spielplatz im Garten und ein Spielzimmer samt Wickeltisch und Kindermüschen zur Verfügung.

Das Haus ist mit zinslosen Darlehen und Hypotheken finanziert. Für die nun auflaufenden Kosten gibt die Genossenschaft Partizipationsscheine heraus. Der Zins kann in Naturalien bezogen werden. Die «Engel»-Leute suchen derzeit noch mindestens 130 000 Franken. Teilhaber kann werden, wer Scheine zu 100, 500 oder 1000 Franken zeichnet, und dies zu wählbaren Bedingungen: 2%, kündbar nach 2 Jahren auf je 6 Monate / 3%, kündbar nach 5 Jahren auf je 6 Monate / 4%, unkündbar, das heisst, die Rückzahlung erfolgt bei Auflösung der Genossenschaft. Nach dem Umbau und gesicherter Finanzierung wird der «Engel» am 15. August 1981 eröffnet.

Wer mehr über das Projekt erfahren möchte, kann bei der Genossenschaft Ulme, Dorfplatz, 8913 Ottenbach, eine Broschüre bestellen. Zahlungen auf PC-Konto 80-32 404 (gewünschte Bedingungen angeben).

Spots

Nach 55 Tagen Hungerstreik starb in einem Krankenhaus Sigurd Debus. Er sei verhungert, hat es in den Medien geheissen. In einem vorläufigen Obduktionsbericht an den Anwalt von Debus wird jedoch festgehalten, der Tod des Inhaftierten sei auf ärztliches Fehlverhalten zurückzuführen. Debus wurde bereits am 19. März zwangsernährt. In einem Protokoll über die erste Zwangsernährung schrieb er dem Anwalt, man habe ihm elf Stunden lang Infusionen angehängt. Nach einiger Zeit habe sich Flüssigkeit im Gehirn abgesetzt, was zu starken Ausfallerscheinungen führte. Dass Zwangsernährung lebensgefährlich ist, weiss man nicht erst seit dem jüngsten Hungerstreik. Aber man nimmt den Protest von Hunderten von Ärzten in der BRD gelassen zur Kenntnis. In aller Stille ist Sigurd Debus beigesetzt worden.

*

Wer strahlt denn da dem Kaffeetrinker aus dem Untertässli so lustig entgegen? *«Negerli ganzfein»* aus dem fernen Afrika (das ist dort, wo die Primitiven den ganzen Tag in den Baströcklein ums Feuer tanzen).

Optik Iselin
Rämistrasse 39, 8001 Zürich
Telefon 01 69 44 41

das konzept

Redaktion: Marianne Fehr, Georg Hodel, Nicolas Lindt, Liselotte Suter

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern.

Redaktionsstelle Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierender an der Uni Zürich).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk Auflage 32 000.

Abonnemente: pro Jahr 22 Fr (Ausl. 30 Fr), PC-Konto 80-37626

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich.
Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile (27 mm) – 72 Fr Gültiger Tarif Nr 82

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich

Redaktionsschluss: Nr. 6/81: 18. 5. 81
Inserateschluss: Nr. 6/81: 20. 5. 81

Vom Tag der Arbeit zum Tag der Arbeitslosen

Kein Respekt vor dem Proletariat

Von Nicolas Lindt und Daniel Wiener

Seit letztem Sommer ist einiges in Bewegung geraten – nur die Gewerkschaftsbewegung verharrt scheinbar regungslos, als ob nichts geschehen wäre: Die 1.-Mai-Kundgebungen werden nach wie vor im traditionellen Rahmen abgehalten. Nach dem diesjährigen 1. Mai sieht es nun etwas anders aus – zumindest in Basel und Zürich: Ohne Respekt vor Tradition und Geschichte haben unvernünftige Chaoten fertiggebracht, was vernünftige Linke in den letzten Jahren vergeblich versuchten: die selbstzufriedene Arbeiteraristokratie von ihrem Podest herunterzuholen. In Basel wurde das Rednerpult gestürmt und verbrannt, in Zürich prügelten sich bestandene Gewerkschafter mit Jugendlichen, in beiden Städten klirrten die Scheiben. Das hat heftige und sehr geteilte Reaktionen ausgelöst.

Vorher

«Wir schweizerischen Sozialdemokraten, wir Frauen, Männer, wir Jugendlichen des Jahres 1981 sind der Meinung, dass wir uns heute an anderen Wegen und Inhalten orientieren müssen: an Lebens- und Arbeitsformen, die den werktätigen Menschen nicht nur funktionieren lassen, sondern ihm mehr privaten Freiraum eröffnen. Den Wunsch danach vernehmen wir heute vor allem im Ruf der Jugendlichen nach mehr Autonomie, nach Räumen, in denen sie über sich selbst bestimmen können.»

(Aus dem 1.-Mai-Aufruf der SPS)

Nachher

«Vorkommnisse wie am 1. Mai dürfen nicht länger toleriert werden. Jetzt müssen Polizei und Justiz im Rahmen der bestehenden Gesetze mit aller Härte durchgreifen. Nachsicht gegen diese Gewalttäter ist nicht mehr am Platz.»

(Helmut Hubacher, SPS-Präsident, im «Blick» vom 4. Mai)

*

«Hubacher sollte sich nicht dazu verleiten lassen, aufgrund solcher Zwischenfälle nach dem starken Mann zu rufen. Die SP darf auch nicht den Fehler machen, innerhalb der Jugendbewegung zwischen Guten und Bösen zu unterscheiden, das wäre bürgerliche Politik.»

(Andi Gross, Präsident der Jungsozialisten)

«Die Bewegung hat ein Unbehagen gegenüber der traditionellen Arbeiterschaft, die nur noch am 1. Mai auf die Strasse geht. Deshalb wollte die Bewegung in Zürich die Arbeiter am 1. Mai etwas kitzeln, etwas provozieren. Auch ich finde, dass die Arbeiterbewegung immer mehr zu einer Institution wurde, keine Bewegung mehr ist. Aber gleichzeitig erwarte ich von der Bewegung ein gewisses Einfühlungsvermögen gegenüber den älteren Gewerkschaftern.»

(Andi Gross)

*

«Bern, 4. Mai. (DDP) Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat sich von den ‹Provokateuren› an den Kundgebungen am 1. Mai distanziert und gleichzeitig betont, dass der SGB deswegen seine ‹Prinzipien nicht ändern› werde. (. . .) Wer diesen Tag zu Krawallen missbrauche, der solle sich nicht länger auf Verständnis und Toleranz berufen.»

*

«Die unterzeichneten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter protestieren gegen den vorzeitigen Abbruch der 1.-Mai-Kundgebung in Zürich durch den Kartellsekretär Alfred Affolter. Ein Teil der Jugend hat in der Tat versucht, sich mit Methoden Gehör zu verschaffen, die im Widerspruch zu unserer Auffassung von demokratischem Verhalten stehen. Dies rechtfertigt aber unserer Ansicht nach den kommentarlosen Abbruch der Kundgebung nicht. Eine Gewerkschaftsbewegung sollte fähig sein, mit voraussehbaren Störungen tolerant und umsichtig umzugehen. (. . .) Die Gewerkschaften müssen sich aus Interesse für die eigene Zukunft überlegen, wie sie die Jugend ansprechen und einbeziehen wollen.»

(Aus der Protesterklärung von elf zum Teil namhaften Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, darunter Fred Müller, Präsident der Journalisten-Union, Ruedi Jost, Redaktor «Bau und Holz», Hans Fässler, Redaktor «Helvetische Typographia», u. a.)

«Ich fühle mich verarscht von der Jugendbewegung. Sie erwartet, dass die Gewerkschaften sich mit ihr solidarisieren, aber umgekehrt ist sie nicht bereit zur Solidarität mit den Gewerkschaften. Ausserdem bin ich dagegen, dass immer wieder Scheiben eingeschlagen werden, es ist ein Ritual geworden, völlig perspektivlos. Politisch läuft die Bewegung damit in die Sackgasse.»

(Lydia Trüb, Redaktorin der «GTCP-Zeitung», Mitunterzeichnerin der Protesterklärung)

«Was am 1. Mai in Zürich abgelaufen ist, kann nicht im Interesse der Jugendbewegung gewesen sein. Es ist eher die Handlungsweise einer verzweifelten Minderheit ohne Klassenstandpunkt. (. . .) Hier zeigt sich einmal mehr, dass die Politik des reinen Lustprinzips in eine Sackgasse führt, dass die zur Ideologie erhobene Spontaneität keine gangbare Alternative darstellt. Nicht nur die Linke, auch die Jugendbewegung kann die anstehenden Probleme nicht knacken ohne Berücksichtigung des Bewusstseinsstands und des Fühlens der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. (. . .) Der Schritt, zu dem sich Angehörige der Jugendbewegung am 1. Mai hinreissen liessen, läuft der kritischen Solidarität, die in weiten Kreisen der Linksparteien und auch von Gewerkschaftern gegenüber den berechtigten Anliegen der Bewegung gehegt wurde, diametral entgegen und muss von unserer Seite mit aller Klarheit zurückgewiesen werden.

(René Lechleiter, PdA-Mitglied, «Vorwärts»-Redaktor)

*

«Die plötzliche Auflösung der Maikundgebung ohne jede Begründung hat bewiesen, wie unfähig heute Teile der Gewerkschaftsbewegung sind, den Notstand in dieser Stadt, der von den Herrschenden in den letzten Jahren systematisch heranorganisiert wurde, auch nur zu erkennen. Dies ist schade. Denn auch für die Gewerkschaftsbewegung stellt sich doch heute eindeutig die Frage, auf welche Seite sie sich stellt, im Kampf für Wohnungen oder für Amnestie zum Beispiel. (. . .) Heute ist der 1. Mai ein vom Gewerkschaftskartell verwalteter Arbeiterfeiertag, an dem eine gar nicht vorhandene politische Einheit zelebriert wird. Der 1. Mai darf nicht zum Sechseläuten der Arbeiterbewegung, sondern muss wieder zu einem Kampftag werden, wie er das einmal war. Die POCH Zürich haben sich mit der Nachdemonstration solidarisiert. Wir treten ein für Amnestie und Wohnungen und kneifen nicht.» *(Daniel Vischer, POCH Zürich)*

Blechharmonie der Arbeiterbewebung im getragenen Sächsilüüte-Schritt

Aus dem Takt gefallen: Junge Gewerkschafter im ideologischen Niemandsland

Basel: 1. Mai – vorbei?

Von Jahr zu Jahr grösser und militanter werden die 1.-Mai-Kundgebungen in Basel. 6000 Leute strömten dieses Jahr zusammen. Während die Zugspitze mit den Maibändeln des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes immer kürzer wird, verlängert sich der «Rattenschwanz» – in der offiziellen Zugsordnung als *«übrige Gruppen»* bezeichnet – zusehends. Eingeklemmt dazwischen marschiert der konstante Haufen der «Interkommission», der Ausländerorganisationen und der Parteien links der SP. Nicht mehr als ein Drittel der Teilnehmer am 1. Mai 1981 trug das Abzeichen des Gewerkschaftsbundes. Hinter dem Transparent des gesamtschweizerisch mächtigsten Verbandes, der Metall- und Uhrenarbeiter (SMUV), der allerdings in Basel nicht besonders stark ist, marschierten knapp zwei Dutzend, meist über 50jährige Mitglieder. Bei den anderen traditionellen Arbeiterorganisationen, mit Ausnahme des VPOD, war die Mobilisierung ebenso schwach. Die Arbeitermusik, die den Zug bis 1980 mit lustigen Märschen angeführt hatte, fehlte erstmals, worüber viele Gewerkschafter sichtlich enttäuscht waren.

Frauen und Türken

Den grössten Block bildeten die Autonomen Frauen, den zweitgrössten die Türken. Die Autonomen Frauen stellten dieses Jahr erstmals eine offizielle Rednerin, nachdem sie 1980 – wie schon vor rund zehn Jahren die Progressiven Organisationen – mit der Erstürmung des Rednerpultes den Einstand gegeben hatten. 1980 war es zu wüsten Schlägereien gekommen, in die auch *SPS-Präsident Helmut Hubacher* verwickelt war. Aus diesen Erfahrungen klüger geworden, vereinbarten die Organisatoren des 1. Mai mit den Jugendlichen des Basler AJZ, dass sie gleich anschliessend an den «offiziellen Teil» der Kundgebung auf dem Marktplatz das Wort ergreifen dürften. Die Vollversammlung des AJZ bestimmte mehrere Redner, die innerhalb der vorgeschriebenen Redezeit für die Anliegen der Jugendlichen werben sollten. Doch es kam anders: Drei linke Türkenorganisationen, die sich nicht über einen Redner einigen konnten, lieferten sich eine blutige Schlägerei, noch bevor die AJZ-Sprecher das Wort erhielten. Die Verantwortlichen vom Gewerkschaftskartell brachen darauf die Kundgebung ab und zogen das Mikrophonkabel, «um Schlimmeres zu verhüten», aus.

Die Jugendlichen sahen sich um ihre Redezeit betrogen. Den weiteren Verlauf schilderte die «Basler Arbeiterzeitung» so: *«Die Chaoten griffen sofort an. Voller Hass versuchten sie, das Rathaus zu stürmen, doch Gewerkschaftsfunktionäre konnten sich noch rechtzeitig hinter dem Eisentor in Sicherheit bringen. Daraufhin zertrümmerten die Chaoten die Rednertribüne und zündeten sie unmittelbar vor dem Rathaus an. Tatenlos schauten die Kundgebungsteilnehmer dem zerstörerischen Tun zu.»*

Staatsschutz

Die Auseinandersetzung zwischen den Arbeiterorganisationen und den unorganisierten Arbeitslosen fand an diesem Tag eine treffende Illustration: Gewerkschaftsfunktionäre, die das Rathaus (den Staat) vor den Unzufriedenen schützen.

Wie schon im Vorjahr gaben die Organisatoren bekannt, *«in dieser Form»* werde der 1. Mai *«nie mehr»* durchgeführt. Dabei wissen sie genau: Wenn sie ernsthaft die Spaltung betreiben, indem sie die Feier wieder allein organisieren, wird nächstes Jahr (der 1. Mai ist dann an einem Samstag) einem Häufchen Altgewerkschafter auf dem Marktplatz eine Riesendemo auf dem Barfüsser- oder Claraplatz gegenüberstehen. Aber bis in einem Jahr wird noch viel Dreck den Rhein hinunterfliessen . . . ●

Jean Ziegler: Schall und Rauch

Alle, fast alle, auf dem Platz waren gespannt, was er wohl sagen würde: Jean Ziegler, SP-Nationalrat, sprach an der 1.-Mai-Kundgebung in Zürich. Einleitend erklärte er, nicht als SP-Mitglied oder als Nationalrat zu sprechen, sondern «in meinem eigenen Namen, als libertärer Sozialist». Die Spannung stieg. Ich erwartete eine Brandrede, eine schonungslose Kritik an den verkalkten Gewerkschaften und selbst an der eigenen Partei . . . Dann sagte Ziegler, er werde über «die Form und das Wesen der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus in der Schweiz, über die ökonomischen Hintergründe und die tatsächlichen Verantwortlichen für diese Krise und über die Opfer, die Toten, die Erniedrigten, die Verzweifelten, welche das kapitalistische Weltsystem in der dritten Welt heute fordert», sprechen. Nun gut, dachte ich mir, Genosse Jean ist halt ein Linksintellektueller und steht jeden Morgen schon mit dem marxistischen Vokabular auf. Aber im gleichen Stil ging es weiter. Ziegler berichtete uns vom bösen Kapitalismus, von den verbrecherischen Multis, von den kriminellen Banken und Spekulanten, von der Ausbeutung und nochmal von der Ausbeutung und von all den anderen schlimmen und empörenden Ungerechtigkeiten auf der Welt. Hin und wieder merkte er, dass wir das alles eigentlich schon längst wissen, dann sagte er: Ihr wisst es ja selbst – und fuhr fort, neue Missstände aufzudecken.

Und nun, Genosse Jean?! Was tun? «Wir müssen endlich aufhören, das Rote Kreuz des Kapitalismus zu spielen, wir müssen aufhören mit der Politik der kleinen Schritte.» Recht so, wie sich's für einen Revolutionär gehört! – Aber was nun folgte, war nicht die Politik der grossen Schritte, sondern Gänsefüsschen-Politik: Ziegler propagierte die Mitbestimmung im Betrieb, forderte die Verstaatlichung des Bodens und rührte die Werbetrommel für die SP-Bankeninitiative – «die wichtigste und bedeutendste Schlacht seit dem Generalstreik von 1918» . . . So schrumpfte der Revolutionär Ziegler wieder zum kleinen SP-Reformpolitiker zusammen, der sich von Volksinitiative zu Volksinitiative durchs Leben plagt, genährt von der Hoffnung: «Eines Tages werden wir zurückverlangen, was uns das Kapital gestohlen hat.»

Die Zwischenrufe und Pfiffe häuften sich, sie übertönten den Redner, als er so nebenbei eine «wirksame Landesverteidigung» forderte, und sie nahmen kein Ende mehr, als sich Jean Ziegler zur Bewegung in Zürich und zur Gewaltfrage äusserte. Derselbe Ziegler, der vorher von den «Grosskapitalisten» und «Banditen» an der Bahnhofstrasse geredet hatte, verurteilte nun das Scheibeneinschlagen an der Bahnhofstrasse: «Gewalttätige Aktionen sind nicht nur falsch, sie sind politische Irrtümer.» Damit distanzierte sich Jean Ziegler genauso von der Bewegung wie vor ihm die Funktionäre vom Gewerkschaftskartell. Mit dem Unterschied, dass Ziegler fast im gleichen Atemzug Che Guevara zitieren wollte. Aber er kam nicht weit – sein Versuch, den Revolutionär zu spielen und gleichzeitig die revolutionäre Gewalt mit dem moralischen Zeigefinger des Reformisten zu verurteilen, ging im Pfeifkonzert unter. Opportunisten sind nicht gefragt. Jean Ziegler hat in Zürich ein Change verpasst, wirklich im eigenen Namen zu sprechen.

Nicolas Lindt

PS. Derselbe Ziegler, der in seiner 1.-Mai-Rede gewalttätige Aktionen grundsätzlich verurteilte, sagte letztes Jahr in einem Film des ersten deutschen Fernsehens zu den Zürcher Krawallen wörtlich: «Ich glaube nicht, dass bewaffnete Gegengewalt vollständig unmoralisch ist. Das glaube ich nicht. Denn dieses Grosskapital, diese Oligarchie, die die Schweiz beherrscht, die tötet ja auch.» Und im gleichen Film sagte Ziegler: «Was diese jungen Leute überhaupt nicht tolerieren können, das ist diese Doppelmoral in der Schweiz.»

das konzept Buchkritik

Krise der Parteien

Theoretische Zeitschrift «Widerspruch». Nr. 1.: «Krise der Parteien», 97 Seiten, 7 Franken. Zu beziehen bei: «Widerspruch», Postfach, 8026 Zürich.

Mitte März ist die erste Nummer einer neuen Schweizer Zeitschrift erschienen. Angesichts der vielfältigen publizistischen Aktivität auf seiten der Linken bedarf ein solches neues Projekt ohne Zweifel der Begründung, worin es seine besondere Berechtigung und Notwendigkeit sieht. Das Redaktionskollektiv «Widerspruch» geht von zwei Einschätzungen aus: Erstens ist eine fortschrittliche Politik heute auf theoretische Fundierung angewiesen – trotz einer modischen Theoriefeindlichkeit und trotz neuen Formen der politischen Aktivität. Zweitens finden die bisherigen, nicht gering zu schätzenden theoretischen Bemühungen in der Schweiz weitgehend isoliert und voneinander abgeschottet statt. Daraus ergeben sich für die neue Zeitschrift zwei Aufgaben: Zum einen soll sie theoretische Analysen der gesellschaftlichen Situation in der Schweiz und entsprechender politischer Strategien versammeln. Zum andern soll sie beitragen zu einer möglichst breiten Diskussion, welche die Parteigrenzen sprengt und möglichst viele der an fortschrittlicher Politik Interessierten zum produktiven Meinungsstreit versammelt.

Entsprechend der im Editorial der ersten Nummer skizzierten Entstehungsgeschichte arbeitet in der bisherigen Redaktion eine Mehrheit von PdA-Genossen mit einigen Unorganisierten zusammen; auch die Mitarbeiter der ersten Nummer sind überwiegend PdA-Mitglieder. Bereits das Thema der ersten Nummer, *«Krise der Parteien»*, wie auch der Inhalt der Beiträge zeigt aber, dass Probleme weit über die PdA hinaus behandelt werden. So erläutert Theo Pinkus seine aus 50 Jahren Mitarbeit in der Arbeiterbewegung gewonnenen Thesen über die grundsätzlichen Grenzen der Parteien, während Bertold Rothschild eine vehemente Kritik der Parteien von innen liefert, indem er Tendenzen ihrer bürokratischen / Erstarrung beschreibt. Ergänzt werden diese Beiträge durch einen Artikel von Ruedi Küng, der ebenfalls grundsätzliche Fragen der mangelnden Glaubwürdigkeit der Parteien links von der SP abhandelt. Andi Gross gibt Auskunft über die angeschnittenen Probleme aus der Sicht der Jusos; Urs Rauber analysiert zusätzlich die sogenannte Browder-Debatte von 1944/45.

Eine Gesprächsrunde von PdA-Genossen zum Verhältnis Jugendbewegung/Partei versucht, bei unterschiedlichen Positionen zur Strategie der Jugendbewegung, die verschiedenen Politikformen in Beziehung zu setzen und Konsequenzen für die Parteiarbeit zu formulieren. Auch ein umfangreiches Dossier zu den Austritten aus der PdA Waadt macht Probleme deutlich, mit denen über den konkreten Fall hinaus längst alle Organisationen der Arbeiterbewegung konfrontiert sind.

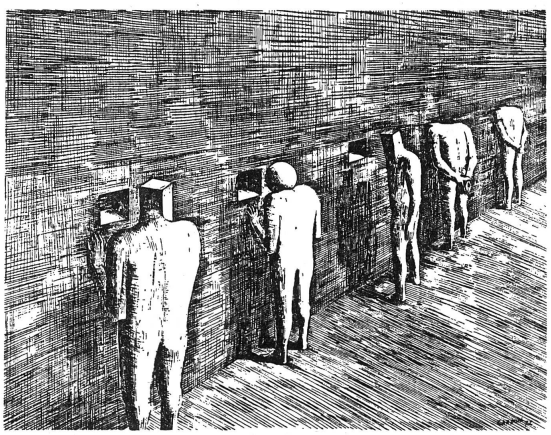
Das Redaktionskollektiv ist sich bewusst, dass die erste Nummer die im Editorial formulierten Ansprüche über die politische Breite der vertretenen Positionen noch nicht erfüllt. Aufgabe für die zweite Nummer wird deshalb eine Verbreiterung des Mitarbeiterspektrums sein. Als Schwerpunktthema der zweiten Nummer ist *«Autonomie und Selbstverwaltung»* geplant. Alle diejenigen, welche sich für dieses Thema bzw. die im Editorial formulierten konzeptionellen Vorstellungen interessieren, sind aufgerufen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen

Stefan Howald

Alltag eines (ehemaligen) Regensdorfer Gefängnispfarrers

DIE 199 VERGESSENEN STÜRMS

Pfarrer Bäumle, ein älterer Herr, mitnichten ein Radikaler, ist für die Zürcher Justizdirektion nicht mehr zu verkraften. Statt seine Schäfchen mit frommen Bibelsprüchen im Zaum zu halten, hat er versucht, das Schlagwort Resozialisierung – welches sich fortschrittlich gebärdenden Gefangenenverwaltern oft als Aushängeschild für ihre Menschlichkeit dient – beim Nennwert zu nehmen. Pfarrer Bäumles kleine, «sanfte» Schritte waren schon zu gross: Man hat ihn in Regensdorf fristlos entlassen und das Nebenamt im Gefängnis Bostadel gleich mitstreichen lassen.



dk: Wie ist es zu Ihrer Entlassung als Gefängnispfarrer in Regensdorf gekommen?

Martin Bäumle: Eigentlich ist es ein Betriebsunfall, denn drei Wochen später wäre meine Amtszeit sowieso abgelaufen. Der Entscheid, dass ich für das Halbamt, welches ich dort innehatte, nicht wiedergewählt wurde, ist schon im letzten Jahr gefallen. Zu meiner Anstellung hatten zwei Gremien etwas zu sagen: der Kirchenrat, welcher das Vorschlagsrecht hatte, und die Justizdirektion, die mich wählen sollte. Während meiner anderthalbjährigen Tätigkeit im Gefängnis Regensdorf hatte ich nie Konflikte mit der Justizdirektion. Die sind erst aufgetreten, als das Gelbbuch der Gefangenen erschienen ist. Aber auch dann wurden die Konflikte nicht ausgetragen; die Leute da sind sehr wenig konfliktfähig.

Mit Martin Bäumle sprach Marianne Fehr

Meine Entlassung wurde nicht begründet. Ich war – und bin noch – in der Arbeitserziehungsanstalt Uitikon tätig und bis vor kurzem in der Strafanstalt Bostadel ZG. Auch in Bostadel wurde ich fristlos entlassen. Über die Hintergründe wurde ich nicht informiert. Ich vermute, dass man vom Kanton Zürich aus Druck ausgeübt hat. Alles in allem hatte ich ein volles Gefängnispfarramt. Regensdorf war jedoch meine Hauptarbeit.

Wie hat Ihre Arbeit als Gefängnispfarrer in Regensdorf ausgesehen? Haben Sie anders gearbeitet als andere Pfarrer?

Dass bis jetzt noch kaum derartige Fälle passiert sind, schreibe ich der Tatsache zu, dass die Gefängnisarbeit für die andern Pfarrer immer Nebenämter und auch nebensächlich war. Als Pfarrer hat man aber ziemlich viele Möglichkeiten: Die Kirche hat historisch gesehen eine starke Position. Heute ist zwar die Verflechtung von Kirche und Staat nicht mehr so gross, aber wir Kirchenvertreter haben immer noch sehr viele Privilegien. Und diese Privilegien kann man sinnvoll nützen. Ich versuchte nie, einen Auftrag im strengen kirchlichen Sinn zu erledigen. Ich habe mich immer über alle Leute gefreut, die zu mir gekommen sind. Mit den Atheisten bin ich manchmal noch besser ausgekommen als mit den sogenannten Frommen. Überhaupt habe ich die Gefängnisarbeit sehr gern gemacht: Ich hatte nie eine derart lustige Gemeinde wie im Gefängnis. In den andern Kirchgemeinden waren die Leute immer etwas kleinbürgerlich, zahm und schwach, und hier waren lustige, aufgestellte Leute. Ich denke etwa an die Zigeuner, die müsste man bald mal unter Heimatschutz stellen. Das sind zum Teil Analphabeten, aber unverwüstlich und nicht kleinzukriegen, nicht mal durch die Isolation. Als man einmal einen Jenischen in eine kleinere Zelle versetzen wollte, hat der in einer Lautstärke ausgerufen, man solle doch die Studierten – was alle betraf, die lesen und schreiben konnten – in die kleinen Zellen stecken. Er könne ja schliesslich nichts anderes tun, als in der Zelle hin- und herzugehen, die Studierten hätten ja immerhin die Möglichkeit, ein Buch zu lesen.

Welche Privilegien hatten Sie denn in Regensdorf?

Ich war etwa 30 bis 40 Stunden pro Woche dort. Mitten im Gefängnis hatte ich eine Sicherheitszelle mit zwei Gittern. Die Gefangenen konnten jederzeit zu mir kommen, auch mitten aus der Arbeit. Mir wurden überhaupt keine Pflichten auferlegt, ich musste weder Untersuchungen anstellen noch Akten anlegen. Mein Vorgänger hat noch die Briefzensur gemacht. Ich habe das abgelehnt.

Etwa die Hälfte meiner Arbeit bestand aus Einzelgesprächen mit Gefangenen. Mit der Zeit kannte ich sie gut und hatte mit vielen eine gute Beziehung. Mir war es sehr wichtig, daneben Gruppenarbeiten zu machen: Eines der Ziele der Gefangenenarbeit ist ja die Resozialisierung, und dazu gehört, dass die Leute sich in einer Gemeinschaft bewegen können, diskutieren, ihre Meinung vertreten. Das lernt man nur in einer Gruppe, denn der Pfarrer ist durch seinen Status kein gleichwertiger Gesprächspartner. Die Insassen hatten dadurch die Möglichkeit, Probleme zu diskutieren, auch ihre Aggressionen auszuleben. Mir ist es auch darum gegangen, den Leuten den Alltag erträglicher zu machen. Ein anderer Vorteil: Der Pfarrer hat historisch gesehen immer noch etwas zu tun mit Tod und Selbstmord. Bei den Selbstmorden in Regensdorf hatte ich also das Recht und die Pflicht, darauf einzugehen. Ich habe mich sofort bei den Angehörigen gemeldet und mich anerboten, in ihrem Sinne zu handeln. Ich nahm die gefangenen Freunde des Verstorbenen mit zur Abdankung. Die Lebensläufe wurden jeweils von einem Gefangenen verlesen. Am Sonntag darauf haben wir dann einen Trauergottesdienst angesetzt: keinen Gottesdienst im üblichen Sinn, es ist meist eine lange Diskussion geführt worden. Bei Norbert zum Beispiel bin ich gar nicht mehr zum Reden gekommen, es wurden sehr viele Probleme besprochen und verarbeitet (dargestellt in «Mein Knastbuch», vgl.[1]).

Waren Sie der einzige, der sich um die Resozialisierung bemühte?

In Regensdorf arbeiten 150 Angestellte für ca. 200 Gefangene. Davon nehmen sich im engeren Sinn höchstens 10 der Resozialisierung an.

Haben Sie versucht, gefängnisintern gewisse Reformen durchzubringen?

Der Betrieb ist dermassen eingeschliffen, dass es ungeheuer schwierig ist, etwas zu erreichen. Ich habe mich auf meine günstige Position verlassen und Freiräume gesucht, die ich nutzen konnte. Es gab zum Beispiel keinen Gefangenenrat, den die Direktion als Verhandlungspartner akzeptierte – im Gegenteil: Gruppenbildungen versuchte man zu verhindern und nahm die Leute einzeln dran. Ich bildete eine Gruppe und erklärte sie für zuständig für kirchliche Belange. In den Sitzungen, die jede Woche stattfanden, wurden natürlich nicht nur kirchliche Dinge besprochen. Diese Gruppe war zum Beispiel auch verantwortlich für die Herausgabe des grünen Knastbuchs[2]. Seit 1978 gibt es noch den VAS (Verein zur Abänderung der Strafpraxis), welcher zwar laufend Eingaben macht, von der Gefängisleitung aber nur knapp toleriert wird. Bei der Gefängnisrevolte hat es sich gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Gefangenen organisiert sind: Man hat auf diese minimale Struktur zurückgreifen können.

Was hat sich seit der Gefängnisrevolte in Regensdorf verändert?

Man hat alle Kontaktmöglichkeiten unter den Gefangenen minimalisiert. Alle Veranstaltungen, alle Kurse wurden abgesagt. Nach etwa zwei Monaten wurde ein kleiner Versuchsbetrieb wieder angesetzt, dann war Semesterschluss – man nennt das so wie an den Hochschulen, obwohl man ja keine Semesterferien hat. Jetzt werde wieder etwas aufgestockt, habe ich gehört. Die Veranstaltungen werden aber nie mehr das Volumen erreichen, das sie vorher hatten. Früher gab es ein relativ reges Kursangebot: Theater, singen, töpfern, maschinenschreiben, Sprachen etc. Das war wichtig für die Gefangenen. Man hat da meistens Leute von aussen geholt, und die haben etwas frischen Wind von draussen hineingebracht.

Glauben Sie, dass sich Versuche, in der Institution Gefängnis zu arbeiten, überhaupt lohnen? Bringt es nicht mehr, von aussen Druck auszuüben?

Die Leute, die sich für Stürm stark gemacht haben, sind jetzt einfach abgestempelt. Es hat wohl einen politischen Druck von aussen gegeben, der dazu führte, dass Stürm aufgepäppelt wurde, damit er ja nicht starb, denn das hätte Ärger gegeben. Andererseits war Stürm nicht sehr beliebt in Regensdorf. Die Leute sagten: Der hat eine breite Unterstützung draussen, für den wird gekämpft. Alles dreht sich nur um ihn, dabei gibt es hier noch 199 andere Stürms. Ich finde, man müsste sanftere Methoden finden. Ich habe das auf meine Art versucht. Der Direktor fand, meine Arbeit sei subversiv. Ich wollte nicht Opium verteilen, um die Situation im Gefängnis zu verklären. Aber ich glaube, jeder Mensch, der im Dreck steckt, braucht Erfolgserlebnisse. Ich bin eben eher ein Pragmatiker: Man muss für die Leute drinnen mehr Freiräume erwirken, mehr Möglichkeiten, um das Zusammenleben einzuüben – damit sie ihre eigenen Belange selbst in die Hand nehmen können.

Es gäbe viele Massnahmen, die man von einem Tag auf den andern durchführen könnte. Zum Beispiel das Kübelsystem hätte man ohne grossen Aufwand schon längst abschaffen können. Aber man lässt eben das Gebäude verlottern, damit man den Neubau rechtfertigen kann. Oder eine Idee von mir ist, die leeren Zellen zu Gemeinschaftsräumen umzufunktionieren. Das Gefängnis hat nämlich Platz für 350 Personen, und besetzt sind höchstens 200 Zellen. Ich stelle mir eine Art Wohngemeinschaft vor. Etwas Ähnliches gibt es bereits in Bostadel, wo man 10er-Trakte errichtet hat.

Aber wie Ihr Fall zeigt, wurden Sie trotz den «sanften» Methoden auch abgestempelt. Das zeigt doch, wie wenig man innerhalb der Institution machen kann.

Das ist natürlich ein Problem. Mir ist es unerklärlich, dass sie mich rausgeworfen haben. Ich machte nie einen Hehl aus meiner Arbeit. Aber dieser Betrieb hat einfach eine tiefe Toleranzgrenze.

Ich würde sagen: Ein Zuchthaus ist ein Missverständnis, das im nächsten Jahrhundert überholt sein wird. So wie man einmal eingesehen hat, dass Krankheit und Sünde nicht viel miteinander zu tun haben. Im Mittelalter hat es geheissen: Ein Kranker ist böse, und man baute ausserhalb der Städte Siechenhäuser. Heute sind Bestrebungen da, die Kranken, die Behinderten, die Homosexuellen etc. zu integrieren – man müsste die Gefangenen auch dazuzählen.

«Es ist ein Wunder menschlicher Widerstandskraft, dass nicht alle Gefangenen als Monster und Ripper aus den Knästen entlassen werden. (. . .) Unmenschen sind nicht jene, die in die Knäste geschickt werden, nicht jene, die in ihnen vegetieren. Unmenschen sind jene, die lebendige Menschen da hineinschicken. Freiheit heilt. Immer.» *Peter Paul Zahl*, selbst längere Zeit im Knast. In «*konkret Sexualität*», 1981)

[1] 49 Tage nach der Regensdorfer Gefängnisrevolte gaben die Insassen eine auflagemässig limitierte Broschüre heraus, in der die Erfahrungen während und nach dem «Aufstand» zusammengetragen sind.

[2] «Mein Knastbuch», Briefe, Zeichnungen, Gefängnisalltag in Regensdorf, Dezember 1980, Knast-Verlag, 8925 Ebertswil.

smog

das Monatsmagazin recherchiert, dokumentiert und informiert

Jeden Monat eine runde Mischung:

● **Dokumente, Reportagen**
Schweizerluft soll 1997 sauberer werden — ein nichtveröffentlichtes Dokument aus dem Bundeshaus / «Zürich, Anfang September», von Reto Hänny — Dokument im Wortlaut / Die Toleranz ist Schein, der Druck ist echt — zu den Thesen der eidgenössischen Kommission für Jugendfragen / Ernesto Cardenal: Rede des Friedenspreisträgers 1980 — Dokument im Wortlaut / Der SGB und die 80er-Jahre: Kritische Betrachtungen zum 100jährigen Jubiläum.

Jeden Monat eine runde Mischung:

● **Interviews**
«Am Grunde, da rollen die Steine» — Interview mit Rudolf Bahro / «Zurück zu den Pygmäen» — Interview mit Emanuel Hurwitz / SMOG-Gespräch mit Dr. Rudolf Rometsch, Präsident der NAGRA / Im Ökozentrum Langenbruck — Gespräch mit den Initianten.

Jeden Monat eine runde Mischung:

● **Magazin / «Sandkasten»**
Konzerte können auch billig sein — zum Budget von «low budget» / Frauen ins Militär? Ein Diskussionsbeitrag / Er kann ja nichts dafür: Dürrenmatt ist 60.

Jeden Monat eine runde Mischung:

● **In andern Ländern**
Bolivien: der 189. Putsch / Der Schah ist tot — Iran lebt / «Heil Reagan» — Telexbericht aus den USA / Polen: Versuch einer Standortbestimmung — Hintergründe und Chronologie / Nachrüstung in der BRD.

Jeden Monat eine runde Mischung:

● **Karrikaturen, Fotoreportagen, Collagen von**
Hans Sigg / Martial Leiter / Bettina Truninger / Gertrud Vogler / Klaus Staeck / Meinrad Rötheli / Walter Erb / Wolfgang Neisser u.v.a.

SMOG — ein Monatsmagazin, das aktuell bleibt und Tagesaktualität mit Hintergrund versieht

SMOG — wenn Sie vor lauter Blättern den Wald nicht mehr sehen

SMOG — jeden Monat noch neuer

SMOG — 48 Seiten jeden Monat, damit man auf dem Laufenden bleibt!

Ich möchte die aktuelle Mainummer zur Probe
Ich bestelle ein Jahresabonnement (40.–/12 Nr.)

Name

Strasse

PLZ/Ort

Bitte einsenden an: SMOG, Heiligbergstr. 38, 8400 Winterthur

Bobby Sands über sein Leben

Wie ich Republikaner wurde

Nach 66 Tagen Hungerstreik ist der 27jährige Bobby Sands aus Belfast gestorben: Sands, Mitglied der IRA, war 1976 wegen illegalen Waffenbesitzes zu 14 Jahren Haft verurteilt worden. Zusammen mit drei anderen IRA-Häftlingen trat er in den Hungerstreik, um für IRA-Mitglieder den Status politischer Gefangener durchzusetzen. Ende März – während des Hungerstreiks – war Sands in Nordirland zum britischen Unterhausabgeordneten gewählt worden. Sogar der Papst hatte einen Vermittlungsversuch unternommen. Doch die britische Regierung – mit Unterstützung der Labour-Fraktion – blieb hart und liess Bobby Sands sterben. Er hinterliess einen autobiographischen Bericht.

Bobby Sands

«Mein Name ist Bobby Sands. Ich bin 27 Jahre alt. Ich bin irischer politischer Gefangener, ein ‹blanketman› und Republikaner. Ich bin in Rathcoole geboren worden, ein überwiegend protestantischer Teil Belfasts. Ich trieb gerne Sport und ich habe eine Menge Siege errungen und bin für protestantische Vereine gelaufen. Meine Familie ist so lange bedroht worden, bis wir 1972 nach Twinbrook in den Aussenbezirken Belfasts umzogen. Bald danach hat man mich mit vorgehaltener Pistole von meinem Arbeitsplatz vertrieben. Dann ging ich zur republikanischen Bewegung. Ich hatte zu oft mit ansehen müssen, wie Wohnungen demoliert, Väter und Söhne verhaftet, Nachbarn verletzt, Freunde ermordet wurden, ich habe zuviel Gas, Schiessereien und Blut gesehen, meistens waren Leute von meinem Volk die Opfer.»

«Ich kann mich daran erinnern, dass meine Mutter schon immer von den bewegten Zeiten erzählte, in denen sie ihre Jugend verlebte. Sie sprach oft von Internierungen auf Gefängnisschiffen, von Feuerüberfällen und Tod und von Nacht-und-Nebel-Überfällen, wenn man mit klopfendem Herzen die schweren Stiefel auf dem Strassenpflaster hörte und am Morgen vorsichtig aus dem Fenster guckte und mit ansehn musste, wie ein Nachbar von den Specials[1]) abgeführt wurde.

Ich habe nie richtig verstanden, was Internierung war oder wer die Specials waren; aber nach und nach habe ich in ihnen die Verkörperung des Bösen gesehen. Ich konnte auch nicht verstehen, was meine Mutter mit Connolly[2]) und dem Aufstand von 1916 meinte, wie er und seine Genossen kämpften und hingerichtet wurden – was vielen irischen Rebellen in den Geschichten meiner Mutter passierte.

Als wir einen Fernsehapparat bekamen, haben die Sendungen die Geschichten meiner Mutter ersetzt. Ich kam ganz schön durcheinander, weil «die Bösen» in den Erzählungen meiner Mutter im Fernsehen immer die Helden waren. Die britische Armee kämpfte immer für «eine gerechte Sache», und die Polizei war immer gegen die Bösen. Wir Kinder wollten in unseren Spielen immer die Helden der Armee und der Polizei sein.

Schule

In der Schule hatte ich auch Geschichte, aber das war immer die Geschichte Englands und Englands Siege in Irland und anderswo. Ich habe mich oft gefragt, warum uns niemand die Geschichte unseres eigenen Volkes lehrte, und als meine Schwester, ein Jahr jünger als ich, in der Schule die gälische Sprache lernte, beneidete ich sie. Gegen Ende meiner Schulzeit hatte ich dann doch gelegentlich ein paar Stunden irische Geschichte, wofür ich noch heute dem republikanisch gesinnten Lehrer, der mich unterrichtete, dankbar bin.

Arbeiten gehen war schon erschreckend, aber nur am Anfang; dann habe ich mich daran gewöhnt, besonders an den Lohn am Freitag. Tanzen gehen und modische Kleidung, Mädchen und ein bisschen Geld zum Ausgeben, all das eröffnete mir eine ganz neue Welt. Ich glaube, zu der Zeit hätte ich auch sieben Tage in der Woche gearbeitet, denn Geld schien wichtiger zu sein als alles andere.

Veränderung

Dann kam 1968, und mein Leben veränderte sich. Zuerst vereinzelt, dann immer häufiger kam in den Nachrichten, wie die Specials, von denen ich mittlerweile wusste, dass sie ‹B›-Specials hiessen, die Leute angriffen und mit ihren Knüppeln schlugen, die anfingen, auf

1) Britische Spezialtruppe
2) Führer des irischen Aufstandes gegen Grossbritannien

Rund um die Lehrerverhaftungen

Lehrerjagd im Tessin

Von Filippo Spicarola

Ein eisiger Wind weht durch die politische Landschaft des sonnigen Südens. Die Verhaftung des Mittelschullehrers Gianluigi Galli und weiterer linker Aktivisten hat jenen Rechtskreisen Auftrieb gegeben, die mit dem Terroristenschreck ihr reaktionäres Süppchen kochen.

Im Tessin gibt es 2291 Lehrer. Zwei von ihnen wurden zusammen mit weiteren drei Personen der Terroristenhilfe verdächtigt und – neun Jahre nach den inkriminierten Vorfällen – in Untersuchungshaft genommen. Was nicht nur den unheimlichen Südschweizer Patrioten der *Alleanza Liberi e Svizzeri* und der entsprechenden Presse grünes Licht für eine Hatz auf linke Lehrer und die in einigen wenigen Aspekten progressive Tessiner Schule im allgemeinen gab, sondern auch die «NZZ» besorgt fragen liess, ob die *«Tessiner Schule ultralinks unterwandert»* sei (20. 4. 81). Da auch die «NZZ» die restlichen 2289 Lehrkräfte nicht befragt hat, ist dies schwer zu beantworten. Weniger schwierig ist es hingegen, hinter den Verhaftungen und den Reaktionen das Planspiel der Alleanza auszumachen, die mit Hilfe des Terroristenschrecks jetzt all jene mundtot machen will, die sich die Frechheit herausnehmen, anders zu denken als sie. Als am 8. April dieses Jahres der Locarneser Mittelschullehrer Gianluigi Galli, 34, verhaftet wurde, kam das gewissermassen als Antwort auf die Frage, die die Alleanza zwei Monate vorher dem Erziehungsdirektor Speziali gestellt hatte: Ob es statthaft sei, dass in einer Kantonsschule ein Lehrer weiterhin beschäftigt werde, der in Italien der Mitgliedschaft in einer bewaffneten Bande und subversiver Tätigkeiten angeklagt sei.

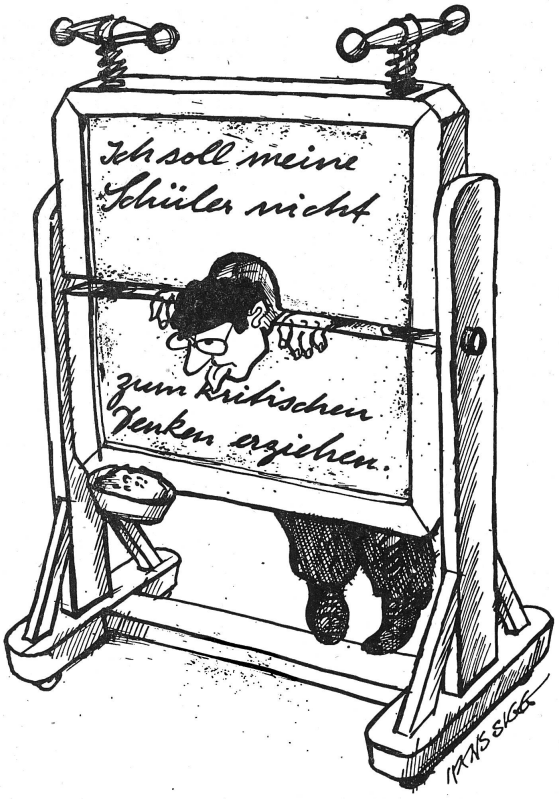
Solidarität mit Verfolgten

Der Fall Galli geht auf die frühen siebziger Jahre zurück. Galli gehörte und gehört zu jenen Tessiner Linken, die immer zu ihrer Überzeugung gestanden sind. Kein heimlicher, sondern ein offener Verfechter seiner Ansichten. Er arbeitete seinerzeit aktiv in Vietnam-, Chile- und Palästina-Komitees mit. Zu dieser politischen Arbeit gehörte auch die Hilfe und Unterstützung für Leute, die ihrer politischen Überzeugung wegen verfolgt werden. Diese Hilfe, besonders für italienische Verfolgte, hat im Tessin eine lange Tradition. Schon in früheren Jahrzehnten hatten italienische Anarchisten und während des Zweiten Weltkriegs Partisanen aus der Resistenza im Tessin Zuflucht gefunden und Unterstützung erhalten.

1972 war Galli von der Tessiner Polizei angehalten worden, als am Steuer seines Autos ein gewisser Enzo Fontana, Mitglied von *Lotta Continua,* sass, in dessen Besitz die Polizei eine Pistole und Munition fand. Fontana wurde an Italien ausgeliefert und steht zurzeit unter Anklage, einen Polizisten erschossen zu haben. Das Verfahren gegen Galli wurde eingestellt. 1974 wurde Galli erneut verhaftet wegen angeblicher Begünstigung. Er habe vier Italienern zur Flucht in die Schweiz verholfen, die bei einem missglückten Raubüberfall in Argelate einen Carabiniere erschossen hatten. In Italien war Galli für diese angebliche Fluchthilfe in Abwesenheit verurteilt worden, während in der Schweiz das Verfahren gegen ihn mangels Beweisen sistiert wurde.

Autonomisten-Prozesse

Auf den kommenden Herbst ist in Italien ein Prozess gegen den Padovaner Professor *Toni Negri* und 60 weitere Personen aus den Kreisen der *Autonomia Operaia* angekündigt. Ihnen wird unter anderem der Raubüberfall in Argelate und die Ermordung eines Polizisten vorgeworfen. Unter den Angeklagten figurieren auch *Gianluigi Galli* und *Giorgio Bellini,* der in Deutschland in Haft ist und dessen Auslieferung die Italiener verlangen. Wie Bellini vor seiner Verhaftung gilt auch Galli in Italien als flüchtig. Die italienische Justiz basiert ihre Anklage hauptsächlich auf Geständnissen von *Carlo Fioroni.* Fioroni war 1975 in Lugano verhaftet worden, als er versuchte, Lösegeld aus der Entführung des Industriellensohnes *Carlo Saronio* zu waschen beziehungsweise die «schmutzigen» Lire in «saubere» Schweizer Franken umzutauschen. Carlo Saronio war ein persönlicher Freund von Fioroni gewesen, und seine Entführung war eine mit ihm abgekartete Sache, um der Familie das Geld abzupressen. Der junge Saronio war schliesslich nach Bezahlung des Lösegelds umgebracht worden, von wem und warum, weiss man bis heute nicht. Eine entsprechende Anklage gegen Toni Negri und seine Freunde von Autonomia Operaia wurde inzwischen fallengelassen. Die Aussagen des Kronzeugen Fioroni in dieser Sache hatten sich als falsch erwiesen.



Carlo Fioroni hatte sich seinerzeit bei Schweizer Genossen als politischer Flüchtling eingeführt und war von ihnen auch beherbergt worden. 1979 begann er im Gefängnis zu «singen». Vermutlich um sich vom Vorwurf reinzuwaschen, er sei an der Ermordung seines Freundes Saronio beteiligt gewesen, lieferte er seinen ganzen Bekanntenkreis aus jenen bewegten Jahren der Polizei aus. Unter anderem beschuldigte er Gianluigi Galli nicht nur, ihn, Toni Negri und andere Leute von Autonomia Operaia beherbergt und unterstützt zu haben, sondern erklärte auch, Galli sei der eigentliche Verbindungsmann zwischen den in die Schweiz geflüchteten Mitgliedern des bewaffneten Flügels und der politischen Organisation in Italien gewesen. Er und weitere Personen hätten für sie Munition und Sprengstoff beschafft und transportiert.

Was an Fioronis Aussagen gegen Galli verwendet wird, wird sich zeigen müssen; deren Wahrheitsgehalt steht auf einem anderen Blatt. Die Tessiner Staatsanwaltschaft ermittelt jedenfalls gegen Galli und weitere vier Verhaftete vor allem wegen Sprengstoffdiebstählen in Tessiner Militärdepots und – wie der Staatsanwalt erklärt – unabhängig von den Anklagen, die in Italien gegen Galli erhoben wurden.»

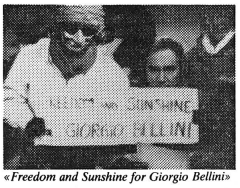
Seichte Anklagen

Auffallend an der Verhaftungswelle ist, dass es die Staatsanwaltschaft bisher unterlassen hat, präzise Anklagen zu erheben, und dass es sich bei den vermuteten Delikten ausschliesslich um Dinge handelt, die vor acht und neun Jahren im Tessin passiert sein sollen. Ein Verteidigungskomitee von Freunden, Verwandten und Bekannten der Verhafteten, aber auch die Tessiner Partei der Arbeit und die autonomen Sozialisten vom PSA klagen öffentlich das Klima einer Hexenjagd an, das die reaktionäre Tessiner Presse (allen voran *«Gazetta Ticinese»* und das Kurienblatt *«Giornale del Popolo»*) rund um diesen Fall geschaffen hat.

Die Tessiner Linke sieht hinter dem Fall Galli den kaum verschleierten Versuch, mit der Kriminalisierung von linken Aktivisten jene Voraussetzungen zu schaffen, mit denen sich in der Schule, in der Wirtschaft und im ganzen öffentlichen Leben die Schrauben anziehen lassen. Das Rezept ist bekannt: Wenn man keine Terroristen hat, muss man sie eben erfinden. ●

Die Schweizer Behörden: Unschuldslämmer

nl. Bald drei Monate sitzt er schon, und es sieht nicht so aus, als ob er bald freigelassen würde. Giorgio Bellini ist nicht einer, der sich so schnell kleinkriegen lässt, aber die ungewisse Zukunft ist für ihn trotzdem eine Belastung. Er be-



«Freedom and Sunshine for Giorgio Bellini»

findet sich nach wie vor in deutscher Auslieferungshaft, das Auslieferungsgesuch aus Italien ist immer noch hängig. Giorgio müsste in Italien mit mehreren Jahren Knast rechnen – wegen angeblicher Unterstützung einer «kriminellen Vereinigung». Allerdings ist diese Anklage so haltlos, dass die deutschen Justizbehörden zögern, Bellini sofort auszuliefern. Sie haben inzwischen auch Giorgios Haftbedingungen etwas verbessert, er darf mehrere Stunden täglich mit andern Häftlingen zusammensein. Würde die Schweiz im jetzigen Zeitpunkt intervenieren, könnte sie bezüglich Giorgios Freilassung einiges erreichen. Aber die Schweizer Behörden spielen weiterhin die Unschuldslämmer und unternehmen gar nichts. Wahrscheinlich müsste die «Tagesschau» wieder einmal über den Fall berichten.

Giorgios Adresse: IVA München, Stadelheimerstr. 12, 8000 München 90

---

den Strassen zu demonstrieren. Aus den Gesprächen zu Hause und wie meine Mutter ihre Faust in Richtung Fernsehapparat schüttelte, wusste ich, dass es unser Volk war, dem es hier mal gezeigt werden sollte. (. . .)

Die Ereignisse überschlugen sich, als der August des Jahres 1969 unsere Gegend wie ein Wirbelsturm traf. Die ganze Welt explodierte, und meine eigene kleine Welt zerfiel einfach um mich herum. Ich war jetzt nicht mehr auf das Fernsehen angewiesen, alles passierte direkt vor der Haustür. Belfast stand in Flammen, aber es war unser Stadteil, unsere einfachen Häuser, die brannten. An der Spitze der RUC (Royal Ulster Constabulary)[3] und der Orange-Ganges[4] kamen die Specials, mitten hinein in unseren Stadtteil, und sie verbrannten, plünderten, schossen und mordeten. Keiner half uns, nur «die Jungs», wie Vater die Männer nannte, die unser Stadtteil mit ein paar alten Gewehren verteidigten. Wir hatten noch das ungewohnte Krachen der Schüsse in den Ohren, als fremde Gestalten, Stimmen und Gesichter in der Form von bewaffneten britischen Soldaten auf unseren Strassen erschienen. Ich sah in ihnen aber nicht mehr die «Guten» meiner Kinderspiele, denn allein ihre Gegenwart machte nachdenklich.

Dann kamen die Morde: Unsere Leute wurden kaltblütig auf der Strasse erschossen. Ausgangssperren kamen und gingen und forderten noch mehr Tote.

Als ich 18½ Jahre alt war, ging ich zu den Provos.[5] Meine Mutter weinte vor Stolz und Furcht, wenn ich losging, um mich mit einem M-1-Karabiner der Macht eines Empire entgegenzustellen. Ich hatte genug Hass in mir, um die Welt umzustossen. Zu meiner Überraschung fand ich meine alten Schulfreunde und Nachbarn als Kriegskameraden wieder. Mir wurde schnell bewusst, was ein nationaler Befreiungskrieg war – als ich ein Teil dessen wurde, was ich immer «die Unruhen» (the troubles) genannt hatte.

Einsätze

Es war nicht so einfach für einen Freiwilligen in der Irisch-Republikanischen Armee. Ich war schon vorher unter Beobachtung, zweimal wurde ich verhaftet, verhört und geschlagen, aber ich überlebte beide Male. Dann kam ein anderer Wirbelsturm: Internierungen. Viele Genossen verschwanden – interniert. Viele meiner unschuldigen Nachbarn ereilte dasselbe Schicksal. Andere waren nicht so gut dran, sie wurden einfach ermordet.

Mein Leben kreiste um schlaflose Nächte und Bereitschaftsdienst, ich musste den Briten immer einen Schritt voraus sein, Zeit ging drauf, wenn ich vor Einsätzen meine Nerven beruhigen musste. Aber die Bevölkerung stand uns bei. Die Leute öffneten uns nicht nur die Türen ihrer Wohnungen, um uns zu helfen, sie öffneten uns auch ihre Herzen, und ich lernte eines sehr schnell: ohne Unterstützung des Volkes konnten wir nicht überleben, und mir war klar, dass ich ihm alles verdankte.

Dann kam 1972, und ich verbrachte ein Weihnachtsfest, das für mich die letzte Weihnachten zu Hause für einige Zeit sein sollte. Die Brits lassen nie locker. Sie lassen nie Gnade walten, was die schrecklichen Ereignisse des Blutsonntags von Derry beweisen. Aber wir setzten unseren Kampf fort, genauso wie unsere Genossen im Knast, die einen langen Hungerstreik anfingen, um als politische Gefangene anerkannt zu werden.

Kurz vor Beginn des ersten, nur kurz dauernden Waffenstillstandes von 1972 war der politische Status der Gefangenen erkämpft. Die IRA benutzte diesen Waffenstillstand, um sich auf die bevorstehende britische Operation Motorman vorzubereiten. Im Verlaufe dieser Operation fielen die Barrikaden von Free Derry.[6] Der Befreiungskampf ging weiter, aber dann kam die Katastrophe für mich: sie verhafteten mich.

Es war im Herbst 1972. Ich wurde angeklagt, und zum ersten Mal sollte ich ins Gefängnis. Ich war 19½ Jahre, aber es blieb mir nichts anderes übrig, als mich auf all die Härten vorzubereiten, die vor mir lagen. Das Rechtssystem ist so offen parteiisch, dass ich das Gericht nicht anerkannte. Man verurteilte mich, und ich fand mich in einem Stacheldrahtkäfig wieder, in dem ich 3½ Jahre als Kriegsgefangener verbrachte. Als ich 1976 entlassen wurde, war ich nicht gebrochen. Im Gegenteil, ich war noch entschlossener, den Befreiungskampf fortzusetzen. Ich meldete mich bei meiner örtlichen IRA-Einheit zurück und machte wieder voll mit. ●

Die britische Regierung wollte nun den Krieg «ulsterisieren», was zur Folge hatte, dass sie die IRA kriminalisieren und die Kriegssituation normalisieren wollte. Der Befreiungskampf musste aufrechterhalten werden. Und so kam 6 Monate nach meiner Entlassung die Katastrophe zum zweiten Mal, als ich mich wieder zurück ins Gefängnis bombte! Meine Frau war im 4. Monat schwanger.

Das Gefängnis war wirklich schlimm, obgleich es nicht neu für mich war, es war schlimmer als beim ersten Mal. Seit sie den politischen Status nicht mehr gewährten, hatte sich alles gewaltig verändert. Republikanische und loyalistische[7] Gefangene waren zusammen im selben Knast eingesperrt. Man wollte mich von einem revolutionären Freiheitskämpfer zu einem Kriminellen machen, mit einem politischen Federstrich unterstützt von den brutalsten Unmenschlichkeiten. Kieran Nugent und einige andere republikanische Kriegsgefangene hatten ihren Deckenprotest für die Wiederherstellung des politischen Status begonnen. Sie weigerten sich, Gefängniskleidung zu tragen oder Gefängnisarbeit zu leisten.

Elf Monate nach meiner Verhaftung bin ich von einem Diplock-Gericht schnell schuldig gesprochen worden. Meine Genossen und ich sind zu 15 Jahren verurteilt worden. Ich erkannte diese Farce der Justiz wie beim ersten Mal nicht an. Als sie uns aus dem Gericht führten, stand meine Mutter von den Zuschauerbänken auf und rief unerschütterlich wie eh und je: «Sie werden euch nie kaputtkriegen, Jungs!» Und von irgendwo hinter ihr kam ein ermutigendes Lächeln von meiner Frau; sie brachte es trotz den Tränen in ihren Augen zustande.

Am nächsten Tag war auch ich ein Deckenmann, ich sass auf dem kalten Boden, nackt, nur mit einer Decke um mich herum, in einer völlig leeren Zelle. Die Tage waren lang und einsam. Der plötzliche und totale Entzug von elementaren menschlichen Bedürfnissen wie körperliche Bewegung und frische Luft, das Zusammensein mit anderen Menschen, meine eigene Kleidung, Sachen wie Zeitungen, Radio, Zigaretten, Bücher und eine Unmenge anderer Dinge, all das machte das Leben sehr hart.

Am 20. März 1978 waren wir am Gipfel unserer Deprivation und Leiden angekommen. Um auf die unerträglichen Zustände aufmerksam zu machen, unter denen wir leben mussten, begannen wir einen Dreckstreik: Wir weigerten uns, uns zu waschen, zu duschen, unsere Zellen zu säubern oder die dreckigen Nachttöpfe in unseren Zellen zu entleeren.

Die Wärterschweine folterten uns ununterbrochen weiter, spritzten uns mit Wasserschläuchen ab, besprühten uns mit starken Desinfektionsmitteln, badeten uns gewaltsam und folterten uns bis an die Grenze des Wahnsinns. Aber wir gaben nicht nach. Der republikanische Geist war stärker. Und wie ich hier sitze, unter denselben Bedingungen und fortdauernder Folter in H-Block 5, bin ich stolz. Stolz, obwohl ich ein körperliches Wrack bin, geistig erschöpft und tief gezeichnet von Hass und Zorn. Ich bin stolz, weil meine Genossen und ich ein Ungeheuer getroffen, bekämpft und zurückgeschlagen haben und weil wir weitermachen werden. Ich werde nicht ruhen, bis ich die Befreiung meines Landes erlebe, bis Irland eine unabhängige, selbständige, sozialistische Republik wird.»

(Aus der «Tageszeitung» TAZ)

3) Nordirische Polizei
4) Protestantische Extremisten
5) IRA-Provisionals, im Unterschied zu den gemässigten IRA-Officials
6) Katholischer Stadtteil von Derry, war vorübergehend unter Kontrolle der IRA-Provisionals
7) Protestantische Gefangene

Spots

Zur Behebung des Personalmangels im Gastgewerbe ist ein origineller Vorschlag aufgetaucht. Ein gewisser Oskar Kunz, Besitzer zweier Restaurants, will das Problem so lösen: «Ein Wirt betreibt einen Dienstleistungsbetrieb für die Allgemeinheit, er sollte deshalb auch mehr Ausländer beschäftigen dürfen. Zum Beispiel, indem er selbst die ihm richtig scheinenden Leute (junge Burschen und Mädchen, die nicht verheiratet sind und deshalb auch keinen Anhang haben) auf einem Arbeitsamt in Italien oder in einem anderen Land aussucht und mit denen einen Vertrag aushandelt. Allerdings sollten diese Leute dann gezwungen werden, im Gastgewerbe zu bleiben, mit dem Recht, innerhalb der Branche die Stelle zu wechseln». *(«Züri Leu»)*

Atommüll-Verträge:

Nur ein Sturm im Wasserglas?

Giorgo Bellini schreibt aus dem Knast an seine Freunde in der Bewegung und bei den AKW-Gegnern

In dieser Woche kamen mir in meiner bayrischen Isolation drei sehr wichtige Nachrichten unter die Augen: die Pressekonferenz der *Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA)* betreffend die finanzielle Beteiligung der Schweiz am Erweiterungsbau in La Hague, die Artikel im «Tages-Anzeiger» vom 8. 4. und in der «NZZ» vom 9. 4. über die Geheimklauseln, die im Vertrag mit der Cogéma enthalten sind (leider fehlt mir der «Weltwoche»-Artikel), und die Stellungnahme des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements vom 10. 4.

Diese Nachrichten umfassen einen für die Ausweitung des Atomstaates in der Schweiz entscheidenden Fragenkomplex. Es erstaunte mich deshalb sehr, dass die Anti-AKW-Bewegung nicht reagierte. Darum dieser Brief. Ich möchte daran erinnern, dass ich mich dazu bereits einmal äusserte. Leider verfüge ich im Moment nicht über meinen Text. (Wer sich interessiert, sei auf den Artikel über die Nagra in «Kinderkrankheiten» Nr. 2 verwiesen.)

Die Schweiz blecht für La Hague

An der Pressekonferenz der SVA teilt man uns mit der grössten Selbstverständlichkeit mit, dass die schweizerischen Elektrizitätsgesellschaften – mit dem Geld der Elektrizitätsbezüger – eine Art Wette abgeschlossen haben, indem sie 500 Millionen Franken in eine neue Aufbereitungsanlage in La Hague investieren. Peter Stoll (BKW) verneint natürlich, dass es sich um ein waghalsiges Unternehmen handle: «Es besteht überhaupt kein Zweifel, dass die Wiederaufbereitung funktioniert: sie ist sowohl machbar wie sicher. Allfällige mit dieser Technik verbundene Probleme sind rein politischer Art.» Und obwohl die «NZZ» zugibt, dass ähnliche zivile Anlagen in den USA nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt wurden, kann sie uns trösten: «In *Windscale* (GB) wurden seit 1952 mehr als 20 000 t metallische Magnox-Brennstoffs aufbereitet; 1969 wurde mit der Aufbereitung von oxidischen Brennstoffen begonnen . . . Wesentlich besser ist die Situation in Japan, wo . . . die Versuchsanlage *Tokai Mura* bereits 80 t durchgesetzt hat» («NZZ» 4./5. 4. 1981).

Leider vergisst sie, folgendes hinzuzufügen: «In Europa ereignete sich im Herbst 1973 in der Wiederaufbereitungsanlage Windscale in England ein Unfall, so dass die Anlage lange Zeit ausser Betrieb gesetzt wurde. Eine Erweiterung wurde vom britischen Umweltminister im November 1976 bis auf weiteres untersagt, obwohl bereits Verträge zur Aufbereitung von japanischem Atommüll unterzeichnet wurden. Die britische Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst strebt inzwischen gegen dieses Nuklearbrennstoff-Unternehmen wegen des Todes dreier langjähriger Mitarbeiter einen Prozess an. Einer war im Alter von 55 Jahren an einer *heimtückischen Knochenmarkerkrankung* gestorben, einer mit 36 Jahren an *Leukämie* und der dritte durch *Gehirntumor.* Im Gehirn dieses Arbeiters befanden sich Spuren von *Plutonium*» (aus: «Kleines Handbuch für Atomkraftwerkgegner», Trikont-Verlag). Auch die Anlage von Tokai Mura wurde geschlossen (siehe «Kinderkrankheiten» Nr. 2). In der Tat besteht heute in der Welt eine einzige funktionierende zivile Anlage, diejenige von La Hague in Frankreich: doch wegen einer ganzen Reihe von technischen Schwierigkeiten und Unfällen (vgl. «das konzept» Nr. 2/81), die mehrmals fast zu einer Katastrophe führten, funktioniert auch sie nur zu zirka 20% ihrer geplanten Leistung. Die Nagra gibt in ihren Schriften diese Probleme für gelöst aus! Nun aber, vor offensichtlichen Schwierigkeiten, die sie selber nicht mehr verbergen können, behaupten die Vertreter der Atomlobby, dass sie in Lucens ein Zwischenlager errichten wollen, um den voraussehbaren Verspätungen bei der Wiederaufbereitung entgegenwirken zu können. Sie übergehen dabei frech den Willen der Bevölkerung von Lucens, die schon einmal einer Katastrophe sehr nahestand und ganz entschieden NEIN zu diesem Projekt gesagt hat!

Die Atomlobby unterschätzt ganz offensichtlich dieses Problem. «Gegenüber dem ‹Tages-Anzeiger› wies BKW-Direktor Stoll auf die bestehenden Lagerbekken der schweizerischen Kernkraftwerke hin: ‹Diese würden bis 1993 genügen, auch wenn wir ab heute keine Brennelemente mehr exportieren könnten›» («Tages-Anzeiger» vom 8. 4. 81). Vor knapp einem Jahr hatten zwei hohe Bundesbeamte Daten veröffentlicht, die in krassem Widerspruch zu diesen Aussagen von Peter Stoll stehen (vgl. «Kinderkrankheiten» Nr. 2, Seite 130): sie sprechen von Schwierigkeiten für Beznau I und II schon ab 1981/83 und für Mühleberg und Gösgen ab 1985.

Die Heimlichkeiten der Cogéma

Wenige Tage nach der Pressekonferenz platzte die «Weltwoche»-Bombe über die Geheimverträge mit der Cogéma. Es handelt sich in Wahrheit um ein bereits halb gelüftetes Geheimnis, weil schon seit geraumer Zeit der Verdacht bestand, diese Verträge würden Unheimliches enthalten (vgl. «das konzept» Nr. 11/80). Der Verdacht wird nun bittere Wirklichkeit: Wir erfahren unter anderem, es sei ungewiss, ob die radioaktiven Abfälle der Schweizer AKW in La Hague aufbereitet werden! Ferner entdeckt man, dass wir «unser» *Plutonium der französischen «Force de frappe» verkaufen oder gar verschenken!* In bezug darauf behauptet der «Tages-Anzeiger» vom 4. 4. 81: «An der Pressekonferenz der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie wurde nun unterstrichen, die internationale Kernenergiekonferenz INFCE habe inzwischen gezeigt, dass die Wiederaufbereitung – auch für unser Land – wünschbar sei. Kein Brennstoffzyklus sei proliferationssicherer als die übrigen; die Nichtverbreitung von Kernwaffen könne nur bei entsprechendem politischen Willen erreicht werden.»

Ich hatte noch nicht die Gelegenheit, den Bericht der INFCE zu lesen, wäre aber gespannt zu wissen, wie die Herren der Atomlobby die obige Behauptung mit den Klauseln des Atomsperrvertrages in Einklang bringen. Aus den veröffentlichten Geheimverträgen erfahren wir weiter, dass sich die Cogéma das Recht vorbehält, die für die Wiederaufbereitung vereinbarten Preise einseitig zu verändern. Auch dieses Preisproblem ist eminent wichtig und zeigt, dass die «Wiederaufbereitungsfrage» keineswegs «gelöst» ist: «1973 wurde ein Preis von 160 DM/kg aufzubereitendes Material für realistisch gehalten. 1976 liegt der Preis über 500 DM/kg. Wegen der «bedauerlichen Primitivität der Anlagen der ersten Generation» sind zwischenzeitlich erhebliche technische Verbesserungen notwendig geworden, und die Investi-

Strahlenpolizei – fleissig auf Trab

tionskosten stiegen auf über 5 Milliarden DM (die ‹Frankfurter Rundschau› vom 26. 1. 1977 spricht sogar von 8 Milliarden DM). Betrachten wir das für die schweizerischen AKW: Auf der Basis der Preise von 1977 haben die Schweizer Elektrizitätsgesellschaften für ihre 469 t Abfälle zirka 260 Millionen Fr. bezahlt, d. h. also ungefähr 560 Fr. pro kg. Fügt man diesen Kosten nun die 500 Millionen Fr. hinzu, die sie für die Erweiterung der La-Hague-Anlagen zu zahlen gezwungen sind, so verdreifacht sich die obige Zahl auf zirka 1500 Fr./kg. Seit 1973 wären somit die Preise für die Wiederaufbereitung auf das Zehnfache gestiegen – und in Zukunft?

Die Ausreden des EVED

Am 10. April 1981 teilt das *Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED)* mit, das Parlament werde noch im Laufe dieses Jahres den Staatsvertrag mit Frankreich ratifizieren müssen, in dem die Schweiz sich verpflichtet, ab 1990 ihren radioaktiven Dreck wieder zurückzunehmen. Dieser Vertrag sollte mindestens provisorisch den alle Fragen und Zweifel beseitigenden Schlussakt darstellen. Ich frage mich, wie die Parlamentarier – Volksvertreter – das Kunststück vollbringen werden, mit ihrem Beschluss privatwirtschaftliche Verträge ohne genaue Kenntnis des Inhalts zu «decken», die an den staatlichen Finanzen zehren und die Sicherheit der schweizerischen Bevölkerung in Frage stellen. Und falls diese Verträge, wie auch die «NZZ» verlangt, endlich publik gemacht würden, wie wird das Parlament die Infragestellung des gesamten schweizerischen Atomprogramms umgehen können? Hier werden «vollendete Tatsachen» geschaffen!

Die Geheimverträge mit der Cogéma dienten dazu, die 500 Millionen, die in La Hague verlocht werden, zu rechtfertigen. Die Verspätungen bei der Wiederaufbereitung werden dazu dienen, das Zwischenlager von Lucens und die sicher kommende nächste Milliarde für La Hague schmackhaft zu machen. Der Staatsvertrag wird zu gegebener Zeit der Nagra dazu dienen, dem Staat die heisse Kartoffel der Endlagerung zuzuschieben, wenn sich die Unfähigkeit der Nagra, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, offenbart. Und so fort! Trotzdem kann uns Herr *Favre* sagen, über solche Dinge zu sprechen heisse «einen Sturm im Wasserglas» auszulösen. Herr Favre belieben zu scherzen und wird hoffentlich bald eines Bessern belehrt.

Alle diese Dinge zwingen uns AKW-Gegner, zahlreich in Bern einzufahren, wenn die dortigen Herren den Staatsvertrag behandeln, und den vermeintlichen Volksvertretern zu erklären, was ihre Pflicht ist. Wenn sie – mit Recht – einwenden würden, sie seien da, um die Interessen der Atomlobby zu verteidigen und nicht die unsrigen, dann müssen wir ihnen zu verstehen geben, dass die Situation sich geändert hat. In den nächsten Monaten warten viele wichtige Termine auf die Anti-AKW-Bewegung: Kaiseraugst, die Erhöhung des Elektrizitätstarifs, der Staatsvertrag, der endgültige Entscheid über die Nagra-Bohrstellen und der Beginn der Bohrarbeiten, die Inbetriebnahme von Leibstadt . . .

Mir scheinen die Leute von der «Nationalen Koordination» der AKW-Gegner etwas zu schlafen: Haben sie wohl zu heftig über dieses oder jenes Wort des Definitivtextes der Initiativen diskutiert, die auf jeden Fall von Anfang an zum Scheitern verurteilt waren? Und die Zürcher Bewegung? In ihren Reihen hat es haufenweise AKW-Gegner: Es wäre an der Zeit, dass jemand sich an die Gründung einer Gruppe «Autonom gegen Atom» machen würde, mit einem schönen Büro im AJZ, um in diese komplexe, aber eminent wichtige Sache etwas Klarheit zu bringen.

Die Kleinigkeiten der Atomlobby

Nicht wenige Leute werden erstaunt gewesen sein, gerade in der «NZZ» auf die Forderung nach voller Klarheit in bezug auf den Artikel der «Weltwoche» über die Geheimverträge mit der Cogéma zu stossen. Aber bei der «NZZ» ist man gewissenhaft, und so geben sie tatsächlich einem Herrn scr. den Auftrag, der Sache nachzugehen («NZZ» vom 21. 4. 81, «Die Wiederaufbereitungsverträge mit den Franzosen»). Von Anfang an behauptet er: «Tatsächlich ist die Annahme, dass die Franzosen mit ihren Kunden praktisch identische Verträge abschliessen, zutreffend.» Herr *Vogt,* Direktor des AKW Gösgen, der diesbezüglich befragt wurde, spielt den Tüpflischisser: «Die Kapitel- und Seitenzahlen sind nicht überall gleich» (man könnte hinzufügen, dass der Vertrag für Gösgen sehr wahrscheinlich mit einer anderen Schreibmaschine und auf anderem Papier geschrieben wurde). Dann gibt es natürlich die inhaltlichen Unterschiede. Es stimmt nicht, dass wir ab 1990 100 000 Fr. Konventionalstrafe pro Tag Verspätung bei der Rücknahme der radioaktiven Abfälle bezahlen müssten. In unserem Vertrag sei anstelle der Konventionalstrafe ein Staatsvertrag vorgesehen (der nur den kleinen Fehler aufweist, dass er noch nicht unterzeichnet ist!). Was erzählt nun da Nationalrat *Jaeger,* wenn er behauptet, dieser Artikel 6. 3. 3. (möglicherweise zitiert er sogar einen falschen Artikel) stelle für die Atomlobby ein «willkommenes Druckmittel dar, um die Endlagerstätten durchzupauken?» («Mutmassungen», meint Herr scr., und dabei tut er so, als ob er nicht wüsste, dass ein Staatsvertrag ein viel grösseres Druckmittel darstellt als eine Konventionalstrafe! Er könnte natürlich mit Recht auch sagen, ein Staatsvertrag sei kein Druckmittel, sondern schon eine Verpflichtung.)

In seinem Artikel räumt Herr Vogt ein, die Wiederaufbereitung des Urans in La Hague werde uns «etwas» mehr kosten als vorgesehen. Man muss sich aber deswegen keine Sorgen machen: «Grosse Summen, die in diesem Zusammenhang genannt werden, sollten indessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Zahlungen der Cogéma auf den Preis der nuklear erzeugten Kilowattstunde lediglich in bereits einkalkulierten Bruchteilen von Rappen auswirken werden.» Ein typisches Atomlobby-Argument! Man steckt eine Milliarde in die Projektierung eines AKW Kaiseraugst, das nie gebaut werden wird: «Kleinigkeiten». Man wird für Leibstadt zweimal soviel zahlen, als man vorausgesehen hatte: «Kleinigkeiten». Die Kosten für

Fortsetzung auf Seite 7

Wichtige Literaturtips

«Droht uns der gemeinsame Untergang?» Autorenkollektiv, buntbuch-verlag, 160 S., 18 Fr.
Beiträge von Marx, Engels, Ullrich, Gruhl und Bahro zum Thema Ökologie und Marxismus.

«Friedlich in die Katastrophe», überarbeitete, und wesentlich erweiterte Neufassung des Erfolgsbuches von Holger Strohm, Verlag 2001, 1500 S., 25 Fr.
Das Buch dokumentiert, wie weltweit kritische Befunde systematisch unterdrückt, Kritiker mundtot, Messergebnisse verfälscht, Standortregionen bestochen, Experten gekauft, Gesetze gebrochen werden.
Das Buch ist zurzeit im freien Buchhandel noch nicht erhältlich, es kann aber bei den Atomkraftgegnern Zürich (AGZ), Postfach 2018, 8032 Zürich, bestellt werden.

«AGZ-Broschüre zur Schweiz. Energiepolitik» erscheint erst Ende Monat, Bestellungen sind an die obenstehende Adresse zu richten.

«Wege aus der Entsorgungsfalle» von Marcos Buser und Walter Wildi, 285 S., 20 Fr.
Ein totaler Verriss des Nagra-Entsorgungskonzepts.

Kaum zu glauben:
Xerox-Kopien zu 8 Rp. das Stück!
(Ab 70 Stück 7 Rp.)

Spiral-Bindungen in kürzester Frist!

Keinerlei Sortierkosten!

Kopien aus Büchern nur 15 Rp.!
Mit Legi 10% billiger!

KOPIRRSINN!

SDZ

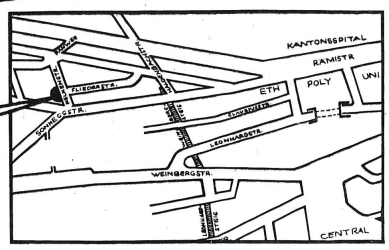
Druck von Liz-Arbeiten und Dissertationen!

Wir drucken auch Verilith und Offset!

Wir lochen, heften und binden!

Individuelle Beratung!

LetraLetters
Beschriftungsfolien für Büro, Schule, Haushalt und Hobby!



STUDENTEN DRUCK ZENTRALE
SDZ / Nelkenstr. 7 / 8006 Zürich / (01) 361 01 31

Im schweizerischen Atomprogramm werden die Weichen gestellt

Von Georg Hodel

Bevorstehende wichtige Entscheide in der Energiepolitik wie der Bau weiterer Atomkraftwerke oder der neue Energieartikel und die Totalrevision des Atomgesetzes lassen nach einer Zeitspanne relativer Ruhe ein Wiederaufflammen der Auseinandersetzungen um die Atomkraft in der Schweiz erwarten. Die Atomlobby will bis zum Anfang der neunziger Jahre die Hälfte des Strombedarfs mit Atomenergie decken, die Atomkraftgegner rüsten zum Kampf.

Die Energiewirtschaft und ihre Politiker wollen dieses Jahr im Ausbau des schweizerischen Atomprogramms um einige Schritte vorankommen. Auf der Traktandenliste stehen der *Energieverfassungsartikel,* bei dem im wesentlichen die Energieträger der *Warenumsatzsteuer* unterstellt werden sollen (der Bund verspricht sich dabei Mehreinnahmen von 300 Millionen Franken), das *Energieversorgungsgesetz,* die *Betriebsbewilligung* für das *AKW Leibstadt,* die *Rahmenbewilligung* für den Bau des *AKW Kaiseraugst,* das *Atomenergie-Haftpflicht-Gesetz,* die *Totalrevision des Atomgesetzes* und schliesslich die Bewilligung der *Nagra-Probebohrungen* – Atompolitik als Dauertraktandum.

Aus der Sicht der Atomlobby stellt das Atomprogramm eine Einheit dar. Die verschiedenen Komponenten davon schaffen Sachzwänge und weitere Voraussetzungen für dessen Ausbau. So sind z. B. nach der Atomgesetz-Teilrevision im Jahr 1978 die Nagra-Probebohrungen (Atommüllbeseitigungen) notwendige Voraussetzungen für den Weiterbau bestehender und künftiger AKW. Die heute getätigten Investitionen, 4 Milliarden für «Leibstadt», 1 Milliarde für «Kaiseraugst», 300 Millionen für «Graben», 450 Millionen für die Beteiligung am Weiterausbau der Wiederaufbereitungsanlage von La Hague und weitere Atomforschungsmillionen, präjudizieren den Ausbau der «nuklearen Kapazitäten».

AKW Leibstadt: Für Zinsen «keine aufschiebende Wirkung»

Das mit einem Gesamtaufwand von 4 Milliarden Franken gebaute Atomkraftwerk Leibstadt steht kurz vor seiner Vollendung. Die meisten Gebäude sind im Rohbau abgeschlossen, ebenso der Kühlturm, im Laufe dieses Jahres soll auch die Reaktorkuppel geschlossen werden. Mit der Inbetriebnahme des teuersten Elektrizitätswerks der Schweiz, an dem doppelt so lange gebaut wurde wie eigentlich geplant, kann allerdings kaum vor Ende 1982 gerechnet werden. Noch ist die Betriebsbewilligung hängig, gegen die rund 350 Einwendungen aus der näheren Umgebung von Leibstadt beim *Bundesamt für Energiewirtschaft* eingereicht worden sind. Von diesen Gesuchen liegen derzeit 153 auf den Schreibtischen der behördlichen Gutachter, denn nur so viele Gesuche hat das Amt überhaupt entgegengenommen, der Rest wanderte in die Papierkörbe, entweder weil die Einwender zu weit weg vom Atomkraftwerk wohnen, die Einreichungsfrist verpasst oder sonst einen Formfehler begangen haben.

In der 200seitigen Einspracheschrift der AKW-Gegner-Organisation ist z. B. festgehalten, dass die *Kernkraftwerk-AG Leibstadt (KKL)* gar keine Standortbewilligung besitzt (sie wurde seinerzeit der Elektrowatt AG erteilt) oder diese von der Elektrowatt AG unter *Umgehung des Gesetzes* erworben haben muss. Nach Ansicht der Einwender bestehen *schwerwiegende Mängel* im *Sicherheitsbereich* der Reaktoranlage. So z. B. fällt die Notkühlung aus, wenn das Druckentlastungssystem nicht funktioniert. Bei diesem Reaktortyp, der für die Beherrschung des Kernverschmelzens nicht ausgelegt ist (Harrisburg-Unfall), *dürfte die Notkühlung unter keinen Umständen ausfallen,* sonst kommt es zur Katastrophe. Das Atomkraftwerk besitzt lediglich ein einziges *Schnellabschaltungssystem.* Die Forderung der KSA (= Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen) nach mehreren voneinander unabhängigen Systemen ist damit nicht erfüllt, zudem ist das im AKW Leibstadt eingebaute Schnellabschaltungssystem der General Electric *in der Praxis schon mehrere Male ausgefallen.* Das Reaktorgebäude ist nicht *«flugzeugabsturzsicher».* Auch das Überwachungssystem für den Strahlenschutz wird im Ernstfall kaum funktionieren. Das Messsystem ist so ausgelegt, dass es eine erhöhte Strahlenbelastung (z. B. bei einem Störfall) im besten Fall *per Zufall registriert;* das Messprogramm auf der benachbarten deutschen Seite ist intensiver ausgelegt.

Selbst im störungsfreien Betrieb stellt das AKW eine nicht zu unterschätzende Gefahrenquelle dar: Ein detailliertes Gutachten der Einwender weist nach, dass die Ziele des *Strahlenschutzes* auch bei *Normalbetrieb nicht eingehalten* werden können. Der Kühlturm, der mit Eternitplatten ausgekleidet ist, die zu einem guten Teil aus Asbest bestehen, ist eine tückische Umweltfalle. Durch Korrosion wird der reine Asbest freigesetzt und kann Tier und Mensch vergiften. Im Kühlturm sind immerhin gegen 1000 t Asbest «eingebaut». Berechnungen haben ergeben, dass die Freisetzung von Asbest im Kühlturm das 5- bis 20fache der erlaubten MAK-Werte (max. Arbeisplatzkonzentration) erreicht, nach neueren epidemiologischen Untersuchungen lägen diese Werte sogar 20- bis 80mal zu hoch. Die amtlichen Prüfer aus dem Energiedepartement mochten die Schwere der Einwendungen nicht anerkennen und haben diesen Einsprachen die aufschiebende Wirkung entzogen.

Darüber können sich die AKW-Eigner nur freuen, eine verzögerte Inbetriebnahme würde das sich abzeichnende finanzielle Fiasko zu einem zweiten «Furkaloch» auswachsen lassen: Enorme Kostenüberschreitungen liesen den ursprünglich geplanten Kapitalaufwand von 2 Milliarden Franken auf das Doppelte ansteigen, die Verzinsung des aufgenommenen Kapitals beläuft sich heute schon auf über 400 Millionen Franken – für Zinsen gibt es keine «aufschiebende Wirkung». Wenn das AKW ans Netz geht, werden die Kapitalgeber also gegen 500 Millionen Franken «verdient» haben, ohne dass eine einzige Kilowattstunde erzeugt wurde.

Die Gesamtrechnung wird erst am Schluss präsentiert in Form massiv erhöhter Elektrizitätstarife: Während die Kilowattstunde aus konventioneller Stromproduktion etwa 3 bis 4 Rappen kostet, wird diese beim AKW Leibstadt etwa 9 Rappen kosten, 2 Rappen oder 20 Prozent mehr als beim AKW Gösgen, welches zur gleichen Leistungsklasse gehört.

Aufgrund dieser «Rechnung» ist die *Alusuisse* schon vor Jahren ausgestiegen, indem sie ihre Beteiligung am AKW Leibstadt mit der Begründung, der Strom sei zu teuer, zurückzog. Auch die Banken haben kalte Füsse bekommen, die letzte Leibstadt-Anleihe wurde lustlos gerade noch zu 70 Prozent gezeichnet, ein deutliches Zeichen der Kapitalgeber, denen bei dieser Finanzierung vermutlich nicht mehr ganz wohl sein kann.

Kuhhandel mit Kaiseraugst?

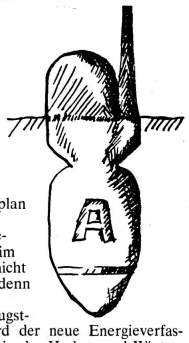
Noch dramatischer soll sich die Finanzierung beim AKW Kaiseraugst gestalten, das Projekt gilt in Bankkreisen bereits als «gestorben». Nachdem nur gerade acht der einundzwanzig Mitglieder der *Eidgenössischen Energiekommission (EEK)* im Moment einen Bedarf für ein weiteres AKW nach Leibstadt sehen, spricht nichts mehr für eine Durchsetzung von Kaiseraugst «um jeden» Preis. Dieser dürfte nach den von der Kaiseraugst-Gesellschaft geltend gemachten Aufwendungen zurzeit bei einer Milliarde Franken liegen.

Die Atomlobby hatte denn auch schon Mitte 1979 ihre Fühler über CVP-Ständerat *Egli* nach Verzichtsverhandlungen ausgestreckt. In einem Postulat wollte Egli den Bundesrat ersuchen, Sondierungsgespräche mit den Kaiseraugst-Projektanten zu führen, weil er, Egli, «eine Kraftprobe auf unseren Rechtsstaat zukommen sehe» und ein «Einsatz der Armee gegen Zivilisten» nicht auszudenken sei. Das Postulat wurde trotz heftiger Gegenwehr vom damaligen Energieminister, Bundesrat *Ritschard,* mit 26 zu 10 Stimmen überwiesen. In der Zwischenzeit haben «Gespräche – nicht Verhandlungen – zwischen Bund, Kantonen und der Kaiseraugst Gesellschaft» stattgefunden, bestätigte *Peter Pfund,* Vizedirektor im Bundesamt für Energiewirtschaft, gegenüber dem «konzept». Man habe «einen Weg gefunden, dass nicht ein Präjudiz für eine Entschädigungspflicht des Bundes geschaffen wurde», welche von diesem «immer bestritten» worden sei. Die Atomlobby drängt auf einen raschen Entscheid in Sachen Kaiseraugst, sie will keine weiteren Verzögerungen im Ausbau des Atomprogramms hinnehmen. Es scheint, dass sie aus den erwähnten Gründen sogar bereit ist, auf Kaiseraugst – aufgrund «staatspolitischer Erwägungen» – zu «verzichten».

Der Bundesrat sieht sich in einer Zwangssituation. Verzichtet er auf Kaiseraugst, erpresst ihn die Atomlobby mit einer Milliarde Franken, die er kaum lockermachen kann. Setzt er Kaiseraugst durch, riskiert er einen «Sezessionskrieg» mit der Nordwestschweiz. Einen Einsatz der Armee will und kann er nicht verantworten, oder etwa doch? Formal kann er sich mit *positivem Entscheid* zu Kaiseraugst vorübergehend aus der Affäre ziehen, denn dann muss das Parlament über Kaiseraugst entscheiden.

Atomlobby gerüstet

Nach offizieller Mitteilung aus dem Bundeshaus soll der Kaiseraugster Entscheid Mitte Juni fallen, doch in Bern mochte niemand aus dem Energiedepartement diesen Termin bestätigen. Jedenfalls, so liessen die Bundesräte *Honegger* und *Schlumpf* durchblicken, werde eine entsprechende Botschaft vorbereitet. Diese wird voraussichtlich kaum vor der Wintersession dem Parlament zugeleitet, so dass ein Parlamentsentscheid zu Kaiseraugst kaum vor Mitte 1982 gefällt werden dürfte.



Zeichnung: Giorgio Nuclei

Dieser Fahrplan kommt den Atombefürwortern im Parlament nicht ungelegen, denn im Vorfeld der Kaiseraugst-Debatte wird der neue Energieverfassungsartikel in der Herbst- und Wintersession behandelt. Eine grundsätzliche Ausmarchung der energiepolitischen Marschrichtung soll nach ihrem Willen möglichst bald getroffen, der Streit um den Energiebedarf zur «nationalen Frage» gemacht werden. Die Atomlobby ist auf diesem Felde gut gerüstet, die Argumente wohlbekannt: Erdölsubstitution, Förderung des Wirtschaftswachstums und damit die Erhaltung der Arbeitsplätze etc.

Die Energiewirtschaft ihrerseits betreibt wie von der GEK gefordert «eine aggressive Substitutionspolitik mit ‹attraktiven› Preisen»: Die *Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW)* haben allein im letzten Jahr 900 neue Elektroheizungen angeschlossen und beliefern heute bereits über 3200 Elektroheizungen mit Strom; noch erfolgreicher behaupten sich die *Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK)* auf diesem Gebiet, im hydrologischen Jahr 1979/80 konnten sie ihren Stromabsatz am 15 Prozent steigern. Gesamtschweizerisch wird bekanntlich ein Anteil von 10 Prozent vom Stromkonsum durch Elektroheizungen angestrebt, der vom Bundesrat vorgelegte Energieartikel soll dazu die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

Graben vor Kaiseraugst?

Am Projekt Graben halten die Atomlobby und die Energiewirtschaft fest, weil sie für die neunziger Jahre einen weiteren Bedarf von 1000 Megawatt berechnet haben. Es gibt Bestrebungen, Graben terminlich Kaiseraugst *vorzuziehen.* Die Bundesbehörden sind in dieser Frage jedoch noch wortkarger. Einen Zeitplan für Graben «kennt niemand», dieser sei vom Kaiseraugster Entscheid abhängig, jedenfalls werde abgewartet, «was das Parlament mache».

Die *Kernkraftwerk Graben AG (KKG)* indes mag nicht warten. Unbeeindruckt von den rund 24 000 Einwendungen gegen die Rahmenbewilligung treibt die KKG AG den «Grabenkrieg» auf ihre Weise voran. Dutzende von Firmen führen Planungsaufträge für Graben aus. Auch Verträge in der Höhe von 121 Millionen Franken für die Lieferung von Kernbrennstoff sind abgeschlossen worden, insgesamt hat die KKG AG bereits über 300 Millionen in die nukleare Baustätte investiert. Die Graben-Gesellschaft wird in ihrem Tun von den Behörden tatkräftig unterstützt: Die Zufahrtsstrassen für den Schwerverkehr sind weitgehend ausgebaut, in der kantonalbernischen «Verordnung über die Offenhaltung der Verkehrsrouten für Ausnahmetransporte» sind die Zufahrtswege zum AKW-Gelände alle schon aufgeführt.

Die Stromproduzenten geben sich in Sachen AKW Graben ausserordentlich siegesgewiss. Nach den Worten ihres Präsidenten, *Hanspeter von Schulthess,* wollen sie sich schon gar nicht auf die Bedarfsdiskussion einlassen: «. . . mit Blick auf den gesetzlichen Bedarfsnachweis» wird «niemand die Zukunft je beweisen können», das «Vorhandensein einer vorübergehenden Überkapazität in der Stromproduktion» hält er «volkswirtschaftlich für das kleinere Übel als ‹irgendwelche› Versorgungsengpässe oder Einschränkungsmassnahmen».

Die Atomlobby weiss auch schon, wie sie den Bau weiterer AKW auch ohne Bedarfsnachweis rechtfertigen kann: Mit dem Energieverfassungsartikel soll nämlich auch die Gesetzeskompetenz des Bundes über Rohrleitungsanlagen auf die *Fernwärmeversorgung* ausgedehnt werden. Mit Fernwärme soll wiederum die Atomenergie anstelle anderer Möglichkeiten, in diesem Falle verbesserte Wärmedämmung (Gebäudeisolation), Gesamtenergieanlagen und Wärme-Kraft-Kopplung, massiv gefördert werden. In einem Satz: Auf dem Energiesektor soll das heute herrschende Erdölmonopol durch das Atomenergiemonopol abgelöst werden. ●

Aktionen der AKW-Gegner

Für die Atomkraftgegner ist der Moment gekommen, der definitiven Realisierung des Atomprogramms entschlossen entgegenzutreten. Mit den Kundgebungen am 21. März in Graben mit rund 2000 Leuten und am 1. April in Kaiseraugst mit ca. 3000 Teilnehmern wurde ein Anfang gemacht.

*

Am *6. Juni* (Pfingstsamstag) versammeln sich die Atomkraftgegner zur *nationalen Kundgebung* in Bern (Versammlungsort: Neuengasse, 14.30 Uhr). Über das *Pfingstwochenende,* 6./7. Juni, unternehmen die Atomkraftgegner aus der Nordwestschweiz, Südbaden und Elsass einen Pfingstmarsch im «Dreyeckland». Sie wollen für die Stillegung des AKW Fessenheim, bei dem gefährliche Rissbildungen am Reaktorgefäss aufgetreten sind, und gegen die Stationierung von Atomraketen im benachbarten Bremgarten demonstrieren. Besammlung am 6. Juni, 8.15 Uhr, Bad. Bahnhof, Basel. Weitere Infos GAGAK: Telefon 061/ 63 21 37.

*

Am *14. Juni* sind die im Kanton Bern stimmberechtigten Atomkraftgegner aufgerufen, für die kantonale Atomschutz-Initiative zu stimmen.
Nach der Sommerpause (evtl. schon früher), wenn der Kaiseraugster Entscheid gefallen ist, wird mit einer Geländebesetzung gerechnet, weitere regionale Aktionen sind geplant.

*

Zurzeit laufen die Unterschriftensammlungen für die Atomschutz-Initiative (Stand: 50 000 Unterschriften) und für die Atomstopp-Initiative, die beiden Initiativen sind noch nicht gesichert.

Sturm im Wasserglas

Fortsetzung von Seite 6

Sicherheitsvorkehrungen nehmen rapid zu (in Leibstadt wurde anscheinend nach dem Anschlag der Anti-AKW-Saboteure eine zweite, unterirdische Kommandozentrale gebaut, die «terroristensicher» sein sollte): «Kleinigkeiten». Der Uranpreis steigt und steigt: «Kleinigkeiten». Und die 56 verseuchten Arbeiter in Japan? Und . . .? «Kein Grund zur Panik, es ist nichts geschehen.» Hier können wir den «schlechten Witz», den die Tatsache darstellt, dass wir der französischen Nuklearmacht Plutonium schenken, übersehen und uns mit der Tatsache bescheiden, wenn die Gegenwart auch nicht gerade rosig sei, werde die Zukunft sicher anders aussehen.

«Im Blick auf die Zukunft», so meint Vogt, «ist zu berücksichtigen, dass man nicht nur auf die Franzosen angewiesen sein wird. Insbesondere werde man auf die Briten zählen können . . . Nach Abschluss des Bewilligungsverfahrens beginnt nun die *British Nuclear Fuel Limited (BNFL)* in Windscale neben ihren bestehenden Anlagen mit dem Bau einer neuen grossen Anlage für die Aufbereitung von Kernbrennstoffen aus Leichtwasserreaktoren und den britischen AGR-Anlagen . . . Deren Kapazität wird indessen durch frühere und zusätzliche Anträge der Stammkundschaft ausgelastet.»

Vor etwas mehr als einem Jahr hatten zwei hohe Bundesbeamte, *Zangger* und *von Arx,* gesagt, ein Teil des nuklearen Abfalls der schweizerischen AKW werde bereits in Windscale aufbereitet. Jetzt erfahren wir endlich – was schon viele argwöhnten –, dass es sich nur um eine Vermutung handelte, um eine Hoffnung! Wird sie je Wirklichkeit werden?

Die «NZZ», die mit der Absicht, «volles Licht» in die Angelegenheit zu bringen, gestartet war, kommt zum Schluss, dies sei gar nicht nötig, da wir ja im Grunde genommen schon alles wussten. Ich halte es aber immer noch für schlicht unannehmbar, wenn die eidgenössischen Räte den Staatsvertrag ratifizieren, bevor die Geheimverträge mit der Cogéma veröffentlicht sind! Jetzt um so mehr, als uns ein neuer Staatsvertrag angekündigt wird (diesmal mit Australien, für die Lieferung von Uran), um einem möglichen «Stoffmangel» vorzubeugen, nachdem die Schweiz die Verträge mit Kanada nicht eingehalten hat. Aber auch hier (siehe wiederum «Kinderkrankheiten» Nr. 2: «Atommüll in der Schweiz und die Nagra») zeigt sich die in Atomangelegenheiten charakteristische Leitlinie der Geheimtuerei. Nur ein Beispiel: Der Inhalt des Zusatzvertrages mit den USA über die Regelung ihrer Uranlieferungen an die Schweiz ist sogar den Parlamentariern nicht bekannt, weil der Bundesrat der Meinung war, dessen Ratifizierung unterstehe nicht der Genehmigung durch das Parlament!

Inzwischen ist Herr von Arx mit Aussenminister Aubert nach Kanada gefahren. Es bleibt uns nur zu wünschen, dass er diese Angelegenheit nicht auf die gleiche Art regelt wie in Hägendorf – wo er Gemeindeammann ist –, diejenige der Probebohrungen der Nagra!

Nach ENGLAND für Englisch

☐ Seriöse Sprachferien für Jugendliche (ab 11) mit mit begleiteter Gruppenreise

☐ Intensiv-/Einzelkurse für Erwachsene in Oxford London und Bristol, das ganze Jahr über

Informationen und Grossprospekt verlangen!

Name/Vorname:

Strasse:

Pl./Ort:

Oxford Intensive School of English

OISE Oxford Intensive School of English
Lerchenstr. 14, 4147 Aesch-Basel
Telefon 061 78 24 53

hey Magazin der Schweizerischen Organisation der Homophilen

Sie lesen in der Mai-Nummer:

Zur Revision des Sexualstrafrechts

Erzwungene Sexualmoral

Eine historische Betrachtung

Jetzt an den Kiosken der Schmidt-Agence

Ich interessiere mich für die Mitgliedschaft der SOH und für ein Abonnement des SOH-Magazins «hey»:

Name:

Adresse:

PLZ/Wohnort:

Verlag Plädoyer
Postfach 4580, 8022 Zürich

Praxisgruppe-Hus Plaffenwatz

sucht

2 Arztgehilfinnen oder -gehilfen

(1 mit kaufm. Kenntnissen, 1 evtl. Teilzeit)

Bitte bewerbt Euch kurz schriftlich bei:

Praxisgruppe-Hus Plaffenwatz
Waffenplatzstr. 6, Postfach, 8027 Zürich

242 11 12

braucht

Hörer,

(01) 242 11 12

und Gönner

(PC) 80–53650)

Sardinien

Abflug jeden Samstag ab Zürich oder Genf nach Olbia.

Tennis

Könner und alle, die es werden könnten, treffen sich in Alghero. 1 Woche Fr. 990.- Auf Wunsch auf 2 Wochen (Fr. 1490.-) oder 1 Woche zusätzlich auf eigene Faust (Fr. 1020.-).
Neu: 1 Woche Tennis und 1 Woche Rundreise mit SUNDECKER, Fr. 1290.-.

Baden

14 Tage lang dem Alltag davonschwimmen und am kilometerlangen Strand bei Alghero unter sardinischer Sonne liegen. Fr. 1090.- bis 1260.-, alles inbegriffen.

Wandern

Sardinien auch dort kennenlernen, wo man nur zu Fuss hinkommt.
23.5.-6.6., 6.-20.6. Fr. 1130.-
5.-19.9., 19.9.-3.10., 3.-17.10. Fr. 1150.-

Auf eigene Faust

Mach, was du willst.
14 Tage lang Fr. 490.- - 560.-, inklusive 2 Uebernachtungen in Olbia.

SSR-Reisen

Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern, St. Gallen und Zürich.

Telefonverkauf 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.

Tramp doch ämal inä!

■ OFFSET-SYSTEMDRUCK

EXEMPLARE	1-seitig	beidseitig
bis 200	15.80	29.40
300	22.--	40.40
400	26.50	48.20
500	29.60	53.20
600	32.20	57.20
700	34.80	61.20
800	37.30	65.--
900	39.70	68.60
1000	42.--	72.--
2000	78.--	132.--
5000	171.--	282.--

■ PLASTIC-SPIRALBINDUNGEN

■ BROSCHÜREN

(Dissertationen)

■ XEROX - DRUCKKOPIEN

Preise (pro Vorlage)

1	50 Druckkopien		10 Rappen/Druckkopie
	60 Druckkopien	=	Fr. 5.70
	70 Druckkopien	=	Fr. 6.30
	80 Druckkopien	=	Fr. 6.80
	90 Druckkopien	=	Fr. 7.20
	100 Druckkopien	=	Fr. 7.50
	150 Druckkopien	=	Fr. 11.25
	200 Druckkopien	=	Fr. 15.--
	jede weitere Druckkopie	=	7,5 Rappen

SORTIEREN GRATIS

A 4 Kopien (IBM und XEROX-Bücherkopierer)	15	Rappen
A 3 Kopien	30	Rappen
Verkleinerungen (stufenlos 100 % bis 61 %)	25	Rappen

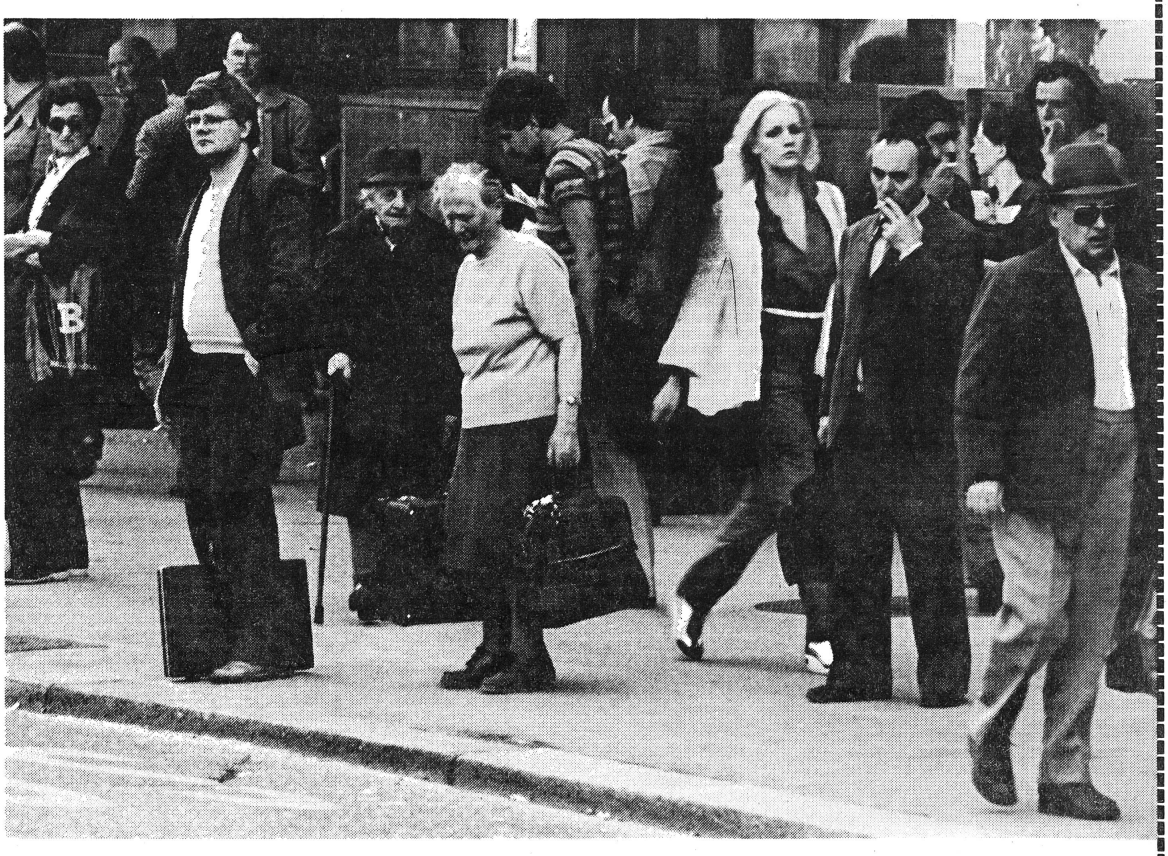
Montag bis Freitag 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr
SAMSTAG: Nur Copy-Center Sonneggstrasse 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr

ADAG
ADMINISTRATION & DRUCK AG

ADAG COPY-CENTER
Sonneggstrasse 25
8006 Zürich
Tel. 01/47 35 54

ADAG COPY-CORNER
Seilergraben 41
8001 Zürich
Tel. 01/251 49 34

ADAG COPY-CENTER
Josefstrasse 32
8005 Zürich
Tel. 01/42 49 48



Man kann ja nicht jedesmal die andern fragen.

Und das muss man auch nicht. Im Tages-Anzeiger kommen viele und auch sehr gegensätzliche Meinungen zu Wort. Was nicht die Art jeder Zeitung ist. Aber vielleicht ist es Ihre Art, sich eine Meinung zu bilden und nicht nur eine zu haben.

K 8012

Name

Adresse

Fakultät/Semester

Senden Sie den Coupon zusammen mit einer Kopie Ihrer Legitimationskarte an: Tages-Anzeiger, Vertrieb/Verkauf, Postfach, 8021 Zürich.

Tages-Anzeiger

Ich erhalte 30% Studentenrabatt. Eine Kopie meiner Legi liegt bei.

Ich abonniere den Tages-Anzeiger inkl. Magazin.

Zahlungsweise:
☐ jährlich Fr. 99.75
☐ halbjährlich Fr. 50.40
☐ vierteljährlich Fr. 25.50
Die ersten 2 Wochen sind gratis.

Die WochenZeitung

INFOLINK - WOZ - WEINBERGSTR.31 - 8006 ZÜRICH

Der Test

Brauchen Sie die neue WochenZeitung?

(*Hinweis:* Pro Ziffer können mehrere Antworten richtig sein.)

1. Wie sind «NZZ» und «Tages-Anzeiger» unmissverständlich zu unterscheiden?
   a) im Schriftzug des Namens
   b) im «Tages-Anzeiger» ist Raum für kritische Leserbriefe
   c) für die «NZZ» schreibt Ueli Haldimann nicht

2. Wofür erhielt Hugo Bütler, Redaktor der «NZZ» für kritische Zeitfragen und Dialektik, den 1. Zürcher Journalistenpreis?
   a) für die Zusammenfassung eines Artikels aus dem Stilett
   b) für sein gewitztes Kürzel «Bü»
   c) für seine Goldrandbrille

3. Gemäss eigenem Werbeplakat macht regelmässiges Lesen der «NZZ»
   a) weitsichtig
   b) kurzsichtig
   c) schwanzlastig

4. Wie reagierte die «Weltwoche» auf die Ankündigung der Lancierung einer linken Wochenzeitung ab kommenden Herbst?
   a) Ulrich Kägi trat in die Kirche ein
   b) Chefredaktor Hans O. Staub verschlug es die Sprache
   c) gar nicht

5. Wie reagierte die Redaktion des «Tages-Anzeiger-Magazins» auf die Ankündigung der Lancierung einer linken Wochenzeitung?
   a) Sie bewarb sich geschlossen für eine Redaktorenstelle bei der Wochenzeitung
   b) Es wurde beschlossen, das Magazin noch bunter zu gestalten
   c) Peter Meier wurde mit der kritischen Beschreibung eines Tagesablaufs von Emilie Lieberherr beauftragt

6. Wie heisst der Chefredaktor der Ringier-Zeitschrift «Das gelbe Heft»?
   a) Heinrich Oswald
   b) Thomas Held
   c) Müller

7. Welche Motive führten bei Ringier zur Lancierung der neuen Zeitschrift «Die Woche»?
   a) Die Verlagsleitung sucht einen neuen Werbeträger für die oberste Kaufkraftklasse
   b) «Glückspost» und «Gelbes Heft» vermögen die Informationsbedürfnisse der Leser nicht vollumfänglich zu befriedigen
   c) Man will verhindern, dass Niklaus Meienberg nirgends mehr schreiben kann

8. Max Frisch liest den «Tages-Anzeiger» nicht mehr. Weshalb?
   a) Er hat inzwischen einen Gebrauchtwagen gefunden
   b) Er hat sich dem Boykottaufruf des Globus angeschlossen
   c) Ein Leserbrief von ihm wurde als sprachlich ungenügend zurückgewiesen

9. Warum verreiste Heiner Schoch, der die Einschränkung der redaktionellen Freiheiten im «Tages-Anzeiger» nicht akzeptieren wollte, ausgerechnet nach Bali?
   a) Dort ist der Freiraum für kritische Korrespondentenberichte grösser
   b) klimatische und persönliche Gründe
   c) Im Rahmen seiner Bührle-Recherchen verwechselte er Bali und Bally

10. Wie heisst der Chefredaktor des «Blicks», der sich durch einen strammen Kurs gegen Chaoten und das SRG-Monopol hervortut?
    a) Ueberschnapp
    b) Uebersax
    c) Ueberbein

11. Vielen Zuhörern der 1.-Mai-Rede von Jean Ziegler erschien der SP-Nationalrat über die jüngsten Ereignisse erstaunlich wenig informiert. Warum?
    a) Ziegler vergriff sich und verlas versehentlich eine Rede zum 1. Mai 1967
    b) Ziegler liess sich die Rede von Peter Bichsel schreiben
    c) Ziegler liest in den Sessionen ausschliesslich die bürgerliche Presse

---

Auswertung

richtig: 1a, 1b, 1c, 2a, 3a, 4c, 5c, 6c, 7a, 7b, 8a, 9b, 10b, 11c.

14 oder mehr richtig: Sie sind ausgezeichnet informiert. Die neue Wochenzeitung kann Ihnen nichts mehr bringen. Erneuern Sie das Abonnement des «Zürl-Leu».

1 – 13: Sie scheinen interessiert, aber noch lückenhaft informiert. Beachten Sie bitte den nebenstehenden Abo-Talon für «Die WochenZeitung»

0: Macht nichts. Bleib beim Micky-Maus.

Die Welt hat auf uns gewartet!

Chic!

Ich finde es chic, dass Ihr ein «Hebdo» macht. Bitte vergesst nicht, einen Artikel über Tierschutzvereine, die Robbenbabies und die Hetzjagden in Frankreich. Und wenn Ihr mal ein Photo von mir aus St-Tropez wollt, bitte nur mit Teleobjektiv, vous comprenez.

Brigitte Bardot, Filmstar

Solidaritätserklärung

Genossen und Genossinnen,
im Namen der Deutschschweizer Sektionen der Schweizerischen Arbeiterpartei (SAP, vormals RML) beglückwünscht euch das Politbüro im Namen der Basis zu eurem Entschluss, in den Kapitalistensumpf der Schweiz mit einer revolutionären wöchentlichen Agitationsschrift eine weitere Bresche zu schlagen. Das werktätige Volk braucht Aufklärung!
Nieder mit dem Imperialismus der Grossmächte!
Es lebe die interkantonale Solidarität!

Zentralkomitee SAP, Schweiz

Frisch gewagt ist nur halb gewonnen!

Von einer linken Zeitung – und da ist Ihr Wochenblatt trotz allem nicht ausgenommen – erwarte ich regelmässig Berichte über die AKW-Bewegung, die Frauen, sofern auch sie sich noch bewegen, die Gewerkschaften, die Linksparteien und die SP, über Häuserbesetzungen, Reagan, die Grünen und Nicaragua. Auch Berufsverbote, Hungerstreiks und Jugendhäuser sollten in Ihrem Organ ihren festen Platz haben. Des weiteren zähle ich auf eine regelmässige Zeilenabfolge und auf die aus andern fortschrittlichen Blättern bestens bekannten Zeichnungen, kurz: auf die durchgängige Respektierung meiner Lesegewohnheiten.

Ihr Durchschnitzleser

Schaffe, schaffe.

Freunde, lasst Euch von uns antörnen, macht eine aufgestellte Zeitung, und lasst Euch von den kaputten Retro-Typen nicht ins Boxhorn jagen. Enttäuscht sind wir darüber, dass Ihr eine Redaktion habt. Geht es denn gottfriedstutz nicht einmal ohne Leaders?

Das fragen Euch die bewegten Alkis, Fixer, Haschis, Sanis, im Allein Jung und Zeelig machenden Haus in Züri und anderswo

Achtung stett!

Ob Moz oder «WoZ»: S i e passen unter keinen Helm!

Georges André Pferdlatz, EMD

Keine Kultur ohne Revolution

Lasst tausend Pressepflänzchen blühn! Linke Zeitungen zur baldigen Wiedereinführung der Kulturrevolution kann es nicht genug geben: Steter Tropfen höhlt den Stein am Ginseng-Fluss. Solltet Ihr für Eure Aphorismen-Ecke noch Sprüche brauchen, ich habe ziemlich viel vorig, die damals im roten Pocketbook keinen Platz mehr fanden.

Mao Zedong
(ehemals Grosser Vorsitzender)

Brüderlich

Die Schweiz kann eine solche Publikation brauchen, und ich drücke Euch für den Anfang den Daumen, auf dass Ihr ein gesellschaftsbefragendes und -veränderndes Element in der ausgepoverten Schweizer Medienlandschaft sein mögt. Ein Ratschlag: Macht nicht denselben Fehler wie wir und bringt Photos, die hinten und vorne keinen Sinn machen und den Leser unnötig vom Text ablenken.

Trans Magnus Enzensberger,
Hansatlantik-Herausgeber

«Newsgeil»

Ja, macht nur so weiter mit dem Sensationsjournalismus, aber vergesst nicht, dass Euch hier einer auf die Finger schaut. Ich verstehe nämlich was von Medien, mir könnt Ihr nicht so leicht ein Links für ein Rechts vormachen. Ihr müsst halt alles von *einem* Pult aus recherchieren und schreiben, alles von oben herab.

Jürg Kaufmann,
Zürcher Stadtrat

PS Wer weiss mir noch eine SP-Sektion?

Eine Konsequenz von Welt

Sehr geehrtes
«Zeitungsmacher»-Kollektiv,
da auf Grund der ersten Gerüchte über das Erscheinen Ihrer «WoZ» bereits ein Abonnent unseres Blattes fristlos auf selbiges verzichtete und da sich nun nach der Bestätigung des Gerüchtes auch der andere zum gleichen Schritt entschloss, stellen wir das Erscheinen unseres Weltblattes ein. Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben und wünschen Ihnen mehr Erfolg als uns.

Herzlich Ihr
Hans O. Staub, «Die Weltwoche»

PS Gemäss Beschluss unseres Verwaltungsrats überlassen wir Ihnen unsere Abonnentenkartei zur uneingeschränkten Nutzung im Sinne eines Zeichens der Sympathie.

Worte zur «WoZ»

Immer wieder wird mir warm ums Herz, wenn ich junge Leute bei einer sinnvollen Beschäftigung ertappe. Die Aufforstung unseres dürftig gewordenen Pressewaldes tut wahrlich not. Mögen Euch Gottes Segen sowie die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze unseres Rechtsstaates auf Eurem dornenvollen Wege begleiten und der kräftige Arm der Busipo bald über Euch sein. Jugendlicher Wagemut in Ehren, aber denkt daran, dass Ihr Eure Taten stets vor Eurem Gewissen und dem Computerspeicher des KIS verantworten müssen könnt.

Euer Landesvater Fudi Kurgler

Frank & frei

An den Verlag,
wir kommen nicht umhin, Ihrem jungen, dynamischen Team zu seinem unternehmerischen Mut zu gratulieren. Sehen Sie, auch in der von Ihnen oft genug schlechtgemachten freien Marktwirtschaft ist noch manches möglich! Im übrigen stehen wir Ihnen – les extrèmes se touchent – geistig doch sehr nahe: auch wir vertreten die Klassentheorie – allerdings erachten wir die beiden Begriffe «Proletarier» und «Kapitalist» als überlebt. Unsere Marketingabteilung hat deshalb das zeitgemässere «Kaufkraftklasse» kreiert. Sofern auch Sie sich in diesem Sinne um potente Leser bemühen, ist eine temporäre Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen.

Mit freundlichen Grüssen
für den Inserategeberverband
R. E. Klame

Zur Erinnerung

Andere brauchen keine Zeitungen

Herr Keuner

Wenn «das konzept» verschwindet, ist die «WochenZeitung» da!

Weil wir annehmen, dass Sie eine solche Zeitung nicht vermissen möchten, bieten wir Ihnen heute schon Abos an:

a) ☐	***Normal-Abo***	***80.—***
b) ☐	***13 Monate*** *(falls «das konzept»-Abo 1981 bezahlt)*	***80.—***
c) ☐	***15 Monate*** *(falls «das konzept»-Abo 1981/82 bezahlt)*	***80.—***
d) ☐	***Unterstützungs-Abonnement***	***150.—***
e) ☐	***2-Jahres-Abonnement*** *(a: 24 Mte./b: 25 Mte./c: 27 Mte.)*	***150.—***
f) ☐	***Ausland-Abo***	*je nach Land* ***90.—*** *bis* ***110.—*** *Luftpost Tarife erfragen*

Das Abonnement gilt als um ein Jahr verlängert, sofern es nicht bis spätestens 60 Tage vor Ablauf schriftlich gekündigt worden ist.

Name _____ *Vorname* _____ *Beruf* _____

Strasse _____ *PLZ* _____ *Ort* _____

PS: Ich habe Obligationen der Genossenschaft «infolink» im Betrag von mind. 5000.– Franken gezeichnet. Ich wünsche, dass die Abonnementskosten jährlich mit der Zinszahlung verrechnet werden. ☐ *ja* / ☐ *nein*

Talon einsenden an: ***«WochenZeitung», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich***

Die WochenZeitung

Die Anleihe

Vom 1. Oktober 1981 an erscheint «Die WochenZeitung» – zu dieser Aussage berechtigt uns der heutige Stand unserer Vorbereitung. Das Macher-Kollektiv ist beinahe vollzählig (12 Leute sind dabei), die Herausgebergenossenschaft «infolink» haben wir mit 150'000 Franken eigenem Geld gegründet.

Selbstverständlich brauchen wir zum Start noch mehr Finanzen und haben deshalb eine *«etablierte Form der Fremdfinanzierung gewählt»* (NZZ). Bedeutet dies, dass der Kapitalismus nun auch bei uns voll zum Ausbruch kommt? Wir meinen präzis das Gegenteil: Wer kämpfen will, muss dafür sorgen, dass er gesund bleibt. Und wenn unsere «WochenZeitung» auch finanziell einen gesunden Start hat, kann sie besser ihre Beisslust zeigen.

Eine Anleihe – warum?

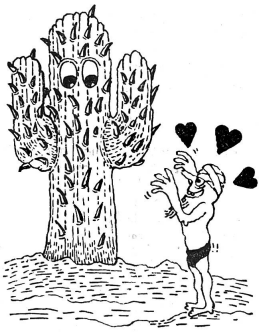
Zur Anleihe sind wir gekommen, weil wir wissen, dass es viel mehr Sympathisanten unseres Projekts gibt, als wir persönlich kennen. Wir sind auch sicher, dass viel mehr *«sympathisierendes Geld»* verfügbar gemacht werden kann, welches nicht für «Konsumzwecke» bestimmt ist. Und da wir nicht in erster Linie auf die strapazierte Solidarität setzen, sondern eben auf die gegenseitige Sympathie zwischen Leser und «WochenZeitung», soll eine Investition in «Die WochenZeitung» politische und wirtschaftliche Zinsen tragen. Die politischen Zinsen lassen sich nicht quantitativ messen – wir hoffen auf das Qualitative. Die wirtschaftlichen Zinsen dagegen sind messbar, sie entsprechen dem jeweils geltenden Sparzinssatz «unserer» Grossbanken.

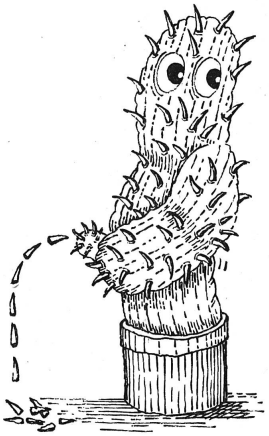
Weil «Die WochenZeitung» mit dem Zustandekommen dieser Anleihe ihre Arbeit solid und ohne zeitraubende Finanz-Improvisationen tun kann, können wir auch das erwartete Defizit im ersten Jahr getrost verkraften. Schon das zweite Jahr der «WochenZeitung» kann auch wirtschaftlich Erfolg bringen: Eine Steigerung z. B. der Abonnentenzahl auf 8000 ist ausreichend, um unsere Rechnung ausgeglichen zu halten.

Wer trägt das Risiko?

Wir sind von unserer Sache überzeugt und glauben, dass wir unsere Ziele erreichen können. Deshalb haben wir auch unsere eigenen Sparfränkli voll riskiert. Wenn nämlich unser Eigenkapital aufgebraucht würde, müssten wir das Anleihe-Geld sofort zurückzahlen – so hart ist es, wenn man «eine etablierte Form der Fremdfinanzierung wählt». Aber gerade Ihre Unterstützung durch Zeichnung der Anleihe gibt uns den *notwendigen Schnauf zum erfolgreichen Dauerlauf.*

Die «WoZ»-Macher





---

3 % Anleihe von Fr. 1'000'000.—, 1981 - 86

Ausgabepreis: 100 % — Zeichnungsfrist: 1.4.81–30.6.81

Anleihebedingungen

1. Die Anleihe ist in Namenobligationen von Fr. 1000.— und Fr. 5000.— Nennwert eingeteilt.
2. Die Obligationen sind vom 31. Juli 1981 an verzinslich. Der Zinssatz der Anleihe wurde aufgrund der heutigen Sparzinssätze festgelegt. Der Anleihensatz ist jedoch variabel und wird den marktüblichen schweizerischen Sparsätzen angeglichen. (Auf Wunsch wird der Zins für die gesamte Laufzeit auf 3 % belassen.)
3. Die jährliche Zinszahlung erfolgt automatisch auf 31. Juli. Erstmals am 31. Juli 1982.
4. Die Rückzahlung der Anleihe erfolgt zum Nennwert ohne besondere Kündigung am 31. Juli 1986.
5. Eine frühzeitige Kündigung von Seite der Genossenschaft erfolgt unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist, frühestens jedoch zwei Jahre vor Ablauf der Anleihe.
   Für die Seite der Anleger gelten die gleichen Bedingungen. Die Kündigung muss jedoch einen schriftlichen Nachweis darüber enthalten, dass die Gelder nur wegen prekärer finanzieller Situation des Geldgebers frühzeitig zurückgezogen werden.
6. In besonderen Fällen kann eine Anleihe mit beschränkter Laufzeit (mindestens 2 Jahre) gezeichnet werden. Eine frühzeitige Kündigung ist dann nicht möglich.

ZEICHNUNGSTALON

Name..... Vorname..... Beruf.....

Strasse..... PLZ..... Ort.....

Ich zeichne .... Obligation(en) à 5'000.— Fr. Der Zinssatz soll bei 3%
.... Obligation(en) à 1'000.— Fr. fixiert bleiben. ja nein

Ich wünsche die jährliche Zinszahlung (erstmals per 31.7.82) auf

Bankkonto.....

PC-Konto.....

Ort/Datum..... Unterschrift.....

Bitte sofort an: Die WochenZeitung Weinbergstr. 31 8006 **Zürich**

Das Projekt

Ab Herbst (1.10.81) wird eine kritische, gesamtschweizerische WochenZeitung erscheinen.
Inhaltlich, gestalterisch und umfangmässig wird die neue Zeitung der heutigen Monatszeitung «das konzept» gleichen.

Neu ist:
- wöchentliches Erscheinen
- gesamtschweizerisch ausgerichtet (Korrespondentennetz, etc.)
- mehr Aktualität
- Einzelverkauf an den Kiosken, auf der Strasse, in Buchhandlungen.

Die Zeitung hat eine Startauflage von 20'000 Exemplaren.

• Eine Machergenossenschaft

Träger dieser Zeitung ist eine Zeitungsmachergenossenschaft, die sich nach dem Prinzip der Selbsthilfe organisiert hat.

Die Projektgruppe, bestehend aus «das konzept»-Redaktoren und andern Zeitungsmachern zeichnet für konzeptionelle und administrative Belange bis zum Erscheinen der WochenZeitung (1.10.81) verantwortlich.

Die Mitglieder der Projektgruppe sind gleichzeitig Gründungsmitglieder der Herausgebergenossenschaft «INFOLINK».

Es zeichnen: Marianne Berna, Eugen Bisig, Marianne Fehr, Jürg Fischer, Georg Hodel, Philipp Leutenegger, Nicolas Lindt, Erich Meier, Reinhard Schärer, Res Strehle, Liselotte Suter, Daniel Wiener.

• Wirtschaftliche Grundlagen

Die wichtigste Ertragssäule wird der Abonnementenstock bilden. Die im Einzelverkauf vertriebenen Exemplare werden wesentlich dazu beitragen, die laufenden Aufwendungen zu decken.
Das Inseratevolumen wird einen relativ kleinen Teil der Einnahmen ausmachen. Dies vor allem aus Gründen der wirtschaftlichen Unabhängigkeit.
Die im ersten Jahr anfallenden Defizite werden durch das relativ hohe Eigenkapital gedeckt. Die Sicherung des Fremdkapitals ist somit ausreichend gewährleistet.

• Budget

Die nachfolgend präsentierte Jahresrechnung enthält die für 1982 budgetierten Zahlen. Sie basieren auf den heute verfügbaren Erfahrungswerten und den Zielen, auf welche wir unsere Aufmerksamkeit ausrichten werden (Vertriebsnetz, Einzelverkauf, etc.)

4.1 (Budget) Bilanz per 31.12.82

	Aktiven	Passiven
Flüssige Mittel	150'000.—	
Transistorische Aktiven für Technik und Büroeinrichtungen	240'000.—	
Debitoren	80'000.—	
Lager/Vorräte	40'000.—	
Vertriebseinrichtungen/Fahrzeuge	30'000.—	
Büroeinrichtungen/Material	20'000.—	
EDV-Software	20'000.—	
Defizit	90'000.—	
Kreditoren		20'000.—
Fremdkapital (minimal)		500'000.—
Genossenschaftskapital		150'000.—
	670'000.—	**670'000.—**

4.2 Gewinn-Verlustrechnung 1982 (Budget)

	Aufwand	Ertrag
Druckkosten	330'000.—	
Löhne/Honorare	400'000.—	
Allgem. Aufwand	200'000.—	
Projektkosten	20'000.—	
Zinskosten	20'000.—	
Abschreibungen	10'000.—	
Abonnenten (6000)		450'000.—
Einzelverkäufe (5500 pro Woche)		300'000.—
Inserate		100'000.—
Spenden, Zinsen, etc.		40'000.—
Defizit		90'000.—
	980'000.—	**980'000.—**

• Finanzierung

Die Finanzierung erfolgt über das von den Genossenschaftern selbst eingebrachte Kapital (150'000.—). Gleichzeitig wird über den Weg der Fremdfinanzierung eine Anleihe von 1 Mio. Fr. aufgelegt, wovon mindestens die Hälfte gezeichnet werden muss, damit das Projekt realisiert wird

Die Thatcher-Regierung hat weder Geld noch Verständnis für soziale Randgruppen

Engelland ist abgebrannt

Von David Fritz

Strassenkämpfe in Brixton, London. Junge Arbeitslose, darunter überdurchschnittlich viele Schwarze, wehren sich gegen die Disziplinierungsversuche der britischen Polizei. Margaret Thatcher ist mit ihrer bevorzugten Methode, sozialen Konflikten zu begegnen, auf harten Widerstand gestossen. Doch so schnell gibt die Herrin der abgetakelten Kolonialmacht nicht auf – sie geht auf Konfrontationskurs, riskiert den Klassenkampf.

Am 11./12. April kam es im *Londoner Stadtteil Brixton* zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einer grösstenteils aus Schwarzen bestehenden, aufgebrachten Menge. Tags zuvor hatte die Polizei einen bei einer Messerstecherei Verletzten aufgegriffen und ihn nicht unverzüglich ins Spital eingeliefert, sondern vorher verhört, was zu heftigen Reaktionen unter den Zeugen des Vorfalls führte. Als am Nachmittag des 11. April eine Polizeipatrouille einen privaten schwarzen Taxifahrer wieder einmal einer schikanösen Kontrolle unterziehen wollte, wurde sie von umstehenden Schwarzen angegriffen. Die Unruhen dauerten die ganze Nacht, Gebäude gingen in Flammen auf, Autos wurden umgestürzt und Läden geplündert. Auf beiden Seiten gab es viele Verletzte, der Kampf wurde hemmungslos geführt.

Weit weg in London . . .

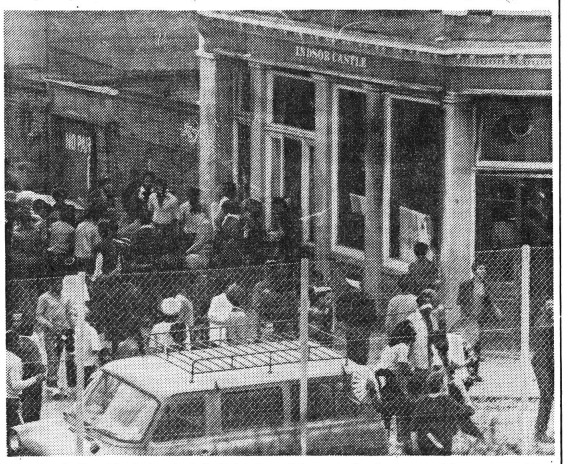
Die News aus London gaben den Schweizer Medien wieder einmal die Möglichkeit zu tiefschürfenden Analysen von Problemen, «wie sie bei uns völlig undenkbar wären». Aus der Distanz kann selbst der Korrespondentenbericht in der «NZZ» vom 14. 4. darauf hinweisen, dass die These der englischen Polizei, wonach linksextremistische Drahtzieher hinter den Ausschreitungen stünden, *«an der Problematik vorbeigeht»*. Auch die rassistischen Dimensionen des Konflikts werden gerne breit ausgeleuchtet – schliesslich haben wir keine Neger . . . Allerdings: Die Erwähnung der Tatsache, dass der britische Staat seine Randgruppen, rezessionsbedingt, nicht mehr mit materiellen Anreizen und wachstumsbedingten Hoffnungen zu integrieren vermag, würde eine Brücke schlagen zu näherliegenden Ereignissen. Das aber wissen unsere verantwortungsbewussten Medien tunlichst zu vermeiden. Ebenfalls verschwiegen oder als nebensächlich bezeichnet werden hierzulande die massiven Entwicklungen Grossbritanniens in Richtung *Polizeistaat,* in dem die nackte *Gewalt* als einziger integrativer Faktor übrigbleibt.

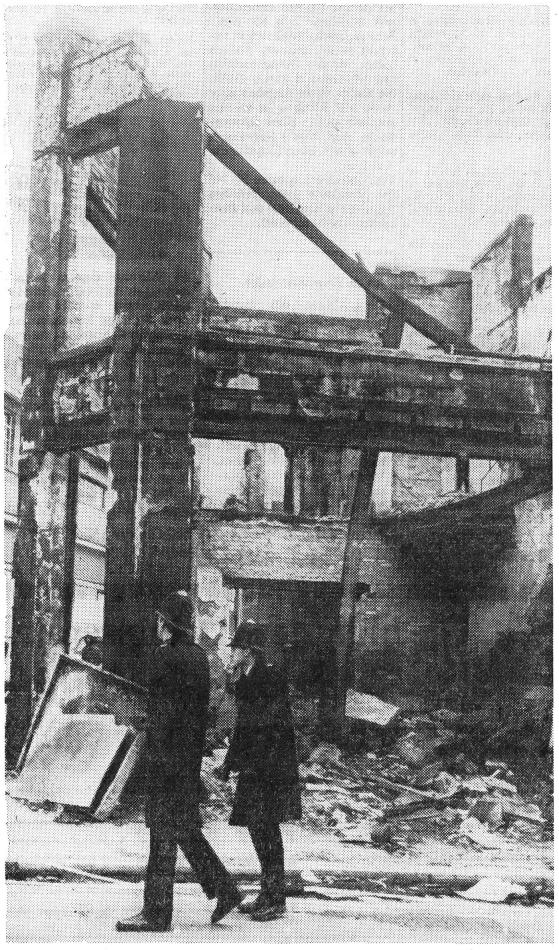
Die Neger der Nation

In dieser Krisensituation wird den betroffenen Randgruppen klar, dass sie materiell und menschlich völlig *unhaltbaren Einschränkungen* unterworfen werden.

Der kumulative Effekt von Rasse und Klasse ist sicherlich ein Grund, dass die Unruhen von Brixton, wie auch schon vor Jahresfrist in Bristol, in einem mehrheitlich *schwarzen Wohngebiet* ausbrachen. Die schwarzen Immigranten von den West Indies sind wohl am gravierendsten diesen staatlichen Eingriffen ausgesetzt. Ohne die Situation der anderen farbigen Immigranten beschönigen zu wollen, muss man doch feststellen, dass die Inder, Pakistaner und Südostasiaten erheblich bessere Voraussetzungen in bezug auf Familienstruktur und Ausbildung mitbrachten, um in England Fuss zu fassen. Ihre Fähigkeit, sich ökonomisch zu organisieren, kam ihnen nicht zuletzt auch in den Auseinandersetzungen mit der rassistischen National Front zugute. Vor allem aber vermochten sie ihre Identität und Kultur weitgehend zu bewahren. Die kulturellen und religiösen Voraussetzungen für dieses beinahe lebensnotwendige Zusammengehörigkeitsgefühl in der Fremde fehlen bei den Schwarzen. Sogar ihre Musik ist ihnen durch den Kommerz entzogen worden. Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Wohnungsmarkt sind eindeutig die *schlechtesten.*

Als der Wirtschaftsboom in Grossbritannien in den fünfziger und sechziger Jahren eine grosse Anzahl von Arbeitskräften erforderlich machte, war der damals schon heruntergekommene Stadtteil Brixton gerade gut genug für die Immigranten aus der Karibik. Miserable Wohnverhältnisse und schlechte Schulen prägten von Beginn weg das Leben in ihrer neuen Heimat. Doch während sich die Immigranten zunächst noch dem Traum einer möglichen Rückkehr in ihre alte Heimat hingeben konnten, kann die zweite Generation nur noch mit Ohnmacht ihre Entwurzelung, ihre Hoffnungslosigkeit konstatieren: Gefühle, die durch ihre Funktionslosigkeit in der Gesellschaft nur noch akzentuiert werden. Die Arbeitslosigkeit entspricht in Brixton dem Doppelten des nationalen Durchschnitts, von 10 Prozent unter den jungen Schwarzen kommt sie der 50-Prozent-Grenze schon bedrohlich nahe.





Der Sparfimmel der «iron lady»

Die geradezu zynisch anmutende Politik der letzten Jahre von *Mrs. Thatcher* hat erheblich zur Verschärfung der Problematik beigetragen. Die *rigorosen Sparmassnahmen* haben nicht nur die bereits erwähnte Arbeitslosigkeit zur Folge, sondern auch die Einschränkung wesentlicher sozialer Dienstleistungen. Betroffen sind Erziehungs- und Gesundheitswesen, der staatliche Wohnungsbau und viele grössere und kleinere Projekte zur Unterstützung der sozial Schwächsten.

Wie viele andere Labour-kontrollierte Lokalbehörden hat auch der Lambeth Council, dem Brixton unterstellt ist, aus Protest gegen diese unmögliche Politik das sogenannte *«overspending»* praktiziert, das heisst, dass er in verschiedenen, ihm absolut notwendig erscheinenden Bereichen eine Kürzung der Ausgaben, wie sie von der Regierung vorgeschrieben war, verweigerte. Doch allzulange vermag keine der Lokalbehörden dieses «overspending» aufrechtzuerhalten. Kühl werden sie von der «iron lady» belehrt, dass sie nun selbst für ihre verantwortungsvolle Ausgabenpolitik geradezustehen hätten.

Engländer 1., 2. und 3. Klasse

Obwohl die Schwarzen von dieser Politik am meisten betroffen sind, ist sie keineswegs direkter Ausdruck von Mrs. Thatchers Rassismus. Die soziale *Verantwortungslosigkeit* ist vielmehr ihrem *Klassendenken* zuzuschreiben, welches selbst unter Mitgliedern ihrer Regierungsmannschaft schon verschiedentlich Anlass zu Kopfschütteln gegeben hat (wenn auch nicht viel mehr!).

Ihr durchaus vorhandener *Rassismus* kommt auf einer anderen Ebene zum Tragen. Nebst rassistischen Äusserungen schon vor ihrer Wahl hat Mrs. Thatcher mit der *Nationality Act* eine Gesetzesvorlage vor das Parlament gebracht, welche die Gefühle der farbigen Bevölkerung massiv verletzt. Die Aufteilung der britischen Staatsbürgerschaft in drei Klassen mit verschiedenen Aufenthaltsrechten ist dazu bestimmt, den farbigen Bevölkerungsanteil besser zu kontrollieren. Zwar wird mit Recht darauf hingewiesen, dass auch weisse Auslandbriten von der neuen Regelung betroffen sind und dass die Position der bereits ansässigen Staatsbürger nicht tangiert wird. Doch darf man die psychologischen Auswirkungen dieses Gewaltakts gegen «nonwhite British people» keineswegs unterschätzen. Die empfindliche Reaktion auf eine *Volkszählung,* deren Fragen Rückschlüsse auf die Rasse zuliessen, illustriert die gespannte Situation: Das entsprechende Formular musste auf Proteste hin neu konzipiert werden. Doch auch in scheinbar trivialeren Bereichen haben die Schwarzen, gelinde gesagt, Taktlosigkeiten erfahren müssen. Während die Premierministerin und auch die Queen auf das Grossfeuer in einer Dubliner Diskothek mit Beileidstelegrammen reagierten, löste der Tod von 13 schwarzen Teenagern in einem Feuer, das während einer Party an der Londoner New Cross Road ausbrach, keinerlei Reaktionen dieser Art aus.

Regierungsgewalt

Sicherlich hat die *National Front* schon lange dazu beigetragen, dass der Rassismus in England offen ausbrechen konnte, auch wenn sie nicht gerade einen Massenzulauf zu verzeichnen hat. Aber auch die *Gewerkschaften* waren oft nur zögernd bereit, sich für am Arbeitsplatz diskriminierte Farbige einzusetzen. Die Beziehung zwischen der weissen und der schwarzen Bevölkerung Brixtons ist wohl seit je nicht herzlich und ungetrübt, doch verstand man es, nach übereinstimmenden Aussagen beider Seiten, *nebeneinander zu leben.* Doch mit der Politik der konservativen Regierung hat sich der soziale Druck wesentlich erhöht. *Diskriminierende Praktiken* häufen sich, sie werden damit sozusagen offiziell.

Solche Vorausetzungen treiben die vielen jungen Arbeitslosen, und nicht nur die schwarzen, in eine verzweifelte Situation, in der sie nichts, aber auch gar nichts mehr zu verlieren haben. Eine Entwicklung, die der Regierung nicht verborgen bleiben kann. Doch ihre Politik kennt nur einen Weg, dieser Gefahr zu begegnen: *Gewalt.* Anders kann man den Einsatz der Polizei, beispielsweise in Brixton, während der letzten Jahre nicht bezeichnen.

Die *Kriminalitätsrate* lag und liegt in Brixton weit höher als in irgendeinem anderen Stadtteil Londons. Überfälle, Drogenhandel, Hehlerei und Zuhälterei sind an der Tagesordnung. Für über 80 Prozent dieser Fälle werden junge Schwarze verantwortlich gemacht. Eine Polizeistudie, die besagt, dass nur 4 Prozent aller Schwarzen in Brixton eigentliche «Kriminelle» sind, ist bis heute offiziell nicht veröffentlicht worden. Wie könnte man sonst rechtfertigen, dass in Brixton jeder Schwarze von der Polizei prinzipiell als Verdächtiger betrachtet und entsprechend behandelt wird? Die Geschichte vom 15jährigen Jungen, der von seiner Mutter losgeschickt worden war, um «fish and chips» zu kaufen, unterwegs von zwei Polizisten in Zivil angehalten und durchsucht und wegen des wenigen Geldes, das ihm seine Mutter mitgegeben hatte, gründlich befragt wurde – für einen Schwarzen in Brixton ist das «every day's life», Alltagstrott.

In den letzten Jahren ist immer öfter die *SPG (Special Patrol Group)* eingefahren, eine Eliteformation der englischen Polizei, vornehmlich als Anti-Teror-Kampfgruppe aufgebaut. Aggressive jüngere Polizisten tun da alles, um ihrer berüchtigten Reputation gerecht zu werden. Der weitverbreitete Rassismus begünstigt die harte Einsatzdoktrin der Polizeiführung.

Der sporadische Einsatz der Special Group hat die Kriminalitätsrate jeweils auf die Hälfte und weniger zurückgehen lassen. Nach ihrem Abzug jedoch schnellten die entsprechenden Zahlen wieder auf ihren alten Stand . . .

Geradezu einen Höhepunkt dieser Gewaltakte bildete die *Operation «Swamp' 81»* die am Montag, 6. April, ihren Anfang nahm. In dieser Operation wurden über 150 sonst uniformierte Polizisten des Distrikts in Zivilkleider gesteckt und für eine Woche ins Zentrum von Brixton abgeordnet. In den ersten zwei Tagen wurden Tausende von Leuten kontrolliert und über 100 verhaftet.

Darum geht es: Die ständige Präsenz von Polizei – und sei es nur, dass sie allzeit bereit in ihren Einsatzwagen sitzt – soll eine *Atmosphäre* schaffen, in der auch dem Hinterletzten klar wird, wer da das Leben beherrscht. ●

Die «iron lady» bleibt kalt, wenn Brixton brennt

Das andere Zürich

Selbst für Leute, die in den letzten Monaten die Gelegenheit hatten, die Zürcher Polizei näher kennenzulernen, muss es äusserst schwierig sein, zu ermessen, wie sehr Angst und Hass in den Schwarzen von Brixton gewütet haben müssen.

Die Ereignisse wurden in der Tagespresse ausführlich beschrieben, die Tragik und Unausweichlichkeit der Vorfälle gebührend gewürdigt. Dass die Polizei einmal mehr alle Regeln des Rechtsstaats missachtete, ohne Hausdurchsuchungsbefehle in Häuser eindrang und deren Bewohner zusammenschlug, dass Polizisten in Zivil mit polizeiunüblichen Waffen wie Ketten und massiven Holzknüppeln unbehindert wirken konnten, blieb unerwähnt. Lobend wurde hingegen hervorgehoben, dass die Polizei nicht im Kampfanzug auftrat und weder Gummigeschosse noch Tränengas verwendete.

Vage Anzeichen dafür, dass die Schwarzen von Brixton – und nicht nur dort – erkannt haben, dass es zur Resignation eine Alternative gibt. Schwarze Hoffnungslosigkeit jedoch, was die andere Seite betrifft. Wie schon nach Bristol vor Jahresfrist werden eine Unmenge Studien die Problematik ausleuchten, ohne dass etwas Konkretes geschieht. Bereits sind der Lokalbehörde von Brixton zusätzliche Mittel zum Wiederaufbau versagt worden. Für Mrs. Thatcher gibt es für die Krawalle ohnehin überhaupt keine Entschuldigung, wie sie in einer ersten Stellungnahme klar betonte. Die «eiserne Lady» ist bereit, für die Durchsetzung ihrer Überzeugung über Leichen zu gehen. Schwarze Leichen kann sie vermutlich politisch noch verkraften, doch in Brixton haben bereits Weisse auf seiten der Schwarzen mitgekämpft . . .

David Fritz

Brasilien:

Am Schweizerischen Bankgeheimnis rüttelt niemand ungestraft

Von Kurt Madörin

Am 15. Januar dieses Jahres wurden in Sao Paulo zwei Direktoren und der Herausgeber der brasilianischen oppositionellen Zeitung *«Hora do Povo»* wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Anklage: Ehrverletzung von Regierungsmitgliedern und Verbreitung von Informationen, die die Bevölkerung gegen diese Autoritäten einnehmen könnte. Die Straftat: Die Zeitung hatte im letzten Jahr eine Liste von Persönlichkeiten publiziert, die in der Schweiz ein geheimes Nummernkonto unterhalten. Das Dokument, das verschiedene Persönlichkeiten, u. a. auch Parlamentariern des oppositionellen PMDB, zugespielt worden war, beginnt mit den Worten: «Aufstellung von brasilianischen Persönlichkeiten, die, nach den Angaben des CIA aufgrund seiner Kontakte zu schweizerischen Quellen, Bankkonten in der Schweiz haben. Es handelt sich um 152 Inhaber solcher Konten, und die Höhe des dort deponierten Geldes beträge ungefähr 14 Mrd. Dollar.» Die Liste umfasst illustre Namen wie diejenigen der Ex-Präsidenten *Emilio Medici* und *Ernesto Geisel,* der Ex-Minister *Couto e Silva* und *Simonsen* oder des Gouverneurs von Sao Paulo, *Maluf.*

Mit dem Wachstum des Aussenhandels – zwischen 1964 und 1980 stieg dieser um das 17fache an – ergeben sich auch immer mehr Möglichkeiten, Devisen unkontrolliert ins Ausland, z. B. auf die anonymen Nummernkonten der Schweizer Banken, zu verschieben. Gängige Mittel dazu sind neben den «Gratifikationen» bei Geschäftsabschlüssen die immer mehr ins Gewicht fallenden Überfakturierungen von Importen resp. Unterfakturierungen von Exporten.

Eine Extraausgabe der Nummer über die Konten in der Schweiz wurde vom Justizministerium beschlagnahmt. Vier freiwillige Verkäufer wurden von der Geheimpolizei DOPS verhaftet. Am Bankgeheimnis rüttelt eben niemand ungestraft.

Obiger Text stammt aus «Solidarität» Nr. 56/57, 1981

INFOTHEKE

Grafik: Eugen Bisig

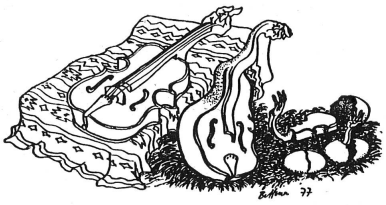
Zürich . . .

Ein anständiges Leben
Im Zürcher Kino Nord-Süd läuft zurzeit «Ett anständigt liv», ein authentischer und empfehlenswerter «Drogenfilm» von Stefan Jarl. Ab Mitte Mai im Camera in Basel.

Rote Fabrik
Do, 14. Mai – So, 17. Mai, Rock-Film-Festival, Aktionshalle.
Fr, 15. Mai, Scene am Samstag, Diskomo (No music), 20.30 h.
Sa, 16. Mai, Tangram Communications, Modern Dance, 20.30 h.
So, 17. Mai, Tangram Communications, Modern Dance, 20.30 h.
Di, 19. Mai, Ziischtigmusig i de Beiz, 20 h.
Fr, 22. Mai, Scene am Samstag, Diskomo, 20.30 h.
Sa, 23. Mai, Pekka Pohjola Group, finnischer Jazz-Rock, 20.30 h.
So, 24. Mai, «Schluckauf» der Theatergruppe des Jugendforums Kaltbrunn.
Di, 26. Mai, Ziischtigmusig i de Beiz, 20 h.
Fr, 29. Mai, Scene am Samstag, Diskomo, 20.30 h.
Fr, 29. Mai – So, 31. Mai, Erziehungsseminar zum Thema «Offene Schule», detailliertes Programm zu beziehen beim Film-In, Josefstr. 106, oder in der Roten Fabrik.
Sa, 30. Mai, Fiesta Flamenco, con Tomas de los Reys y su grupo, Flamenco aus Andalusien mit Tanz, 20.30 h.

. . . und Umgebung

«Rössli», Stäfa
Fr, 15. Mai, «A. H. V.», Folk-Gruppe aus Luzern, mit Tanz, 20.30 h.
Fr, 22. Mai, «Schröder», «Nonsens ist eine Kampfform», die Rock-Gruppe aus der BRD, 20.30 h.
Fr, 29. Mai, «Linnenzworch», Folk-Gruppe aus Süddeutschland, Volkslieder und Tänze aus vier Jahrhunderten, 20.30 h.



Zeichnungen: Bettina Truninger

So, 31. Mai, Gret Haller, Autorin des Buches «Frauen und Männer», liest und diskutiert, gratis, 10 h.

«Neuhof», Bachs
Fr, 15. Mai, Ländlerfäscht, mit «de holzbodemusik», «spüelerschmid quartett», 21 h.
Fr, 22. Mai, «hasch mahall», Rock, Blues, Funk, 21 h.
Fr, 29. Mai, Dodo + Dominique + Tanjou singen Lieder in der Wirtschaft.

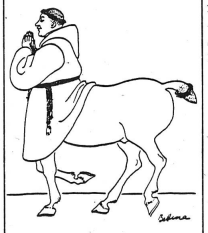
Claque, Baden
Fr, 15. Mai, und Sa, 16. Mai, «En Muurerstreik», Claque-Eigenproduktion von Peter Höner, Rest. «Roter Turm», Baden, 20.15 h.
Fr, 29. Mai, und Sa, 30. Mai, «En Muurerstreik», Rest. «Winkelried», Wettingen, 20.15 h.

Bern

Kellerkino
Kramgasse 26, jeweils 18.30 h und 20.30 h:
Mo, 18. Mai, «Die letzten Jahre der Kindheit», v. Norbert Kükelmann, BRD 1979.
Mo, 25. Mai, «Kaltgestellt», v. Bernhard Sinkel, BRD 1980.
Mo, 1. Juni, «Die Ortliebschen Frauen», v. Luc Bondy, BRD 1979/1980.
Ab 12. Mai: «Letzte Liebe», v. Ingemo Engström, mit Angela Winkler, Rüdiger Vogler, 18.30 und 20.45 h, Nachtvorstellung 23 h.

SUB-Kultur
Fr, 22. Mai, «A spoonful of blues», 20.15 h.
Fr, 29. Mai, «Sarena Duga», Folk aus dem Balkan, Hallerstr. 12, 20.15 h.

Papstbesuch
Sa, 30. Mai, nationale Demonstration gegen den Papstbesuch. Protest gegen den Absolutheitsanspruch der päpstlichen Moallehre, Besammlung 14.30 h, Bahnhofausgang Neuengasse.



Basel

Kaserne
Kulturwerkstatt Kaserne, Klybeckstr. 1b:
Do, 14. Mai, Clown = Hans Schwab, 20.30 h.
Fr, 15. Mai, Bruno Spöerri/Reto Weber-Duo, Synthesizer und Perkussion, 20.30 h.
Sa, 16. Mai, «Still, es hört sich an wie eine Explosion», Produktion der Theatergruppe «Déjà-vu», 20.30 h.
So, 17. Mai, Clown = Hans Schwab, 20.30 h.

«Zum Isaak»
Kaffihuus am Münsterplatz, Basel:
Sa, 16. Mai, Kabarett Isaak: «Stockers Lachzigerjahre», 20.15 h.
Fr, 22. Mai, bis So, 24. Mai, Figurentheater VAGABU mit «Wüsche macht selig», 20.30 h, So, 17.30 h.
Do, 28. Mai, bis Sa, 30. Mai, Volker und Pierre spielen Schmonzetten, Tänze und Strassenlieder, 20.15 h, Sa, 17 h.
Sa, 30. Mai, Kabarett Isaak: «Stockers Lachzigerjahre», 20.15 h.

SAP-Fest
23. Mai, 18 h bis 2 h in der Kaserne: Nationales Treffen der Maulwurf-Jugendkreise und der SAP. Mit Bands und Liedermachern, Filmen, Diskussionen, Infos, Strassentheater, Flohmarkt.

Sonstwo

Zug: Früeligsfäscht
15.–17. Mai am Alpenquai in Zug, jedermann/jedefrau ist eingeladen. Musik, Theater, «Äggschens», Spontaneität. Bei Regen eine Woche später.

Thurgau: Früelig
Jeweils jeden 2. Freitag um 20 h im «Löwen», Sommeri: Treffen der Moschtindianer und sonstiger kritischer, alternativer, verwegener Thurgauer.

Russikon: Vescoli
15. Mai, 20 h, Restaurant Krone: s'Podium Russikon presents Toni Vescoli.

Mi., 13. Mai, 20 h, SRG
«Gegenspieler» – eine der besten Sendefolgen des Schweizer Fernsehens – heute mit dem Titel «Krüppel und Fee» (musste ja sein im Jahr des Behinderten). Sie: Erika Liniger, Zentralsekretärin der Pro Infirmis, einer Organisation, die jährlich 22 Millionen Franken umsetzt. Er: Alex Oberholzer, Germanistikstudent, als Behinderter zur Welt gekommen und zusätzlich an Kinderlähmung erkrankt. Ein Film von Paul Riniker.

Mi., 13. Mai, 21.05 h, SRG
In der Reihe «Folklore international»: «Salsa!» Ein Film der London Weekend Television, 1980 mit der Goldenen Harfe ausgezeichnet. Er zeigt das Leben und die Volksmusik von Puertoricanern in einem New-Yorker Quartier. Salsa ist die Musik der Einwanderer aus der Karibik, aus Puerto Rico und Kuba. Die ursprünglichen Klänge sind mit Elementen aus Pop, Rock und Jazz vermischt.

Do., 14. Mai, 20.50 h, SRG
«Max Frisch, Journal I–III», eine filmische Lektüre von Frischs Erzählung «Montauk» (1974) von Richard Dindo. Als roter Faden führt «Montauk» durch den Film; die Erfahrung eines älter gewordenen Schriftstellers, auf seiner New-York-Reise eine junge Frau kennenzulernen und durch seine Erlebnisse mit ihr an die Vergangenheit und die Frauen, die darin eine wichtige Rolle gespielt haben, erinnert zu werden. Richard Dindo benutzt TV-Material, Super-8-Filme und Buchauszüge, befragt Bekannte Frischs und lässt so den bildlich praktisch abwesenden Schriftsteller immer präsent sein.

Sa., 16. Mai, 20.15 h, SRG (und leider noch anderswo)
«Wetten, dass . . .?», die Quiz-Sendung, die es geschafft hat, den Internationalen Preis für Volksverdummung und Chauvinismus (IPVC) mit weitem Vorsprung zu gewinnen. So es selbigen gäbe. Vorher auf jeden Fall eine bis zwei Flaschen Schnaps posten, um der sich unvermeidlich einstellenden Depression zu entsumpfen.

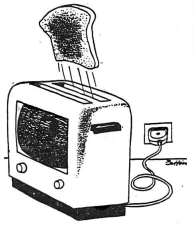
Mo., 18. Mai, 23 h, ARD
«L'une chante, l'autre pas» (wahrscheinlich wie immer wieder synchronisiert, «Die eine singt, die andere nicht») Spielfilm von Agnès Varda (1976). Zwei Frauenporträts: die Ernste, Intellektuelle, deren Mann sich umgebracht hat, und die lustige Nudel, im Theater tätig, ständig auf Draht, immer emotional da.

Mi, 20. Mai, 20 h, SRG
«Heute abend in Rothenthurm», Direktsendung über den umstrittenen Waffenplatz im Hochmoor. Das Thema wäre interessant, aber die Zusammensetzung des Heers von TV-Reportern und Realisatoren – Heidi Abel, Hans Ulrich Büschi, Hans-Ulrich Indermaur, Karl F. Schneider, Kurt Zurfluh, Walter Plüss, (für die Sicht von oben), Tobias Wyss, Werner Vetterli (für die Schiessfreudigen) – lässt seichte Ausgewogenheit befürchten.

Mi., 20. Mai, 19.50 h, Südwest 3
«Pride and prejudice» («Stolz und Vorurteil»), amerikanischer Spielfilm von 1940. Regie: Robert Z. Leonard. England im 19. Jahrhundert: Die (geistige) Enge des englischen Landadels, Gesetze und Moral. Nach dem gleichnamigen Roman von Jane Austen, die's sogar als Frau noch zu Lebzeiten zu beträchtlicher Anerkennung gebracht hat.

So., 24. Mai, 21.05 h, ARD
«Messer im Kopf», Spielfilm von Peter Schneider, mit Bruno Ganz (der welcher das Messer in den Kopf bekommen hat) und Angela Winkler (die, welche die Konsequenzen zu tragen hat). Die Überlebenschancen von kritischen Bürgern, in einem düsteren, von Polizeistrategen kontrollierten Staat (BRD).

Di., 26. Mai, 21.45 h, SRG
«Musikszene». Der Hauptbeitrag: «Carla Bley – eine Jazzfrau». Diejenigen, die sie am Zürcher Jazzfestival gesehen haben, sind ausgeflippt. Ist ja auch mal ein hübsches Bild, wenn eine Frau ihr Männerorchester herumdirigiert.



Di., 26. Mai, 21.20 h, ZDF
«Asgard: Beobachtungen unter Rockern» von Karin Storch. Die Realisatorin hat die Kieler Rokkergruppe «Asgard» und den Motorradverein von Höringhausen begleitet: Was bringt diese Leute dazu, Klubmitglieder zu werden, die «Kluft» anzuziehen und sich den strengen Regeln und der Hierarchie der «Präsidenten» zu unterziehen?

So., 31. Mai, 18.30 h, SRG
Jetzt geht's los! Väterchen Wojty fährt ein und ist die ganze Woche nicht mehr vom Bildschirm wegzukriegen. Schwule, Pillenbenützerinnen, Onanisten, Abtreiberinnen Helvetiens, vereinigt euch! – dem päpstlichen Segen zu entrinnen.

Mi., 3. Juni, 22 Uhr, SRG
Hildegard Knef, Aufzeichnung eines Konzerts in der Kongresshalle Stuttgart. Man kann es ja lächerlich finden, wenn die Dame eine schauerlich-tragische Beschreibung ihrer Krebsoperationen herausgibt (und gut verkauft) und sich kurz danach von Kopf bis Fuss faceliften lässt. Aber wenn sie «Für mich soll's rote Rosen regnen» ins Mikrophon schmelzt, ist's halt doch schauerlich schön sentimental . . .

Sa, 6. Juni, 18.50 h, SRG
Ziehung des Zahlenlottos. Nöd lugg lo gwünnt!

Jeden Tag, 19.30 h, SRG
«Tagesschau». Wer jahrzehntelang das Welttheater der Eidgenossen hat ertragen müssen, sich immer gewünscht hat, es käme mal eine(r), träte vor den wohlanständigen Sprecher, entreisse ihm das Mikrophon und schreie eine politische Parole in die Bürgerstube, und wer diesen historischen Moment am 3. Mai 1981 verpasst hat – muss wieder harren. Oder selber machen.

Ich habe genug! Gibt es einen Alternativbetrieb, wo ich als Organisatorin/Heizungs- oder Klimatechnikerin arbeiten könnte? Chiffre M 564.

Adam (34, Raum Westschweiz) **sucht seine Rippe.** Bist Du die hübsche, zärtliche, kritische und tolerante Frau, die mit mir so lachen, leben und lieben möchte, dass wir uns beide verwirklichen können? Chiffre N 565.

Linker Student (26/171) in Zürich möchte sich **in eine intelligente, hübsche Frau verlieben.** Bitte schreibe mir ein Briefchen. Chiffre L 563.

Wunsch eines hübschen 24jährigen Studenten: Mit einer netten, aufgeschlossenen Partnerin von Zeit zu Zeit **das Abstraktum «sexuelle Erotik» konkretisieren.** Chiffre K 562.

Bist Du kritisch, aufgeschlossen, und **sucht Du Zärtlichkeit?** Ich bin Student, 23 J., aus Baden, sportlich, und ich diskutiere gern. Schreib mir doch mal. Chiffre J 561.

Suche einen Partner (29–39 J.), um eine schöne Liebesbeziehung aufzubauen. Bist Du **an psychologischen und gesellschaftlichen Fragen interessiert,** dann schreib mir (Ärztin) bitte. Chiffre H 560.

Fröhl. Jungakademiker, gutauss. u. -gebaut, feinfühlig, zärtl., möchte **sich in hübsche Studentin (schlank, bis 27) verlieben.** Ich freue mich auf Dein Brieflein. Chiffre G 559.

Schöne, reife Frau sucht männliche Persönlichkeit: ca. 35, gross, selbst- u. bewusst, anspruchsvoll, lieb, zärtlich, ernsthaft, auch lustig. Chiffre F 558.

Ich suche neue Bekannte (ca. 30–40 J.). Sie sollten kritisch, konstruktiv und sozial denkend sein. Ich bin 38, w., Basel bevorzugt. Wer wagt's? Diskretion. Chiffre R 569.

Junge Frau, nach Mitte 30, Studentin (2. Bildungsweg), wünscht mit Student/Akademiker Partnerschaft **mit Zärtlichkeit und Gespräch** über Mensch und Gesellschaft. Bildzuschrift an Chiffre Q 568.

Möchtest Du, zärtlich, weltoffen u. an Fragen des menschlichen Zusammenseins interessiert, mit mir, Zürcher, Studentin, 23, **lernen, eine schöne Partnerschaft zu führen?** Chiffre O 566.

Ein neuer Mai – eine neue Liebe. Einige interessante, gebildete, selbstbewusste, weibliche Frauen mit anspruchsvollen Berufen möchten Euch, entsprechende, ungebundene Männer zw. 35 u. 40 Jahren an einem herrlich lauen Frühlingsabend **bei einer Maibowle kennenlernen.** Wenn Ihr keine Angst habt, Euer Herz zu verlieren, Euch aber freut, eines zu gewinnen, schreibt uns ein bisschen persönlich, mit Photo. Chiffre E 557.

Sehr netter und gutaussehender Lehrer (34), vielseitig interessiert, tolerant, sucht eine Frau, um eine interessante Beziehung aufzubauen. Findest Du **Gefallen an einer zärtlichen Liebesbeziehung,** an unkonventionellen Ideen, so möchte ich Dich gerne kennenlernen. Bildzuschriften an Chiffre D 556.

Junge Frau, nach Mitte 30, Studentin (2. Bildungsweg), möchte **Liebes- und Partnerbeziehung** zu Student oder Akademiker. Bildzuschrift an Chiffre C 555.

Suchst Du ebenso wie ich (25, Student) **Wärme, Verständnis und Zärtlichkeit in einer ehrlichen Beziehung?** Bist Du kritisch, ohne resigniert zu haben? Dann möchte ich Dich gerne kennenlernen. Deine Zuschrift, evtl. mit Bild, erreicht mich unter Chiffre B 554.

BE. **Ich** (Stud., m., 27) **schiesse gerne** in meiner Freizeit mit Amors Pfeilen. – Wer lässt sich treffen? Chiffre A 553.

Hexenbesen sucht ab und zu denkende bzw. **geile, kaum neurotische, gottlose Hexe** aus der Ostschweiz oder Zürich. Chiffre P 567.

Repressionsfreier Ganztages-Chindsgi (Luggwegstr. 118, 8048 Zürich) sucht ab sofort 1 Kind, Jahrg. 78. Eltern diskutieren und arbeiten mit. Tel. (01) 64 29 49, 8–17 h, Karin.

Citroën AK 400, Jg. 75, frisch vorgef., Fr. 1900.–. Tel: 01/7806316

Sie können bei uns Informationen beziehen, falls Sie einen Schwangerschaftsabbruch in Betracht ziehen müssen. Soeben haben wir die Dokumentation neu überarbeitet (Dez. 1980). Sie finden darin Angaben über Ärzte und Kliniken im In- und Ausland sowie weitere Informationen zum Thema Schwangerschaftsabbruch und Empfängnisverhütung.
Die Unterlagen können Sie bei der Redaktion gratis beziehen gegen ein adressiertes und frankiertes Antwortcouvert.

An die Kreuzworträtsler
Die Lösung des letzten Kreuzworträtsels erscheint aus Platz- und wichtigeren Gründen im Juni-«Konzept». Dann zumal gibt's auch das allerletzte «Konzept»-Kreuzworträtsel zu lösen. Allerdings mit neuen Preisen – aber auch noch grösseren Schwierigkeiten beim Lösen. Wie's dann der «WoZ» weitergeht – wir werden sehen. Vielleicht findet sich ein Löser, der zum Bastler werden möchte? Interessenten melden sich am «WoZ»-Telefon (01) 692828, oder schriftlich.

In Zürich: Gesucht **vorübergehend Zimmer od. Wohn.** (mind. 20 m²) ab sofort oder später bis Ende Sept. 81. (01) 377 28 97 (Tag), (01) 66 21 19 (abends), M. Meili.

Vermiete wegen Abwesenheit von Juni bis August 81 zentral gelegene **2-Zimmer-Wohnung in Basel.** Tel. (061) 22 92 12, abends.

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung
Gratis-Reisepartnersuche

Max. 35 Wörter (Schreibmaschine) an: das konzept, *Reis mit*, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich. (Keine kommerziellen Inserate, Chiffre-Inserate siehe Rubrik «Kontakt».)

Zu zweit lässt sich besser reisen! Suche junges Mädchen als Begleiterin für tolle **zehntägige Wanderreise in der Toscana** (Italien). Reisedatum: 25. September. Thomas Käser, Seedorfweg 2, 3053 Münchenbuchsee.

USA im Auto. Suche Reisepartner(in), Start ca. Mitte Juni, Dauer mindestens 2 Monate. Tel. (01) 363 02 68 (Marc verlangen).

Mitreisende für **USA, evtl. Australien, gesucht.** Suche aber auch gerne Anschluss an individuelle Reisen ausserhalb Europas. Zeit: Juni–August 81. Jeder Brief wird beantwortet. Sabine (21) Altaner, Im Hofakker 6, 7851 Schallbach/Lörrach (BRD).

Suche für **InterRail-Skandinavien-Trip** vom ca. 5. 7. bis 15. 8. 81 Reisepartnerin(nen). Grafikschülerin, 24 J. Christine Frei, Ulmerweg 409, 8476 Unterstammheim, Tel. (054) 9 17 84.

Wir, Ruth und René (23), planen eine Reise **mit Auto durch die USA und Kanada** so zwischen Juli und Oktober und suchen dafür Leute, die sich uns anschliessen wollen (und sei es auch nur zeitweise). Tel. (061) 41 41 92.

Ich (23, m.) suche für die Zeit vom 25. 7. bis 16. 8. eine Reisepartnerin. Entweder mit Töff, Zug oder SSR. Ziel: **Irgendwo im Süden.** Ruf mich an, am Abend bis 24.00 Uhr. Heinz, Tel. (056) 45 48 66.

Im Wirrwarr unseres Rechtsdschungels fühlen Sie sich vielleicht etwas weniger hilflos, wenn Sie einen fortschrittlichen Anwalt zu Rate und ins Vertrauen ziehen können. Deshalb haben wir eine Liste von Juristen aus den Regionen Basel, Bern, Genf, Lugano und Zürich zusammengestellt. Telefonisch geben wir Ihnen die Adressen bekannt. Ihr Recht können wir Ihnen nicht garantieren, aber mit einer ernsthaften Behandlung Ihrer Anliegen durch die Anwälte dürfen Sie rechnen.

Telefonieren Sie:
(01) 47 75 30.

Die WochenZeitung

Siehe Seiten 9 & 10

Die billigsten Kleininserate!

·Kontakt·Wohnen·Markt·

5 Zeilen nur 10 Fr., mit Chiffre 15 Fr. **Jede weitere Zeile 2 Fr.**

Talon an: das konzept, Inseratenverwaltung, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich. Betrag (10/15 Fr. plus je 2 Fr. pro zusätzliche Zeile) auf Postscheckkonto 80-36651, das konzept, *Inseratenverwaltung*, Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.**

Name und Adresse:

Das «Wiener Art Orchester» oder: Ein Schweizer macht Ernst mit der Demokratie

Musik ohne Stars und Statisten

Mathias Rüegg, Komponist und Pianist, Schweizer: wie er auszog, nach Wien, um musikalisch eine Heimat zu finden, dabei von felsigem auf steinigen Boden kam, aber doch Leute und Energie genug fand, um seine Vorstellungen von Power und Sound, von Musik und Engagement zu leben.

Du gehörst zu den zahlreichen Schweizer Künstlern, denen es hier zu eng geworden ist und die erst im Ausland Entfaltungsmöglichkeiten fanden.

Mathias Rüegg: Das Militär ist ein wesentlicher Grund, warum ich nach Wien ausgewandert bin. Ich verweigerte den Militärdienst und musste dafür sitzen. Hinzu kommt, dass ich in der Schweiz überhaupt keine Chance gehabt hätte, irgend etwas zu entwickeln. Es war für

Mit Mathias Rüegg sprach Patrick Landolt

mich sehr wichtig, in Wien auf Leute zu treffen, die die gleichen künstlerischen und damit verbundenen sozialen Schwierigkeiten hatten und die auf bessere Zeiten hofften. Hier in der Schweiz gaben mir alle das Gefühl: Du bist ein Spinner. Dadurch wirst du in die Defensive gedrängt, musst dich immer begründen und kannst überhaupt nicht mehr spielen. In Wien habe ich dann Leute getroffen, die es schafften, als Künstler zu leben: Christoph Lauer, Johannes Faber etc. Zudem gibt es da Klubs, da kannst du spielen.

Künstlerexistenz

Wovon lebst du?

Ich arbeitete öfters als Sonderschullehrer, um Geld zu verdienen. Im Sommer arbeitete ich auch mal als Magaziner in einem feuchten Keller bei einem reaktionären Gemüsehändler, von dem musste ich mir einen Sommer lang anhören, wie er gegen unsere Kultur wetterte im Stil: an die Wand stellen, erschiessen. Das hat mich ziemlich geschlissen; ich habe Rheuma und eine Paranoia aufgelesen. Das war eine widersprüchliche Zeit: Wir hatten in Wien die Festwochenaufführung mit dem Orchester, und zwei Tage später arbeitete ich versklavt in jenem feuchten Keller.

Prägen diese Erfahrungen auch deine Musik?

Ich glaube schon. Ich musste auf jeden Fall mehr kämpfen als viele andere Musiker. Ich machte dichtere Erfahrungen. Einmal hat es mich auch in die psychiatrische Klinik verheizt wegen so einer Tablettengeschichte.

Sound und Power

Du leitest das 13köpfige «Wiener Art Orchester» und schreibst auch seine Stücke. Was realisierst du musikalisch mit deinem Orchester?

Möglichst alles! Für ein Stück habe ich mal über hundert Bündner Ländler analysiert und dann einen ausgewählt. Für die Wiener Festwochen bearbeitete ich ein Stück des Grafen Lampersberg, eines ganz ausgeflippten Komponisten. Jetzt habe ich gerade eine Mingus-Nummer umkomponiert. Ich verarbeite alles, was mir gefällt. Ich hörte mal die Definition: Jazz ist, wenn du aus dem schlechtesten, sinnlosesten Material gute Musik machen kannst. Insofern ist die Vorlage nebensächlich. Von der ernsten Musik nehmen wir allerdings nur Avantgarde auf.

Ihr macht aber Avantgarde zur Anti-Avantgarde, indem ihr sie ironisiert, ihr den Ernst und die Abgeschiedenheit nehmt.

Nicht nur. Wir werden oft auf ein Parodie-Image festgenagelt, was teilweise nicht stimmt. Für mich ist es eigentlich Wurst, was man spielt; die Intensität ist der einzig messbare Faktor.

Die Grossinformationen haben in den letzten Jahren im Jazz wieder vermehrt an Attraktivität gewonnen. Woran liegt das?

Eine Zeitlang war es völlig «in», dass man solo und im Duo spielte. Der Sound des Orchesters ist eine Gegenreaktion auf diese neoromantischen Spielereien.

Mathias Rüegg Bild: Dagmar Bartik

Ich hab's schon gern, wenn es richtig losgeht. Sound und Power sind wichtig. Und das kann man natürlich mit dem Orchester besonders gut machen.

Musik und Engagement

Möchtest du mit deiner Musik etwas erreichen, etwas mitteilen?

Das ist sehr schwierig, weil dabei der Zuhörer eine wichtige Rolle spielt. Wenn ich beispielsweise wollte, dass meine Musik zum Denken anregt, und es geht jemand ins Konzert, der total abschalten will, dann werde ich ihn nicht zum Denken zwingen können. In einem kleineren Rahmen kann ich eher ein bestimmtes Engagement verwirklichen: zum Beispiel, dass meine Rolle als Dirigent, als Komponist nicht autoritär ist, dass jeder Musiker die gleiche Gage bekommt, egal, wie er heisst. Darüber hinaus kämpfe ich natürlich auch für Zustände, in denen es möglich ist, *die* Musik zu spielen, die man will, was heute überhaupt keine Selbstverständlichkeit ist. Ich meine: Dass noch nie soviel Kommerzmusik produziert worden ist wie heute, entspricht bestimmten Verhältnissen.

Was ist deine Funktion als Dirigent?

Ich gehöre einfach dazu. Die Hauptarbeit als Dirigent macht man ja beim Einproben. Bei meinen Kompositionen sind viele Sachen nur angedeutet, anderes nur zum Teil ausgeschrieben. Denn wenn die Vorlage offen ist, kann viel passieren. Es muss dann allerdings jemand dasein, der die Einsätze gibt.

Wie wirkt sich dein Verhalten auf die Musik aus?

Kritiker sprechen von einer demokratischen Big Band. Das Demokratische ist dabei das Verhältnis von Improvisation und Komposition. Jeder ist Solist. Dabei ist es egal, ob er besser oder weniger gut spielt, ob er jünger oder älter ist. Alle haben etwas zu tun. Es gibt keine Statisten.

Weg vom Kommerz und Beamtentum

Was unterscheidet eure Musik von der Musik eines Unterhaltungsmusik-Orchesters?

Erstens sind bei uns rein technisch gesehen bessere Musiker. Wir haben auch keine Beamten bei uns wie bei einem Radioorchester. Als Beamter kannst du einfach keine Musik machen. In der Kunst geht es letztlich darum, wie man spielt, um die Feinheiten und Sensibilitäten, um Sorge und Liebe.

Das «Wiener Art Orchester» in Concert Bild: Evelyn Tambour

Wie sieht das konkret aus?

Wir spielen keine Kommerzmusik. Uns geht es um die Musik und nicht hauptsächlich ums Geld. Kommerzmusik ist eine Musik, die man so hören kann, dass sie nicht stört. Bei uns passiert dauernd etwas. Das geht soweit, dass die Musiker sich untereinander Zeichen geben müssen und so selber bestimmen, wenn sie einsetzen wollen. Es gibt ein interessantes Kriterium für Unterhaltungsmusik, wonach sich die Radiostationen zu richten scheinen: Kann man diese Musik beim Autobahnfahren mit einer Geschwindigkeit von 110 km noch verkraften, oder beansprucht sie den Fahrer so, dass die Gefahr zu einem Unfall besteht? Na gut, wenn die Leute schon den ganzen Tag so vertrottelt werden, ist auch nicht zu verlangen, dass sie noch die Fähigkeit haben, sich kreativ zu unterhalten. Es ist ja interessant, wo auf den Bürger Rücksicht genommen wird: Nirgends so stark wie beim Rundfunk. Wird ein Haus abgerissen oder eine Autobahn gebaut, dann können Tausende von empörten Bürgern protestieren: keine Wirkung. Bei einer Radio- oder Fernsehsendung braucht's zehn geharnischte Äusserungen, und es gibt unter Umständen einen Staatsskandel. Das heisst: Fernsehen und Rundfunk sind peinlich bemüht, dem einzelnen Bürger in seinem oft primitiven kulturellen Anspruch gerecht zu werden.

Finanzen? – fuck it

Das «Wiener Art Orchester» ist momentan in Europa wohl eine der bekanntesten und aktuellsten Grossformationen. Wie ist eure finanzielle Situation?

Schlecht! Das Orchester steht nur, weil ich alles selber mache: Organisation, Planung, Finanzen usw. Ich habe sehr viel investiert.

Kommt das wieder zurück?

Ja, ideell zumindest. Ein Jazzmusiker muss international ziemlich bekannt sein, um nur sein Existenzminimum zu verdienen. Das ist weder im Rock noch in der klassischen Musik so. Das wirkt sich auf viele Jazzmusiker aus. Resignation und Frustration sind verbreitet. Viele Jazzer sind totale Alkoholiker und desinteressierte Typen, die nur noch sagen: Yeah man, fuck it, shit. Viele Jazzmusiker hauen alles in sich hinein, was es gibt. In Wien ist das ganz extrem.

Und trotzdem ist dort die Szene besser als hier?

Ja. Es gibt mehr Klubs und mehr öffentliche Unterstützung. Aber paradiesisch ist es auch nicht. Ich lebe gern in Wien, weil man spürt, dass diese Stadt eine grosse Vergangenheit hat. ●

Tradition instandbesetzen: «Jessas na!»

Jazz-Big-Bands haben eine lange Tradition. Die Swing-Big-Band machte die 30er Jahre zur grossen Zeit der Big Bands. In den letzten 20 Jahren war jedoch öfters das Gefühl da, dass die traditionelle Big-Band-Besetzung ausgedient habe. Zusehr besassen die Klänge der Grossformationen den Beigeschmack von Radioorchester und seichter Unterhaltungsmusik. In den letzten Jahren entstanden Jazz-Grossformationen mit neuen Dimensionen: Big Bands, die sich musikalisch neu organisierten, die auch Satire, Theater und musikkritische Momente einbeziehen. So das *«Willem Breuker Kollektiv»* aus Holland, die *«Carla Bley Band»*, das *«Frankfurter Linksradikale Blasorchester»* oder Schlippenbachs *«Globe Unity Orchestra»*. Im Sommer 80 machte dann das *«Wiener Art Orchester»* mit seinem Musikspektakel, originellen Kompositionen und hervorragenden Solisten wie Herbert Joos oder Lauren Newton in Europa Furore.

Mit reichhaltigem musikalischem Material versucht Mathias Rüegg die Klangmöglichkeiten des dreizehnköpfigen «Wiener Art Orchesters» auszuschöpfen. Zwischen collageartig gereihten Bebop-, Swing- und Dixieland-Themen kommt zwischendurch ein Tango, oder es ertönen Polkaklänge. Mit einem Lachen auf den Stockzähnen werden vertraute Phrasen aus der Tradition zitiert, lustvoll und respektlos durch wilde Temposteigerungen und durch den geballten Sound des Orchesters zu einer turbulenten Raserei gebracht und durchsetzt mit chaotischen Free-Jazz-Ausdrücken, kollektiv improvisiert – und alles schliesslich kurzerhand wieder abgebrochen. Dabei macht der Zuhörer die Erfahrung, dass schwierige Musik, kompliziert für Blasersätze arrangiert und pefekt gespielt, lustig sein kann.

Mathias Rüegg will, dass seine Konzerte Happenings sind. Die Anweisungen, mit denen er die etwa 80seitige Partitur zur vorjährigen Tournee versah, sind immer auch Anweisungen zum parodistischen Fest: «Sonnenbrille aufsetzen, Blues einzählen». Ottl spielt Dixiesolo über «O Tannenbaum», Josef liest aus dem Fahrplan der Steiermark, und die anderen lassen unterdessen ein Feuerwerk los. Die Bläser sitzen auf den Bäumen, hinter den Bäumen oder auf dem Dach. . . » Auch mit Worten oder geistreichen Titeln wird die Musik satirisch begleitet. Der Titel der ersten Platte des Orchesters nimmt denn auch gleich den Aufschrei eines Spiessbürgers über das anarchistische Spektakel vorweg: «Jessas na!»

Das «Wiener Art Orchester» in der Schweiz

Das «Wiener Art Orchester» des emigrierten Schweizer Komponisten und Pianisten Mathias Rüegg ist momentan eine der interessantesten Grossformationen im Jazz. Im Juni kommt das «Wiener Art Orchester» zu einer Europatournee zusammen und spielt am 13. Juni in Luzern, am 14. Juni in Langenthal und am 17. Juni in Thalwil. In den nächsten Tagen erscheint ihr am Zürcher Festival 80 mitgeschnittene Langspielplatte «Concerto Piccolo».

·TIP·TIP·TIP·

Mai-Jazz-Wochen

Die Eröffnung der Musikrestaurants «Bazilus» und «Limmatquai 82» und die damit erfolgte quantitative Vergrösserung des Angebots an Jazz-Anlässen in Zürich hat anderen Organisationen trotz differierenden Musikauffassungen und Programmkonzeptionen den Mumm genommen, weiterhin Konzerte zu organisieren. Die Kulturorganisation *«Musig am Määnig»* des Verbands der Studierenden der Uni (VSU), will jedoch wieder wie früher ihre Tätigkeit aufnehmen. Ihre Gründe: *«Weil es vor allem im Bereich des neuen Jazz Gruppen gibt, die eher für den Konzertsaal als für die Musikbeiz geeignet sind, weil auch die doch imposante Aufmachung des Zürcher Jazz-Festivals nicht für jedermann Alternative sein kann . . .»* Ihr Bemühen, den Jazz soweit wie möglich vom kommerziellen Verwertungsprozess fernzuhalten, kommt den Zuschauern auch durch die günstigen Eintrittspreise zugute (10/15 Fr.). Auf dem Programm für die Mai-Festwochen stehen vier Anlässe: am 11. Mai «Codona» (Don Cherry, Collin Walcott, Nana Vasconcelos) mit ihrer akustischen, universal-kulturellen Folk-Musik; aus der deutschen Free-Scene am 18. Mai das «Bergisch-Brandenburgische Quartett» mit Rüdiger Carl; am 25. Mai das Chicagoer Avantgarde-Trio «Air»; als Schlusskonzert am 1. Juni der Solopianist Jaki Byard und das «Dave Burell Trio».

Punk-Jazz in Moers und Zürich

Im Mittelpunkt des diesjährigen Pfingst-Open-air-Festivals in Moers bei Duisburg (6.–8. Juni) steht Punk-Jazz oder No Wave. Es spielen: die Anti-Reagan-Polit-Punk-Jazzer «Luther Thomas & Dizzazz», «Ornette Colman Prime Time» und «Ronald Shannon Jackson & The Decoding Society». Anschliessend ans Moers-Festival wird der Drummer Shannon Jackson mit den beiden Saxophonisten Lee Rozie, Byard Lancaster, den E-Bassisten Bruce Jonson, Vernon Reid und dem Gitarristen Melvin Gibbs in der Roten Fabrik in Zürich seine No Wave vorstellen (Freitag, 12. Juni).

Für Sänger . . .

Der *Chor von Kultur und Volk* befindet sich soeben in der Anfangsphase der Einübung einer neuen Kantate. Text und Musik sind im Entstehen begriffen. Es geht um Erfahrungen, Reaktionen etc. rund um die Bewegig. Wer mitsingen will, soll das jetzt tun; wenn die Proben begonnen haben, wird es zu spät sein. Jetzt kann man auch noch Einfluss auf Musik und Text ausüben. In diesem Chor singt der/die Sänger(in) nur, was ihm/ihr via Bauch in den Kopf einfährt, was wiederum durch den Sängerbauch in den Zuhörerbauch und schliesslich in den Zuhörerkopf gelangt. Wer Lust, Bauch und Kopf hat, erreicht den Chor von Kultur und Volk über Postfach 2692, 8023 Zürich, oder über Martin Zogg, Tel. 53 32 88.

. . . und Lyriker

Nepomuk Müller, bewegter Junglyriker, sammelt Gedichte aus/für/über die Bewegung, die Unzufriedenheit, das Packeis etc. Er will möglicherweise später einmal eine Bewegungs-Lyriksammlung herausgeben. Wenn Du ein Gedicht geschrieben hast oder schreiben willst, sende es an folgende Adresse: Nepumuk Müller (Abt. Lyrik), Redaktion das konzept, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

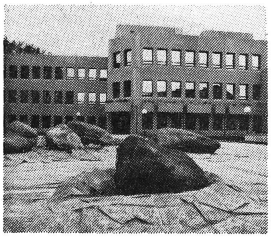
Katastrophenarchitektur

Gespielte Elemente

An die dekorativen Felsblöcke vor den durchgeometrisierten Glas- und Betonkomplexen staatlicher und privater Verwaltungen hat man sich mittlerweile gewöhnt. (Stein, du musst zu Beton werden.) Doch beim neuen Vita-Gebäude in Zürich-Wiedikon blieb es nicht beim blossen Plazieren von «Naturmonumenten» in die sterile Architekturwelt: Aus den beim Aushub zutage geförderten erratischen Blöcken arrangierte ein beglückter Künstler das «Spiel der Elemente», wie auf einer Erklärungstafel zu lesen ist.

Die derart ins Spiel gebrachten Felsbrocken sind in Vorplatz und Treppe des Gebäudes eingefügt, als wären sie soeben vom Himmel gestürzt und ohne Veränderung liegengeblieben. Unter den Blöcken und um sie herum sind die sonst topfebenen und lückenlos aneinandergereihten Bodenplatten zersplittert und dann in dieser aufgeworfenen Form festzementiert worden. An einer Stelle «traf» einer dieser Eiszeit-Meteore gar die Treppenmauer. Die Geländerstange ist durch den Block zu Boden gedrückt, der Beton abgebröckelt, die Eisenverstrebungen kommen zum Vorschein.

Krönung des Arrangements ist jedoch der Brunnen. Dort ging eine ganze Salve von Meteoriten nieder. Die aufgesplitterten Bodenplatten bilden den Brunnenrand, aus welchem von verschiedenen

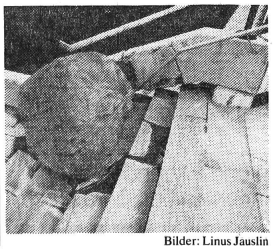


Quellen Wasser spritzt. Im Brunnen versenkt befindet sich ein weiterer Brocken, auf einen hydraulischen Heber montiert, welcher ihn etwa einen Meter über die Wasseroberfläche hieven und danach in den Brunnen zurückfallen lassen kann. Hinter diesem «elementaren Geschehen» erhebt sich – kaum erwähnenswert – die intakte Beton-Glas-Fassade des Bürogebäudes.

Eindrücklich das Ganze. «Ein Mahnmal», meinte eine Fernsehkommentatorin in der Kultursendung «Schauplatz». Vielleicht eine neue Kunstform? Die «Mahnkunst», die apokalyptische Katastrophenkunst macht Schluss mit Gärten und Grünanlagen, Bäumen und Pflanzen. Natur kann für moderne Städte nur noch Katastrophe sein. Höhepunkt moderner Architektur wird deshalb die Simulation der Katastrophe, integriert und einbetoniert ins Endzeitbauwerk. Ohne Mollis, Pflastersteine oder gar Bomben – die Ruine, die aus der Retorte kommt.

(Bezeichnend, dass eine Versicherung dieser Kunst zum Durchbruch verhilft. Versicherungen leben von Katastrophen, grossen und kleinen. Sie sind die Institutionen der stürzenden Steine, der zerquetschten Autos, der brennenden Häuser, des flutenden Wassers – des Todes.)

Es ist an der Zeit, energisch die sofortige Öffnung der Friedhöfe zu fordern und die Endlagerung der Menschheit neu zu überdenken. *Lotus Andretti*



Bilder: Linus Jauslin

An- und Verkauf von Occasions-LPs
Studenten 10% Rabatt

ENGLISCH LERNEN? JA!

Southbourne School of English (SSE)
Bournemouth

English Language Summer Schools (ELSS)
Bournemouth, Cambridge, Poole, Dorchester, Torquay

Sekretariat SSE ELSS
Mattenenge 2
3011 Bern

«Wer ab Oktober 1981 weiterhin eine Zeitung à la «konzept» will, muss auf die neue ‹WochenZeitung› umsteigen.»

Jürg Frischknecht in «Klartext» 3/81

NEU

ROBERT DINKEL
ATEM FREMDER LEUTE
ROMAN

LIMMAT VERLAG
176 S., 25.-

Martial Leiter
Festgenagelt
Politische Zeichnungen 1976–1980

Limmat Verlag
186 S., 25.-

Fritz Brupbacher
60 Jahre Ketzer
Selbstbiographie

«Ich log so wenig als möglich»

Limmat Verlag
376 S., ca. 25.-

Damit* Sie 30% günstiger...

...zur grössten Wochenzeitung der Schweiz kommen. Und zu einem farbigen Wochen-Magazin von internationalem Format.

*Damit C3.132.1
abonniere ich DIE WELTWOCHE mit dem Farbmagazin «Plus» für 1 Jahr. Den Abonnementsbetrag von Fr. 47.95 (statt Fr. 68.50) begleiche ich nach Erhalt ihrer Einzahlkarte.

Name/Vorname:
Strasse:
PLZ/Ort:
Ich bin Student an folgender Lehranstalt:

Ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:
DIE WELTWOCHE, Abonnentendienst, Postfach, 8021 Zürich

Svenda Merian:
Der Tod des Märchenprinzen.
350 S., Buntbuch-Verlag, 28 Fr.
Ein Roman über die Unterdrückung der Frau, der provozieren will, der aber auch zum Lachen reizt, Verwirrung stiftet und zum Nachdenken anregt. «Ich möchte mit Männern leben, lieben und lachen, genauso wie mit Frauen. Aber der Märchenprinz ist tot . . .»

Maria Erlenberger:
Singende Erde.
Ein utopischer Roman.
Ca. 640 S., Rowohlt-Verlag, 34 Fr.

Wir sind in einer nahen Zukunft. Die Zivilisation ist zusammengebrochen. Was tun die Menschen, was denken sie? - Maria Erlenberger bannt in diesem utopischen Roman mit ihrem visionären Realismus die abenteuerlichen Stationen ihrer Wanderung. «Singende Erde» ist der Roman einer Welt, in der die Zwänge unseres alltäglichen Daseins fortfallen.

GLOBAL 2000.
Der Bericht an den Präsidenten.
1438 Seiten, Verlag 2001, 28.60 Fr.
Am 23. Mai 1977 gab der amerikanische Expräsident Carter dem Kongress in einer Botschaft die Direktive zur Erarbeitung einer umfassenden Studie über die Umweltproblematik. Das Resultat dieser Arbeit liegt, wenige Wochen nach Erscheinen der amerikanischen Ausgabe, hier in deutscher Sprache zu einem sensationellen Preis vor. Politisch unverdächtige Wissenschaftler beschreiben eine Welt am Rande der Apokalypse, eine Welt, die geplündert wird: Ressourcenschwund und Kumulation des Abfalls, ökologische Kreisläufe, die am Kippen sind. Extrapolationen anhand von div. Modellen zeigen Mensch und Umwelt bis ins Jahr 2000.

Eine Stadt in Bewegung.
Materialien zu den Zürcher Unruhen.
Hrsg. von Max Schmid und der SPZ, 270 S., SPZ, 14.80 Fr.
Dieses Buch stellt umfassend die Ereignisse seit Ende Mai 1980 bis und mit 31. Dezember dar. Der Text wird ergänzt mit Photos, Illustrationen, Dokumenten und Flugblättern und ist in drei Abschnitte unterteilt: 1. «Eine Stadt kommt in Bewegung»; 2. «Die 68 Tage der Autonomie»; 3. «. . . und sie bewegt sich doch». In zwei Anhängen wird zudem die juristische Seite («Von der Strasse ins Gefängnis») aus der Sicht von Strafverteidigern erläutert und die «Leidensgeschichte des Zürcher Jugendhauses» seit 1945 erstmals lückenlos zusammengefasst.

Wir informieren Sie jeden Monat über neue Bücher. Verlangen Sie unsere **INFORMATION FÜR MORGEN**
GENOSSENSCHAFT BUCH 2000, Versandbuchhandlung, Postfach 36, 8910 Affoltern a. A., Tel. (01) 761 75 85.

Die Studentische Wohngenossenschaft sucht eine(n)

Liegenschaftenbetreuer(in)

Falls Du Dich für studentische Wohnprobleme interessierst und am selbständigen Arbeiten Freude hast, so melde Dich bei der WOKO.

Deine Aufgaben umfassen:
den Besuch von ca. 12 Häusern, die Dir anvertraut sind. Dies ca. zweimal pro Monat, damit Du allfällige Reparaturen wie tropfende Wasserhahnen, streikende Waschmaschinen u. ä. veranlassen kannst.

Darüber hinaus sollst Du Dich zumeist abends um die Mieter kümmern und auftretende Probleme mit den Vermietern und Behörden in der Bürozeit klären.

Du arbeitest in einem Team, das sich der studentischen Wohnprobleme annimmt und sich auch mit den nötigen verwaltungstechnischen Aufgaben auseinandersetzt.

Wenn möglich solltst Du bereits Erfahrungen als WG-Mitglied haben, weiter genügend Zeit (ca. 50 Std. pro Monat) und Dich für mindestens zwei Jahre für die WOKO verpflichten können.

Dafür bieten wir Dir einen Lohn von ca. 900 Fr./Monat, freie Arbeitszeit und eine WOKO-Bude (nach freier Wahl, jedoch gegen Bezahlung).

Deine schriftliche Bewerbung erreicht uns bis spätestens 11. 5. 81 an der Leonhardstrasse 15, 8001 Zürich.

Die WochenZeitung

Siehe Seiten 9 und 10

Städtereisen
Auffahrt/Pfingsten

Istanbul
Lass dich von der einzigartigen Atmosphäre Istanbuls verzaubern: vom 28.5.-1.6. (Auffahrt). Linienflug, Transfers, 4 Uebernachtungen in Doppelzimmern mit Frühstück, SSR-Reiseleiter, Fr. 610.-

Amsterdam
Die Stadt, wo sich Abenteuerlustige aus aller Welt ihr Stelldichein geben. Du auch? z.B. an Auffahrt vom 27.5. - 1.6. oder an Pfingsten vom 5. - 9.6. Fr. 345.- - 400.- für Bahnfahrt, Uebernachtungen in Zwei- oder Mehrbettzimmern mit Frühstück, Transfers und SSR-Reiseleiter.

Du kannst mit dem SSR aber auch nach Berlin, Paris, Florenz, Rom oder Venedig reisen.

SSR-Reisen
Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern, St. Gallen, Zürich
Telefonverkauf 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.

Studienreform an der Basis

Mehr Tutorate!

Der Mensch behält nur 20 Prozent von dem, was er gehört hat, im Kopf, hingegen 70 Prozent von dem, was er selbst formuliert hat. So zumindest lauten die einschlägigen lerntechnischen Erfahrungswerte. Deutlichste Form für die passive Wissensvermittlung ist die Vorlesung, die als permanenter Frontalangriff auf den Studenten daherkommt. Im Tutorat kann und soll jeder zu Wort kommen. Bei einer aktiven Teilnahme ist einem Tutoratsteilnehmer also ein höherer Lernerfolg beschieden als einem Vorlesungshörer.

In Massenvorlesungen und überfüllten Seminarien ist der Student völlig auf sich gestellt bei der Aneignung und beginnenden Verarbeitung des Gehörten. Möglichkeiten zu Rückfragen und gegenseitiger Hilfe fehlen fast gänzlich. Das gemeinsame Gespräch in einer Tutoratsgruppe hingegen ist auf *Feedback* angewiesen und fördert dadurch bei allen Teilnehmern den Prozess der *Wissensverarbeitung.* Tutorate lassen Raum zu eigenständigem Denken und Arbeiten. Für viele sind sie bald der einzige Ort, wo sie nach eigenen Vorstellungen studieren können, da die Studiengänge zunehmend verschult werden durch stupide Kontrollen quantitativ messbarer Leistung.

Alternative zum Lehrbetrieb

Dem Mangel an Lehrpersonal wird mit studentischen Tutoren begegnet. So präsentiert sich das *Krisenmanagement zur Bewältigung des Studentenbergs* seitens der Hochschulen und des Kantons. Es liegt also nur nahe, dass diese Kleinformen des Lehrbetriebs auch zu *organisatorischen Hilfen* für einen wirkungsvollen Auftritt des *Professors* degenerieren können. Als nur stofforientiertes *Repetitorium* zur Vorbereitung einer Prüfung perfektioniert das solcherart *missbrauchte Tutorat* den Selektionsapparat.

Erst wenn in einem Tutorat gemeinsam *eigene Fragestellungen und methodische Ansätze* entwickelt werden, kann es als Teil einer studentengerechten Studienreform aufgefasst werden. Die Gruppen müssen dazu überblickbar sein, damit sich jeder leicht am Gespräch beteiligen kann. Die Aufgabe von Tutoren liegt vor allem im Vermitteln von Hinweisen und Anregungen und in der kritischen Mitarbeit. Sie sollten nicht nur im Fachbereich kompetent sein, sondern auch Erfahrungen in gruppendynamischen Prozessen mitbringen.

Das Tutorat, das eine Lehrveranstaltung begleitet, kann *stoffvertiefend* oder *stofferweiternd* konzipiert sein. Auch bei der Verarbeitung von bereits präsentiertem Stoff kann die Gruppe Eigenes erarbeiten. Sie muss sich nur aktiv mit dem Stoff auseinandersetzen und ihn *kritisch beurteilen.* Relativ unabhängig vom Verlauf der Hauptveranstaltung wird im zweiten Fall auf Teilaspekte und *alternative Ansätze* eingegangen. Der Rückfluss von Diskussionsbeiträgen ins Plenum ist in beiden Fällen angezeigt, sofern die Veranstaltung dies zulässt.

Selbstbestimmtes Lernen

In *freien Tutoraten* legen *die Teilnehmer* fest, welche Fragen sie klären möchten und wie sie dabei vorgehen wollen. Auch nicht direkt vorlesungsbezogene Aktivitäten haben übrigens hier ihre Berechtigung. Die *freie Wahl eines Themas* steht im Sinne eines alternativen Lehrangebots im Vordergrund.

Den Tuturaten kommt für den ganzen Studiengang eine entscheidende Bedeutung zu. Sie müssen von den Hochschulen in jeder Beziehung gefördert werden durch die Anrechnung von hier geleisteten Arbeiten und mit Einführungskursen und einer anständigen Entschädigung für Tutoren. Auch wenn freie Tutorate an gewissen Orten nur auf eigene Faust durchgeführt werden können, ist unter Hinweis auf das Bedürfnis nach solchen Lehrformen die Sanktionierung durch die Hochschule zu verlangen. Am *VSS-Seminar in Freiburg zum Tutoratswesen* (12./13. Juni) besteht Gelgenheit, sich intensiver mit unseren Abwehrmassnahmen gegen den täglichen Uni-Frust auseinanderzusetzen. Zur Teilnahme sind alle interessierten Studenten und Studentinnen herzlich aufgefordert und eingeladen.

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

Studieneingangsphase: Analyse und Thesen

Studium in Selbstverantwortung

Studienanfänger werden allein gelassen mit isoliert vermittelten Methoden und ebensolchem Fachwissen. Der Zwang zum unkritischen, am traditionellen Leistungsbegriff orientierten Lernen geht nach der Mittelschule weiter. Ein Studium aus eigener Motivation, das auf gesellschaftliche Probleme ausgerichtet ist, erfordert Einsicht in die Studienorganisation, Informationen über das Ausbildungsziel und eine Konfrontation mit der Arbeitswelt der Absolventen im jeweiligen Studienfach.

Die Situation des Studienanfängers wird nur verbessert, wenn speziell die Eingangsphase des Studiengangs einer *Reform* unterzogen wird. Trotz mitgebrachter passiver Lernhaltung will der junge Student seine *Lerninhalte selber bestimmen* und aus den bekannten schulischen Lernformen ausbrechen. Die universitäre Realität an den schweizerischen Universitäten sieht aber anders aus. In obligatorischen Kursen und Seminaren wird methodisch-technisches Rüstzeug vermittelt, das den Studenten *erst später* zur eigenen, in beschränktem Rahmen kreativen wissenschaftlichen Tätigkeit befähigen soll.

Isolation ist eingeplant

Isoliert dargebrachte wissenschaftliche Methoden verhindern, dass der Student die einzelnen Verfahren beurteilen kann. Dadurch wird er nicht fähig, ein Vorgehen zu wählen, dass seiner Meinung nach ein gestelltes Problem am besten zu lösen vermag. Neben dem *Zwang zu gedankenloser Stoff- und Methodenaufnahme* an der Universität hält auch der *Konkurrenzdruck* in diesem Lehrsystem unvermindert an. Ein differenziertes Bewertungssystem bringt dem Studienanfänger bei, dass nur eine auf individuelle Leistung ausgerichtete Art der Arbeit zählt. Dieser Druck greift im Frontalunterricht von Vorlesungen und geleitetem Seminar an und erzeugt Kontaktarmut und *Isolation des Studienanfängers.* Obwohl als eigene Unfähigkeit empfunden, sind diese typischen Zeichen von Vereinzelung ein *Strukturmerkmal des Studienplans.* Wären die Strukturen und Funktionen des Studiengangs durchsichtiger und für den Studenten überprüfbar, dann käme es auch zu vermehrter Kritik an bestehenden Lehrformen und Lernzielen.

Drei Forderungen

Die Fakultäten, Seminare und Institute der Hochschulen weisen gewisse Gesetzmässigkeiten auf, nach denen Macht und Kompetenzen verteilt sind. Diese *Mechanismen* gilt es zu *durchschauen,* damit der Student trotz seinem Unbehagen arbeitsfähig bleibt. Nur so kann er seine Interessen und Bedürfnisse einbringen und dieses Unbehagen in Kritik am rechten Ort umwandeln. Neben der *Einsicht in die Studienorganisation* ist das Bewusstsein um die gesellschaftliche Bedeutung der späteren Tätigkeit unerlässlich. Für die Ausrichtung des Studiums gegen den Druck zur Anpassung sind *Überlegungen zur Funktion des Intellektuellen* im bestehenden Gesellschaftssystem entscheidend. Daraus gewonnene Klarheiten und die Kenntnis von Tendenzen und Organen in der Bildungspolitik machen zudem ein Weiteres möglich: Der Student erkennt eigene Interessen als politische und ist motiviert zu deren Vertretung.

Sachliche *Information über Ausbildungs- und Berufsziel* in seinem Studiengang, dies die zweite Forderung, soll dem Studenten ermöglichen, über die *Beweggründe seiner Studienwahl* nachzudenken. Er braucht dazu einen Überblick über die Organisation der Arbeit in akademischen Berufen seines Fachbereichs und ihre gesellschaftlichen Wirkungen. Ein *neugewonnenes Berufsbild* befähigt den Studenten, nach Abschluss der Ausbildung sein Berufsfeld zu demokratisieren.

Die Fähigkeit zum selbständigen Organisieren eines Lernprozesses ist nur vorhanden, wenn der Student auch *sachbezogen motiviert* ist. Konfrontation mit der *aktuellen Forschung* und den *praktischen Arbeitsformen* schafft die Voraussetzung, dass ein Student die Verantwortung für seine Ausbildung selbst übernimmt. Schon in der Studieneingangsphase soll demnach der Student *Erfahrungen über den Arbeitsmarkt* und die Arbeitswelt in seinem Studienfach sammeln können. Er soll gemäss dieser dritten Forderung lernen, *selbständig* sich mit den für ihn relevanten Fragestellungen zu beschäftigen.

bildungs—news

Basel: Indexierung der Stipendien?

Sollen die Stipendien jährlich der Teuerung angepasst werden? Am 13./14. Juni wird über eine Initiative abgestimmt, die vor sechs Jahren (!) von der *Studentenschaft Basel* (StUB) lanciert wurde. Die Regierung ist bisher lediglich bereit, periodisch die Berechnungsgrundlagen und Ansätze zu prüfen. Sie soll mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung nun *gezwungen* werden, auch den Stipendiaten den vollen Teuerungsausgleich zu gewähren, wie dies bei den Staatsangestellten zum Beispiel schon lange selbstverständlich ist.
Sie betrifft übrigens nicht nur die Studenten, sind doch drei Viertel aller Stipendiaten Lehrlinge, Schüler oder Leute in der Weiterbildung. Anhand von Fallstudien weist die StUB eindeutig nach, dass die Nichtindexierung der Stipendien Hauptgrund für den auch in Basel anhaltenden Stipendienabbau ist. Die Anpassung der Stipendien an die Teuerung ist deshalb eine Minimalforderung, die nach Ansicht der StUB unbedingt realisiert werden muss.

Stipendienabbau im Tessin

Der Tessiner Staatsrat hat mit einer an Willkür grenzenden Verordnung beschlossen, rückwirkend aufs akademische Jahr 1980/81 die Stipendien drastisch zu kürzen. Im Rahmen eines Sparprogramms wurde ohne vorherige Information der Stipendiaten die Auszahlung der bereits zugesprochenen Studienbeiträge sistiert, und diese wurden dann auf 75% des ursprünglichen Betrags festgelegt. Der Rest wäre mit Darlehen zu decken. Im weiteren sollen die Stipendiaten, die älter als 25 Jahre sind, wieder finanziell von den Eltern abhängig gemacht werden. Wer sich in Aus- oder Weiterbildung befindet und die Altersgrenze von 30 Jahren überschritten hat, verliert gar jeden Anspruch auf Stipendien. Der Kanton Tessin hat übrigens schon bisher weder ein Doktorat stipendiert noch den Stipendiaten den Teuerungsausgleich gewährt. Gegen diesen unverfrorenen Angriff auf finanziell schwache Schüler und Studenten aus Angestellten- und Arbeiterkreisen hat ein Komitee der Tessiner Studenten mit einer Resolution an den Staatsrat scharf protestiert.

Freie Tutorate in Bern

Befreiend!

Freie Tutorate für Erstsemestrige werden an der juristischen Abteilung der Universität Bern seit längerer Zeit praktiziert. Für die Tutoren gilt als Leitsatz: *«Auf die Bedürfnisse der Studenten eingehen!»* Deshalb wird auf eine sorgfältige Ausbildung der Tutoren grosser Wert gelegt.

In der grössten Einführungsvorlesung mit etwa 90 Prozent der Studienanfänger werden Gruppen mit rund 8 bis 10 Personen gebildet. 2 Tutoren betreuen jede dieser Gruppen, das heisst, auf etwa 250 Teilnehmer kommen 50 Tutoren. In letzter Zeit lassen sich *genügend Tutoren* finden, nicht zuletzt wegen der guten Erfahrungen, die Höhersemestrige selbst mit den Tutoraten gemacht haben.

Tutoratsteilnehmer können nämlich in Bern *selbst bestimmen,* was sie diskutieren wollen. Viele Studenten sind aber gar nicht in der Lage, ihre Interessen und Bedürfnisse einfach so zu formulieren. Erst in der Gruppendiskussion kann Verschüttetes wieder hervorgeholt werden. Eine *offene Kommunikation* unter den Tutoratsteilnehmern fördert den Abbau von Ängsten und macht eine Auseinandersetzung mit eigenen Problemen, mit den anderen Teilnehmern und dem Studium möglich. Der Massenuniversität und dem Gefühl des Ausgeliefertseins an die Anforderungen des Studiums wird so der Kampf angesagt.

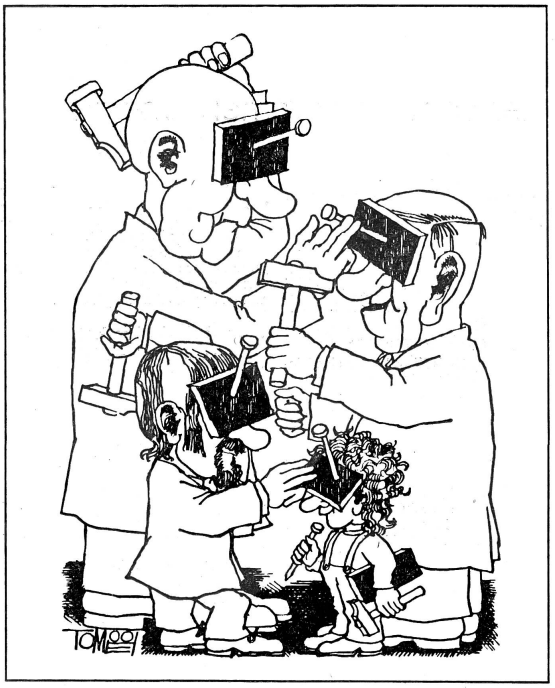
Die Repetition des Stoffes, das Vorbereiten auf Prüfungen und auch der Besuch von Gerichtsverhandlungen sind die üblichen *vorlesungsbezogenen Aktivitäten* einer Tutoratsgruppe. Auf dem Programm von vielen freien Tutoraten in Bern stehen aber auch Unternehmungen, die *nicht vorlesungsbezogen* sind. Gespräche beim gemeinsamen Kochen und Essen können für den Prozess der Integration in die Uni ebenso wichtig sein wie das gruppenweise Verarbeiten von Fachwissen. Organisiert werden die Tutorate übrigens von einer drittelparitätisch zusammengesetzten Kommission in Zusammenarbeit mit der *Studentenberatung der Uni Bern.*

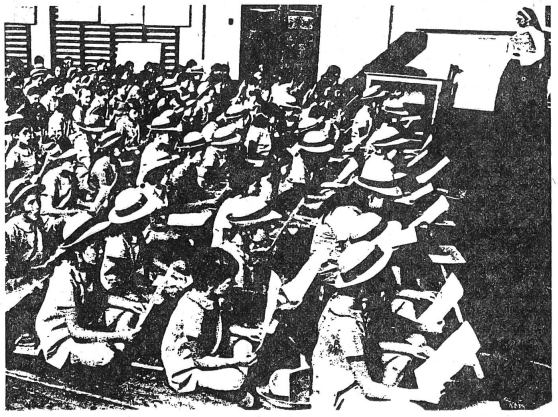
Spezielle Tutorenausbildung

Tutoren erhalten einen dreitägigen Einführungskurs vor Semesteranfang. Im Mittelpunkt dieser *Kurzausbildung* steht das Kennenlernen gruppendynamischer Prozesse, die mit Hilfe von *Videoaufzeichnungen* analysiert werden. Im Kurs werden drei Schwerpunkte gesetzt:

1. Diskussionen über die eigene Motivation, Tutorate zu leiten. Die Teilnehmer erzählen von sich selbst und lernen ihre Interessen zu formulieren.
2. Durchspielen eines geleiteten Entscheidungsprozesses. Aus dreissig möglichen Diskussionsthemen haben die Gruppe und ihr Leiter deren drei auszuwählen.
3. Erproben verschiedener Führungsstile und ihrer Auswirkungen auf die einzelnen Teilnehmer und auf den Gruppenprozess.

Der Kurs wird von den Teilnehmern einstimmig als sehr gut empfunden. Wegen seiner Kürze können allerdings viele Fragen nur oberflächlich behandelt werden. Diskussionen unter allen Tutoren sowie die Tatsache, dass immer 2 Tutoren eine Gruppe leiten, ermöglichen während der Dauer des Tutorats eine Art *Supervision.* Mit gegenseitiger Unterstützung und Analyse der Wirkung eines Tutors auf die Gruppe werden Diskussionen innerhalb der Tutoratsgruppe in Gang gesetzt, die für alle Beteiligten fruchtbar sind.





12./13. Juni in Freiburg i. Ü.:

VSS-Studienreformseminar

Die Forderung nach Studienreform wurde am intensivsten zur Zeit einer allgemeinen Bildungseuphorie vertreten. Ein Jahrzehnt später ertönen jetzt nur noch Klagen über die mangelnden Finanzen. All jenen reaktionären Bildungspolitikern (und Erziehungsdirektoren!) ist damit ein billiges Argument in die Hand gegeben, die jede noch so berechtigte Reform abblocken wollen. Trotzdem will der Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS) eine *Verbesserung der Studiengestaltung* durchsetzen. Die vorgeschlagenen Reformen betreffen unmittelbar die Studienorganisation und können von den Studenten selbst an die Hand genommen werden. Sie sind also nicht als Pläne für den bildungstechnokratischen Grossraum aufzufassen.

Mit dem letztjährigen Aufruf, Vorlesungsrezensionen zu schreiben, wollte der VSS erreichen, dass die Studenten direkt Einfluss auf die *Lehrinhalte* ihrer Professoren nehmen. Jetzt steht die *Studienorganisation* im Vordergrund. Eine Arbeitsgruppe für Studienreform des VSS ist um eine *Verbesserung und Ausgestaltung des Tutoratwesens* bemüht. Auch hier handelt es sich um einen Ort, an dem der Student selbst aktiv werden kann. Zudem sind Tutorate gerade für einen Studenten in der Studieneingangsphase ungemein wichtig, wenn er nicht im Unibetrieb untergehen will.

Die Artikel auf dieser Seite zur Studieneingangsphase und zu den Tutoraten wurden von der AG Studienreform geschrieben *(Autoren: Marianne Müller, Mathias Vogel, Hanspeter Heeb, Pierrot Hans, Marius Fux).* Das Studienreformseminar zum Tutoratswesen findet am 12./13. Juni im *Centre Fries in Freiburg* statt, und zwar vom Freitagnachmittag bis Samstagnachmittag. Alle Interessierten sind eingeladen (Anmeldung und Information über den VSS in Bern, Tel. 031/23 28 18).

Wenn in ihrer Nachtruhe gestörte Schweizer Bürger zur Waffe greifen

Die Erschiessung des Rico M.

Von Fredi Hänni

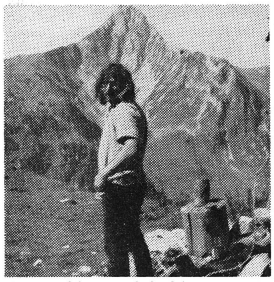
Völlig grundlos ist am 26. April der 25jährige Rico M. auf der Strasse erschossen worden. Nicht von der Mafia, sondern von einem einflussreichen Bürger. Nicht in einer Grossstadt, sondern in einem bernischen Provinznest. Rico ist der erste Tote – in einer Reihe von Fällen, bei denen brave Bürger Polizei spielten.

«Ich sage den Satz jetzt trotzdem: Es hat Gott gefallen, den Verstorbenen in ein Reich abzuberufen, wo es kein Leid, keinen Schmerz mehr gibt.»
Der Pfarrer an der Trauerfeier für Rico

«Seit dem letzten Sommer gehe ich nicht mehr ohne den Revolver im Halfter nach Bern.»
Markus Sch. (24), Primarlehrer in einem Emmentaler Dorf

«Warum git me de Lüt e Waffe?
Mir tüe lieber eis paffe.»
Aus einem am Grab Ricos gesungenen Lied

Rico M. (25) lag auf dem Pflaster. Tot. Erschossen von einem Mann, der an verantwortlicher Stelle für «Ruhe und Ordnung» gesorgt hatte und als Dorfkönig herrschte: Ex-Gemeinderatspräsident, Alt-SVP-Grossrat (Mitglied des Kantonsparlaments), Metzgermeister, Hausbesitzer, Waffensammler, Kranzschütze, Jäger. Kurt H. (68) legte sofort ein Geständnis ab. Ja, er habe auf den jungen



Rico: Auf dem Land überleben ...

Mann, der vor seinem Haus Lärm gemacht habe, einen Schuss aus seiner Pistole abgefeuert. H. wurde sodann in die Gefangenenstation des Berner Inselspitals gefahren. Sein «Gesundheitszustand» habe dies «nötig gemacht», hiess es. Untersuchungsrichter Martin R. verfasste am folgenden Tag ein Pressecommuniqué. In Schwarzenburg BE habe «ein Anwohner, der sich in der Nachtruhe gestört fühlte, einen Pistolenschuss abgegeben und dabei einen jüngeren Mann tödlich verletzt». Was dann in keiner Zeitung stand: Rico wurde von H. aus unmittelbarer Nähe, etwa zwei Meter Entfernung, in den Kopf geschossen.

Bewegung: «Einer von uns»

Zum Begräbnis Ricos kamen eine Woche später rund 200 Berner « Bewegte». Die «(noch) Lebenden», hiess es auf einer Flugblatt-Todesanzeige, «werden dich nicht vergessen». Und: «Weil du dein Leben leben wolltest . . . weil wir unser Leben leben wollen, werden wir zu Freiwild.» Vom Bärengraben zogen sie zum Schosshaldenfriedhof, unweit von dort, wo Rico seine Jugend als eines von fünf Kindern in einer Arbeiterfamilie verbracht hatte. Obwohl Rico kein Demonstrationsteilnehmer aus der Bewegung war, gab es für die Berner «Unzufriedenen» keinen Zweifel: «Er war einer von uns!» Rico war vor Jahren demonstrativ aufs Land gezogen und hatte damit ausgedrückt, was die Bewegung heute auf die Gasse treibt: Dass man in diesen Städten nicht (über)leben kann.

Dies sei nicht der Ort, Fragen zu stellen und das Geschehene zu analysieren, sagte der Pfarrer in der Friedhofskapelle, auch wenn «etwas passiert sei, was nicht hätte passieren dürfen». Alle waren anderer Meinung, doch sie schwiegen. Erst draussen, vor dem aufgeworfenen Grab, konnte sich bei den schweigend Versammelten die «Wut und Trauer» (Flugblatt) in Tränen Luft verschaffen, als die im Laufe des letzten Sommers legendär gewordene «Demo-Band» vielstimmig ein Trauerlied blies. Waren zuvor Trauerfamilie und «Bewegte» noch fast unmerklich voneinander abgerückt; jetzt kamen sich betagtere Verwandte Ricos im schwarzen Anzug und farbig gekleidete Jugendliche unvermittelt nahe. Wie selten zuvor hatte sich hier etwas «bewegt».

Ricos Freund in U-Haft

Nicht dabeisein durfte an der Trauerfeier Andreas (18), der Rico vertrauteste Mensch. Andreas hatte die Erschiessung seines besten Freundes mitangesehen, war dann aber bei der Zeugeneinvernahme gleich verhaftet worden, weil er in einer Jugendschutzsache polizeilich gesucht worden war.

Unterdessen schreckte die Berner Stadtpolizei nicht davor zurück, an den Trauerzug, in die Kapelle zur Trauerfeier und zum Grab Zivilpolizisten zu entsenden, denen wohl die Aufgabe zugedacht war, bei offensichtlich prognostizierten «Zwischenfällen» die an der Friedhofsmauer provokativ auf Pikett gestellten Grenadiere zu holen. Wie wenn die Bewegung nicht, auf ihre Art, in Würde und Respekt (vor dem Toten, nicht vor der Polizei) zu trauern fähig wäre!

Die Erschiessung des Rico M. . . .

Nasser Frühlingsschnee war am Sonntag, 26. April, gefallen. In ausreichender Menge und Qualität, um daraus Schneebälle zu formen, was Rico und Andreas beim Verlassen des Restaurants «Zum Jäger» in Schwarzenburg kurz nach 22 Uhr auch taten. Lärm machten in der Folge weniger die beiden jungen Männer, die nach Zeugenaussagen «nicht betrunken» waren, als die zwei Hunde Ricos, die von ihm überall mitgenommen wurden und die nun dem Schneeballspiel bellend folgten, worauf mehrere Dorfbewohner, die um diese Zeit bereits zu Bett zu gehen pflegen, der Polizei telefonierten, welcher das Restaurant, ein Treffpunkt der Jugend aus der Gegend, aus ähnlichen Vorfällen von «Nachtruhestörung» bekannt war, weswegen der Gemeinderat jüngst Lärmmessungen bei «Töffli»-Fahrern aus dem «Jäger» in Aussicht stellte. Als nun, noch vor dem Eintreffen des Dorfpolizisten, ein Schneeball gegen das Haus von H. flog, kam dieser auf die Strasse, die Pistole gezückt, wies beide ihm namentlich nicht bekannten jungen Männer barsch zurecht, worauf Rico in ebenfalls unfreundlicher Manier noch etwas sagen konnte, bevor der Schuss krachte.

H., so wird im Dorf erzählt, hat seit langem abends hinter diesem Fenster gesessen und dem Treiben der jungen Leute mit wohl wachsendem Ärger zugesehen. H. war in Schwarzenburg trotz seiner Stellung nicht beliebt. Der Mann, dem nach seinem altersbedingten Rückzug aus der aktiven Politik immer öfter mit Geringschätzung begegnet wurde, war mehr gefürchtet als geachtet.

. . . und die Karriere des Kurt H.

Reich und mächtig geworden war Kurt H. in all den Jahren, als er in seiner Metzgerei den Bauern aus den armseligen Höfen der Region die Fleischpreise machen konnte. Sein Vermögen vermehrte er später mit einem Altwarengeschäft, das vorerst seiner vor Jahresfrist verstorbenen Frau gehörte und mit dessen Hilfe er die Bauern ein weiteres Mal schröpfen konnte. Er kaufte deren Gerümpel zu Spottpreisen auf und setzte ihn als «Antiquitäten» mit Profit an nostalgische Städter ab. Seine *politische* Karriere machte H. in der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Für diese gehörte er bis 1978 dem Grossen Rat an, ohne dabei sonderlich aufzufallen. H. machte aber als Dorfgewaltiger auch die Karrieren seiner Parteikollegen, so jene des Untersuchungsrichters, der jetzt den Fall Rico M. zu durchleuchten hat.

Das arme Schwarzenburg

Allmächtig ist in Schwarzenburg die SVP, früher Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). Obwohl das Schwarzenburgerland – so die Werbung für den zaghaft und häufig mit auswärtigem Kapital prosperierenden Tourismus – das Armutsgebiet des Kantons Bern ist, sehen die Bewohner des Voralpengebiets südlich der Bundesstadt mangels schlagkräftiger Opposition in den SVP/BGB-Vertretern die Garanten für Stabilität. Im Amtsbezirk Schwarzenburg liegt das durchschnittliche für die Steuern massgebliche Einkommen 29 Prozent unter dem kantonalen Mittel, das seinerseits bereits tiefer als der gesamtschweizerische Durchschnitt ist. In der nur 20 Kilometer entfernten Stadt Bern und ihren Regionsgemeinden wurden im Schnitt 67 Prozent mehr verdient als in Schwarzenburg. Sogar in den Berggebieten des Berner Oberlands und des Emmentals liegen die durchschnittlichen Verdienste höher.

Während Jahrhunderten von Patriziern aus Bern und Freiburg ausgebeutet, blieb das westliche bernische Voralpengebiet wirtschaftlich und kulturell vernachlässigt. Für die Stadtbewohner gerade gut genug als autogerechtes Erholungsgebiet und als Lieferant von leerstehenden Bauernhäusern, die billig zu Ferienwohnungen umfunktioniert werden können, leben die dortigen Bergbauern mit ihren Wiesen an steilen Abhängen und kärglichen Äckerlein trotz massiven Subventionen am Rande des Existenzminimums.

Ein gutmütiger Kerl

Auch Rico war finanziell nicht auf Rosen gebettet. Er hatte sich in der Nähe von Schwarzenburg ein ausgedientes Bauernhaus gemietet. Wenn er Geld brauchte, arbeitete er in einer Druckerei oder als Aushilfskellner im «Jäger». Eine Lehre hatte er nicht gemacht. Rico war ein Einzelgänger. Seine Familie verstand ihn, den stillen und zurückgezogenen Stadtflüchtigen, nicht. Seine besten Freunde waren die beiden Hunde. Sein Haus war immer offen und oft teilte er den letzten Bissen mit einem Bekannten. Renate, die in der Stadt arbeitet und unweit von Ricos Heim wohnt: «Jeder konnte Rico aufsuchen, wenn es ihm schlecht ging.»

Über Tote, so sagt man, spricht man nicht schlecht. Gut. Aber über Rico wissen jene, die ihn gekannt haben, beim besten Willen wenig Negatives zu erzählen. Er wird als grundgütiger Mensch geschildert, der selbst seinen Widersachern mit Toleranz gegenübertrat. Ein Arbeitskollege, der von Ricos Äusserem sagte, es sei «halt ein bisschen ungepflegt, lange Haare und so» gewesen, erzählte: «Im letzten Sommer kamen sechs Zivilpolizisten in den Betrieb, um Rico mitzunehmen. Er war hinterher nicht einmal wütend auf sie und sagte nur, die hätten ja lediglich ihre Pflicht getan.» Die Kantonspolizei hatte damals wegen Ricos unter Plastik gehegten Hanf-Pflanzen ihre Mannen an dessen

Beerdigung: Die Bewegung gedenkt Ricos

Arbeitsplatz geschickt. Nachdem der Cannabis-Pflanzplätz zerstört war, musste Rico eine Busse wegen Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz bezahlen. Im übrigen hatte er mit den Behörden nichts zu tun gehabt. Und «bis auf den letzten Rappen» hat er Renate einen Kredit zurückgezahlt, mit dem er sein Auto, das er für seinen Arbeitsweg in die Druckerei in einem Berner Vorort brauchte, finanzierte.

Keine «verwerfliche» Tat?

Mit Kurt H. konnte ich nicht sprechen. Der Untersuchungsrichter gab lediglich zur Auskunft, er befinde sich in Untersuchungshaft. Die Motive des von Schwarzenburgern als jährzornig beschriebenen Waffenliebhabers bleiben, soweit sie nicht aus seinem Verhalten ersichtlich sind, bis zum Prozess unbekannt.

Der Verteidiger wird vermutlich auf eine Verurteilung wegen Totschlags (Tötung «in einer nach den Umständen entschuldbaren heftigen Gemütsbewegung») plädieren. Darauf steht eine Minimalstrafe von einem Jahr Gefängnis, während der Staatsanwalt die Maximalstrafe von zehn Jahren Zuchthaus beantragen könnte. Unwahrscheinlich ist, dass H. wegen Mordes verurteilt wird (Tötung «unter Umständen oder mit einer Überlegung, die seine [des Täters] besonders verwerfliche Gesinnung oder seine Gefährlichkeit offenbaren»). Denn «besonders verwerflich» war H.s Gesinnung nach landesüblicher Auffassung (jedenfalls bislang) nicht. Und auch als gefährlich wird das bürgerliche Gericht von Schwarzenburg den vor der Tat als ehrbar betrachteten ehemaligen Gemeinderatspräsidenten nicht taxieren wollen. Auf Mord steht lebenslängliches Zuchthaus. Als dritte Möglichkeit bleibt für das Gericht eine Verurteilung wegen vorsätzlicher Tötung. Hier beträgt die Mindeststrafe fünf Jahre Zuchthaus. ●

Sichern Sie Ihr Haus

Polizeibeamter sucht 3½ bis 4½-Z.-**Wohnung** für zwei Erwachsene und zwei Kinder zu einem vernünftigen Mietzins. Kreis 4 und Umgebung.

Offerten unter Chiffre AZ 3666 an das Tagblatt, 8021 Zürich. 227/88014

Gewalt = Gewalt?

In Bern und anderswo (Fall Ramer in Zürich) sitzen die Colts immer lockerer: Einen Monat vor der Erschiessung Ricos feuerte der Jurist Georges S. (65) auf einen Besucher des Provisorischen Autonomen Jugendzentrums (PAJZ). Sonntagmorgen, 22. März, «verlor» S. «die Nerven», wie der Täter danach selber sagte, und leerte das Magazin seiner Pistole in Richtung eines jungen Mannes, der über den Gartenzaun in S.' Garten gestiegen war und sich einige Äste für ein wärmendes Feuer vor dem PAJZ greifen wollte. Das Opfer wurde durch zwei Schüsse auf Brusthöhe am Arm verletzt – glücklicherweise nicht ernsthaft. S. machte später geltend, der Lärm aus dem besetzten Haus hätten ihn und seine Frau zwei Nächte nacheinander nicht schlafen lassen und die benachrichtigte Polizei sei trotz dreimaligem Anruf nicht erschienen. Der von S. Angeschossene wurde noch am gleichen Tag von der Polizei, nachdem er verarztet worden war, ins Untersuchungsgefängnis gebracht, weil er polizeilich ausgeschrieben gewesen war.

*

Gewalt kann in der Schweiz durchaus gefragt sein: Nach dem Begräbnis Ricos erinnerte sich ein Dienstverweigerer in der Beiz an seine Erlebnisse vor Militärgericht: Ihm wurde die unvermeidliche Frage gestellt, ob er auf einen Mann, der seine Freundin angreife, schiessen würde. «Als ich antwortete, ich könne zum voraus nichts über mein Verhalten in einer solchen Situation aussagen, wurde das zu meinen Ungunsten ausgelegt.» Denn die Militärs erwarteten mit der grössten Selbstverständlichkeit, dass sich ein Mann gleich mit Waffengewalt und über Leichen zur Wehr setzen würde.

*

Gewalt ist nicht gefragt, wenn sie sich gegen Schaufenster richtet und von Demonstranten ausgeht: Während sich die Berner Tageszeitung «Der Bund» nicht genug über «Chaoten, Randalierer und Zerstörer» ereifert, wenn Scheiben klirren oder Sandstein besprayt wird, wurde im gleichen Blatt die Tat Kurt H.s mit einem Kürzestartikel unter dem lakonischen Titel «Selbstjustiz» (!) abgetan.

*

Ob es die Berner Polizei auch «im höchsten Masse bedenklich und pietätlos» findet, dass die Bewegung den «tragischen Todesfall» Ricos «für ihre Zwecke zu missbrauchen versucht», wie das die Stadtpolizei Zürich nach der Selbstverbrennung der Silvia Z. Ende 1980 die Öffentlichkeit wissen liess? Sie tut es wahrscheinlich, hat sie doch die Unzulässigkeit der Bewegungs-Teilnahme am Begräbnis mit einem Polizeiaufgebot dokumentiert.

Und bereits wurde zur Tagesordnung übergegangen. Obwohl die Tat H.s kein Einzelfall ist. Obwohl es noch Zehntausende von Vätern und Grossvätern gibt, die bereits ihre Kinder geschlagen haben und für alle Fälle eine geladene Schusswaffe bereitliegen haben, um Missliebige zu disziplinieren. *Fredi Hänni*

Wie Appenzell Ausserrhoden zum neuen Regierungsrat kam

Erfolgreich gemüllert

Von Joseph Schläpfer

Hans und Anna Müller haben in den Hügeln des Kantons Appenzell Ausserrhoden offenbar (Geistes-)Verwandte. Als am Landsgemeindesonntag, dem 26. April, in Hundwil ein neuer Regierungsrat gewählt wurde, hatten sie bereits auf ihre bewährte Weise in den Wahlkampf eingegriffen.

Für den einen frei werdenden Sitz in der kantonalen Exekutive standen gleich drei Anwärter zur Wahl. Nicht etwa, weil eine kämpferische SP der FDP einen Sitz streitig machen wollte oder weil irgendwelche «Freie Ortsbürger» für «echte Wahlen» sorgen wollten. Nein, im Appenzell ist alles ganz anders: Alle drei Kandidaten sind Mitglieder der stärksten Partei des Kantons, des Freisinns.

Die FDP stellte als offiziellen Kandidaten den Verlierer der Nationalratswahlen von 1975, *Prof. Dr. Peter Wegelin,* auf – wohl, um ihm endlich zu einem Amt zu verhelfen. Sie entschied sich damit knapp gegen den damaligen Sieger, den jetzigen *Nationalrat Dr. Hans Rudolf Früh.* Dieser, als Drogist und sogar Schweizer Drogistenpräsident auch nicht ohne Freunde, wurde dann prompt vom kantonalen Gewerbeverband portiert. Daneben nominierte eine Gruppe jüngerer Politinteressierter den erst 34jährigen *FDP-Kantonsrat Hans Höhener,* Redaktor am «Appenzeller Tagblatt».

Der Wahlkampf wurde heftig geführt – so wie das eben in überschaubaren Gesellschaften wie der appenzellischen noch möglich ist: Früh wurde seine Ämterüberlastung angekreidet («Das Amt suche den Mann, nicht der Mann die Ämter!»), die er selber vor Jahresfrist noch als Grund für seinen Verzicht auf eine gleiche Kandidatur anführte. Weiter wurden ihm unerledigte Geschäfte aus seiner Zeit als «Gemeindehauptmann» (= Gemeindepräsident) in Bühler vorgehalten. Dass sowohl Früh als auch Wegelin Rotarier sind – eine ungern gesehene Spezies in Ausserrhoden –, wurde ebenfalls per Inserat kundgetan. Wegelin hatte zusätzlich zu «leiden»: Erst 1965 zugezogen, gilt er als «Auswärtiger», hat dazu einen st.-gallischen Namen (Wegelin heisst dort eine noble Privatbank . . .) und ist überdies Chefbeamter des Kantons St. Gallen und Dozent an der dortigen Hochschule. Dazu wissen einige Soldaten unschöne, weil wenig volksnahe Geschichten von Oberst Wegelin zu erzählen.

Höhener hat es da schon einfacher: Er ist zwar jung, trotzdem ist er schon seit Jahren politisch engagiert und sitzt bereits neun Jahre im Kantonsrat. Auch wenn er den FDP-Oberen nicht ins Konzept passte, hatte er halt den unschätzbaren Vorteil, ein lupenreiner Appenzeller zu sein: Er stammt aus einer Teufener Metzger- und Wirtefamilie, hat zwar in Zürich studiert, aber ohne sich den Doktortitel zuzulegen – auch dies ein Vorteil in einer Gegend, wo es nicht unbedingt von Vorteil ist, zu den «Gschtudierte» zu gehören. Ein Haar ist aber auch in seiner Suppe: Seine Zeitung ist das Produkt «eines grossen st.-gallischen Pressekonzerns», nämlich der allesfressenden und allesdruckenden Zollikofer AG, wie die Herisauer Konkurrenz «Appenzeller Zeitung» vermerkte.

In diesem heissen Wahlkampf schlug auch Hans oder Anna oder sonst ein Müller (war's der Sepp?) mit einem Inserat zu:

> Wir wählen **Prof. Doktor phil. I. Peter Wegelin, Oberst** im Generalstab, **Dozent** an der Hochschule für Wirtschaftswissenschaft in St. Gallen,
> Dozent an der pädagogischen Hochschule St. Gallen,
> **Chefbeamter** des Kantons St. Gallen,
> **Stiftungsrat** der Pro Helvetia.

Zuviel des Guten für einen Appenzeller Regierungsrat. Gut gemüllert, kann man da nur ausrufen und mit Neid feststellen, dass der Höhener-Sympathisant Müller AR seinem Kollegen Müller ZH ein Wesentliches voraus hat: Erfolg. Hans Höhener wurde mit respektablem Vorsprung neuer Regierungsrat . . . ●